

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 28. August 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
Jahresabon. 3,00 M., monatl. 1,10 M.,
wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.
Einzeln. Nummer 5 Pfg. Sonntags-
nummer mit Illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Wohl-
schonement: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-
Verzeichnisse. Unter Streifen für
Deutschland und Österreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Dolland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgelohene Kolonne
eine oder deren Raum 50 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.
„Kleine Anzeigen“, das erste (leit-
gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere
Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schul-
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,
jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Die Gewerkschaften im Jahre 1908.

Die wirtschaftliche Depression, die den Tiefstand früherer
wirtschaftlich ungünstiger Konjunktoren weit übertraf, hat
im Jahre 1908 für die gewerkschaftlichen Organisationen
schwere Opfer erfordert. Nicht nur ein Verlust an Mit-
gliedern ist eingetreten, sondern auch ungeheure finanzielle
Anforderungen wurden an die Organisationen gestellt, um
die Not der Mitglieder wenigstens in etwas zu lindern. Die
Befürchtungen, die in Gewerkschaftskreisen bezüglich des Mit-
gliederverlustes auftauchten, haben sich indes glücklicherweise
nicht erfüllt.

Mitgliederbestand.

Betrachten wir die Entwicklung der gewerkschaftlichen
Organisationen seit dem Jahre 1891, so will der Verlust
von 33 775 Mitgliedern im Jahre 1908 nicht viel besagen.
Erfreulicherweise zeigt sich auch das weibliche Proletariat
mehr der gewerkschaftlichen Werbearbeit zugänglich. Fol-
gende Tabelle gibt eine Uebersicht, die die Mitgliederbewegung
überhaupt und die des Anteils der weiblichen Mitglieder am
Gesamtbestand veranschaulicht:

Jahr	Mitglieder- zahl insgesamt	Gegen Vorjahr Zunahme in Proz.	Weibliche über- haupt	Mitglieder Anteil an Gesamt- mitglieder- zahl in Proz.
1891	277 659	—	—	—
1892	237 094	—	4 355	1,8
1893	223 590	—	5 384	2,4
1894	246 494	10,2	5 251	2,1
1895	259 175	5,2	6 697	2,5
1896	329 230	27,0	15 265	4,6
1897	412 359	25,2	14 644	3,5
1898	493 742	19,7	13 481	2,7
1899	580 473	17,5	19 280	3,3
1900	680 427	17,2	22 844	3,3
1901	677 510	—	23 699	3,4
1902	733 206	8,2	23 218	3,1
1903	887 698	21,0	40 666	4,5
1904	1 052 108	18,5	45 604	4,3
1905	1 344 803	27,5	74 411	5,5
1906	1 659 709	23,5	115 908	7,0
1907	1 885 506	13,9	186 929	9,9
1908	1 831 731	—	138 443	7,5

Von 1891 zu 1892 war ein Verlust von 40 610 Mitgliedern
zu verzeichnen, von 1892 zu 1893 ein solcher von 13 519 und
im Jahre 1901 von 2917 Mitgliedern. Der Verlust anfangs
der neunziger Jahre traf die Gewerkschaften weit härter, als
der im letzten Jahre und er erklärt sich, wenn man berück-
sichtigt, daß die Gewerkschaften in den drei vorhergehenden
Jahren nicht weniger als rund 800 000 Mitglieder gewonnen
hatten.

Finanzen.

Die Einnahmen und Ausgaben der Verbände
haben sich im letzten Jahre nicht erhöht, sondern sind etwas
zurückgegangen. Dagegen stieg der Vermögensbestand von
33 242 545 M. im Jahre 1907 auf 40 839 791 M. im Jahre
1908. Die Einnahmen verringerten sich von 51 396 784 M.
im Jahre 1907 auf 48 544 396 M. im Jahre 1908, die Aus-
gaben von 43 122 519 M. auf 42 057 516 M. Pro Kopf der
Mitglieder berechnet fiel die Einnahme von 27,55 M. auf
26,50 M., die Ausgabe von 23,12 M. auf 22,96 M., während
der Vermögensbestand von 17,82 M. auf 22,30 M. stieg. Nach
besonderen Erklärungen für die Verringerung der Einnahmen
braucht man nicht zu suchen. Die überaus große Arbeits-
losigkeit machte es den Verbandsmitgliedern unmöglich, ihre
Beiträge zu bezahlen und in vielen Organisationen wurden
die Mitglieder während der Dauer der Arbeitslosigkeit von
den Beiträgen befreit. Dann darf man aber auch nicht über-
sehen, wie enorm die Beitragsleistung in den letzten Jahren
gestiegen ist. Es hatten die Verbände:

Jahr	Einnahmen pro Kopf der Mitglieder M.	Ausgaben pro Kopf der Mitglieder M.	Rassen- vermögen M.
1891	6,68	0,82	2,56
1895	11,53	0,86	6,96
1900	13,89	11,89	11,38
1905	20,68	18,61	14,60
1906	24,62	21,88	14,98
1907	27,55	23,12	17,82
1908	26,50	22,96	22,30

Es ist erklärlich, daß in einer Periode so ungünstiger
Wirtschaftskonjunktur, wie sie im Jahre 1908 vorhanden war,
die Besuche um Stundung oder Erlass der Beiträge in großer
Zahl gestellt und von den Organisationsleitungen berück-
sichtigt werden mußten. Es wäre verfehlt, aus der Ver-
minderung der Einnahmen im Jahre 1908 den Schluß ziehen
zu wollen, als wäre die Opferwilligkeit der Arbeiter für ihre
Organisationen zurückgegangen.

Die Jahresausgaben für 1908 im Gesamtbetrag
von 42 057 516 M. sind nur um rund 1 Million Mark
niedriger als im Jahre 1907, obgleich die Aufwendungen für

Streiks und Aussperrungen um 8 244 474 M. geringer waren
als im Vorjahre, wogegen die Ausgaben für sonstige Unter-
stützungen enorm gestiegen sind. Auf die einzelnen gewer-
schaftlichen Zweige entfielen 1908 an Ausgaben:

Organisationen	M.
Reiseunterstützung	47 1 184 353
Umzugsunterstützung	38 290 157
Arbeitslosenunterstützung	43 8 134 368
Arbeitsunfähigen-(Kranken)-Unterstützung	51 8 473 853
Invalidenunterstützung	8 419 781
Beihilfe in Sterbefällen	48 666 494
Beihilfe in Notfällen	47 509 976
Streiks im Beruf	54 4 750 847
Streiks in anderen Berufen und Ausland	37 69 062
Rechtsschutz	53 326 765
Gemahregeltenunterstützung	48 1 440 293
Verbandsorgan	62 2 071 297
Bibliotheken	39 152 781
Unterrichtskurse	29 85 743
Stattfinden	14 54 812
Agitation	60 2 480 050
Druckschriften, Broschüren usw.	54 362 563
Stellenvermittlung	18 61 991
Konferenzen und Generalversammlungen	54 433 403
Sonstige Zwecke	59 1 943 011
Beitrag an die Generalkommission	61 279 618
Beitrag zu internationalen Verbindungen	27 40 332
Beitrag an Kartelle und Sekretariate	44 662 613
Projektkosten	18 83 302
Verwaltungskosten, persönliche	62 819 531
Verwaltungsmaterial	61 576 878

In wie enormer Weise sich die Aufwendungen für Unter-
stützungen im letzten Jahre gesteigert haben, mag eine Gegen-
überstellung der hauptsächlichsten Ausgabenposten zeigen. Es
veranschaulicht die Gewerkschaften 1908 (in Parenthese die Aus-
gabe für 1907) für:

Reiseunterstützung	1 184 353 (860 148) M.
Umzugsunterstützung	290 157 (275 716) M.
Arbeitslosenunterstützung	8 134 368 (4 375 012) M.
Arbeitsunfähigenunterstützung	8 473 853 M. (5 685 387 M.)
Beihilfe in Sterbefällen	666 494 (642 385) M.
Beihilfe in Notfällen	509 976 (467 707) M.
Gemahregeltenunterstützung	1 440 293 (1 010 045) M.

In den letzten 18 Jahren veranschaulicht die Zentral-
verbände für

Streikunterstützung	64 894 217 M.
Arbeitsunfähigen-(Kranken)-Unterstützung	27 108 347
Arbeitslosenunterstützung	25 518 957
Reiseunterstützung	9 297 612
Umzugsunterstützung und Beihilfen in Not- und Sterbe- fällen	6 886 514
Gemahregeltenunterstützung	5 568 428
Invalidenunterstützung	2 550 539
Rechtsschutz	2 144 784

Insgesamt eine Ausgabe von 143 924 398 M., welche die
Arbeiter von ihrem karglichen Verdienst sich abgedarbt haben,
um durch die Organisationen dem Wohle des Volkes zu
dienen.

In den Unterstützungs-Einrichtungen selbst, sowie
der Verwaltung, der Herausgabe der Verbandsorgane
und den internationalen Verbindungen sind im letzten Jahre
wesentliche Veränderungen nicht eingetreten. Reiseunterstützung
wird von 46, Umzugsunterstützung von 35, Arbeitslosen-
unterstützung von 40, Arbeitsunfähigenunterstützung von 49,
Invalidenunterstützung von 6, Unterstützung in Sterbefällen
von 49 und in Notfällen von 33 Organisationen gezahlt. Die
Auflage der gesamten Gewerkschaftsblätter betrug 1 951 285
Exemplare.

Andere Organisationen.

Die Girsch-Dunderschen Gewerksvereine
haben 1908 einen Mitgliederverlust von 3256 zu verzeichnen;
ihre Mitgliederzahl ging von 108 889 (1907) auf 105 633
zurück.

An Einnahmen verzeichnen die Gewerksvereine 2 694 893
Mark. Hier machen sie sich einer absichtlichen Irreführung
schuldig. Sie rechnen als Einnahme der Gewerksvereine auch
das, was die mit ihnen in Verbindung stehenden Freien
Giltkassen vereinnahmt haben.

Daselbe gilt von der Gesamtausgabe der Gewerk-
vereine im Betrage von 2 350 727 M. An Vermögensbestand
verbleiben 4 210 413 M. Davon in den Gewerksvereinshaupt-
kassen 1 620 273 M., in den Krankenkassen 1 206 513 M. und
in den Begräbniskassen 1 214 200 M.

Die christlichen Gewerkschaften haben trotz
des Anschlusses der Steinarbeiter Rapens, welcher ihnen
einen Mitgliederzuwachs von 1167 brachte, einen Rückgang
von 9408 Mitgliedern im Jahresdurchschnitt 1908 gegen 1907
zu verzeichnen. Der Mitgliederbestand betrug im Jahres-
durchschnitt: 1907: 274 323, 1908: 264 519. Werden bei den
Vergleichen die Mitgliederzahlen am Schlusse der Jahre her-
angezogen, so ist der Verlust erheblich höher; er beträgt dann
bei den christlichen Gewerkschaften im Jahre 1908 gegen das
Jahr 1907 23 882 Mitglieder.

Die Einnahmen der christlichen Gewerkschaften belaufen
sich auf 4 394 745 M., die Ausgaben auf 3 556 224 M. und
der Vermögensbestand war 4 513 409 M. In der Statistik
der christlichen Gewerkschaften werden noch immer 6 Verbände
geführt, die dem Gesamtverband nicht angeschlossen sind.

Ueber den Stand der Lokalorganisationen läßt sich für
1908 noch weniger berichten, als in den Vorjahren.

Das Statistische Jahrbuch zählte für 1908 insgesamt 21
unabhängige Vereine mit 135 127 Mitgliedern und berichtet,
daß in dieser Aufstellung die Angaben für 13 Vereine fehlen.
Unter dieser Gruppe zählte das Statistische Amt den Verband
der Eisenbahnhandwerker in Trier mit 41 054, den Verband
der badischen Eisenbahner mit 11 623 und den Verband der
württembergischen Eisenbahner mit 8380 Mitglieder, während
die christlichen Gewerkschaften diese Verbände immer noch als
zu ihnen gehörig zählen.

Das Statistische Jahrbuch bringt auch eine Uebersicht
über die „Gelben Arbeiterverbände und Werk-
vereine“. Es werden da ausgewiesen:

Drei örtliche gemischte Vereine mit 1015 Mitgliedern,
7 Berufsvereine mit 13 613 und 69 Werkvereine mit 50 710
Mitgliedern, zusammen 79 Vereine mit 65 338 Mitgliedern.
Diese Vereine sollen 1908 eine Jahreseinnahme von 347 784
Mark, eine Ausgabe von 268 871 M. und am Jahresschluß
ein Vermögen von 380 574 M. gehabt haben.

Die Zentralverbände und die kleinen Konkurrenten.

Weder in bezug auf den Mitgliederbestand noch in den
Leistungen der drei Organisationsgruppen ist im letzten Jahre
eine Aenderung des bisherigen Verhältnisses eingetreten. Es
bleibt, wie nicht anders zu erwarten, die Tatsache bestehen,
daß die Zentralverbände als die gewerkschaftliche Vertretung
der deutschen Arbeiterklasse angesehen werden müssen, neben der
die anderen beiden Organisationsgruppen sowohl hinsichtlich der
Mitgliederzahl, als auch der finanziellen Leistungsfähigkeit
keine große Rolle spielen. Es veranschaulicht 1908 für

Organisationen	Mitglieder- zahl	Mark	pro Kopf Mark
Zentralverbände	60 1 881 731	20 004 767	10,92
S.-D. Gewerksvereine	20 105 633	406 318	3,85
Christl. Gewerkschaften	22 264 519	676 393	3,09
Streiks und Aussperrungen:			
Zentralverbände	60 1 881 731	6 259 062	3,32
S.-D. Gewerksvereine	20 105 633	180 840	1,23
Christl. Gewerkschaften	22 264 519	424 992	1,61
Arbeitslosen- und Reiseunterstützung:			
Zentralverbände	57 1 797 100	9 318 741	5,19
S.-D. Gewerksvereine	15 101 687	306 309	3,01
Christl. Gewerkschaften	14 192 443	134 453	0,70
Arbeitslosenunterstützung:			
Zentralverbände	43 1 314 243	6 134 388	6,19
S.-D. Gewerksvereine	15 101 687	283 068	2,82
Christl. Gewerkschaften	14 192 443	134 453	0,70

Bei Beurteilung dieser Zahlen muß man berücksichtigen,
daß die Girsch-Dunderschen Gewerksvereine jahrzehntelang
den auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden
Gewerkschaften den Vorwurf machen, daß sie Kampfes-
organisationen seien, während sie, die Gewerksvereine, in
erster Linie dafür sorgen, den Mitgliedern in persönlicher
Notlage Hilfe in Form von Unterstützungen zu gewähren. Mit
dem gleichen Feldgeschrei traten die christlichen Gewerkschaften
auf den Kampfplatz, nicht um gegen das Unternehmertum,
sondern gegen ihre in den gewerkschaftlichen Zentralverbänden
organisierten Arbeitsgenossen zu kämpfen.

In dem Bericht über die christlichen Gewerkschaften im
Jahre 1908 lesen wir, nachdem den gläubigen christlichen Ge-
werkschaftsmitgliedern vorgeschwindelt ist, daß die gewerk-
schaftlichen Zentralverbände sich mit Hilfe hoher Lokalbeiträge
hohe Durchschnittssätze an Unterstützungen pro Kopf der Mit-
glieder berechnen, folgende Sätze: „Jedem müssen mit dieser
bloßen mammonistischen Agitation geradezu die ideellen
Kriebskräfte in der Gewerkschaftsbewegung erstikt werden.
Der christlichen Gewerkschaftsbewegung kann auf die Dauer
wohl kaum mit dieser Art Agitation geschadet werden.“ Und
weiter: „Und mit einem Widel an höheren Unterstützungen
kann fürwahr nicht die Art an die Wurzel der christlichen Ge-
werkschaften gelegt, wohl aber ganz bedenklich gegen die Ge-
werkschaftsaufgaben und die ureigensten Interessen der Ar-
beiter gesündigt werden.“

Wir können uns dem Genossen Regien anschließen, der
seine Darstellung über die Gewerkschaften im „Correspondenz-
blatt“ also schließt: „Hat auch das Jahr 1908, wie von vorn-
herein zu erwarten stand, uns keinen Fortschritt in der früheren
Entwicklung der Zentralverbände gebracht, so ist in der
harten Zeit der Krise doch ihre innere Festigung fortgeschritten.
Die Kraftprobe, welche unsere Verbände in den letzten beiden
Jahren zu bestehen hatten und die sie gut überstanden haben,
gibt uns die Zuversicht, daß sie in den nächsten Jahren sich
immer mehr zu einer Schutzwand und zu einem Hort für die
Arbeiterklasse entwickeln werden.“

Der Riesenkampf in Schweden.

Ueber die Lage am Freitag meldet uns folgende Privatdepesche:

Stockholm, den 27. August. Die Regierung hat jetzt die ihr unterbreiteten internen Vermittlungsvorschläge geprüft. Wahrscheinlich handelt es sich um die Vorschläge der Frauen-Deputation sowie um einen Vorschlag eines Großindustriellen, Freiherrn v. Adelqvist in Kretzberg. Die Regierung erklärt jedoch, daß die Vorschläge zu keinen Maßnahmen ihrerseits Anlaß geben.

Einige Teilergebnisse der gestrigen offiziellen Fählung der Feiern werden jetzt bekannt. In dem Stockholmer Landbezirk sowie in den Regierungsbezirken Södermanland, Kristianstad, Västerbotten und Norrbotten wurden am 9. August 35 000, am 18. August 34 400 und am 26. August 32 700 in den Betrieben fehlende, im wesentlichen nach Angaben der Unternehmer, gezählt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß ein Teil der Betriebe (Fabriken usw.) Mitglieder der bürgerlichen Schutzwachen eingestrichelt haben, so daß es sich in diesen Fällen nicht um arbeitende Streikende handelt. Selbst wenn in einzelnen anderen Regierungsbezirken die Arbeit durch Unorganisierte in etwas größerem Maßstabe erfolgt sein sollte, so steht heute unumstößlich fest, daß die große Masse der Arbeiterschaft seit Entschlossen im Auslande beharrt.

Die Wahrheitskorrektur der schwedischen Regierung.

(Schluß aus Nr. 109.)

Aber auch wenn man das Resultat der Kämpfe der fünf Jahre betrachtet, findet man ebenso wenig eine Unterlage für die Behauptung in der Regierungsdenschrift, wonach die Arbeiter ihre immer gesteigerten Ansprüche „im allgemeinen auch erfüllt bekommen“ haben sollen. Ueber das Resultat der 1148 Arbeitseinstellungen in den Jahren 1903/1907 entnehmen wir der amtlichen Statistik *) folgende Zahlen:

Ergebnis der Arbeitseinstellungen in Prozent 1903—1907	1903—1907			Resultat unbekannt
	Sieg der Unternehmer	Sieg der Arbeiter	durch Vergleich beendet	
Prozentzahl der Arbeitseinstellungen	25	34	34	7
Prozentzahl d. beteiligten Arbeiter	23	20	55	2

Diese Zahlen sprechen für sich selbst. Sie zeigen, daß nur 20 Proz. der an Arbeitseinstellungen beteiligten Arbeiter ihre Ansprüche vollumfänglich bekamen, während 23 Proz. der Arbeiter von den Unternehmern in den Kämpfen besiegt wurden. 55 Proz. der beteiligten Arbeiter einigten sich durch Vergleich mit den Unternehmern. Zu wissen nun ist bei den Kompromissen die Wage überschlag, läßt sich aus der Statistik naturgemäß nicht feststellen. Aber sicher haben beide Teile dabei nachgeben müssen. Von einer „allgemeinen“ Erfüllung der „gesteigerten Ansprüche“ der Arbeiter ist jedenfalls keine Rede.

Noch ungünstiger liegen die Verhältnisse für die Regierungsdarstellung, betrachtet man das letzte Jahr der Hochkonjunktur. Hier hatte die zentrale Unternehmerorganisation erst ihre richtige Stärke erreicht. Die Folge war keineswegs ein Nachgeben der Unternehmer nach dem Prinzip der „gleitenden Lohnskala“, sondern ein noch größerer Widerstand. 243 Streiks mit 11 278 Arbeitern stehen in diesem Jahre 28 Aussperrungen mit 6089 Arbeitern und 48 Arbeitseinstellungen gemischten Charakters mit 6503 Arbeitern gegenüber. Die amtliche Statistik stellt auch fest, daß die Aussperrungen in den ersten vier Jahren geringen Umfangs waren, während sie 1907 eine große Steigerung erfuhrten, welches zweifellos dem starken Zuwachs und der Konsolidierung der Arbeitgeberorganisationen in diesem Jahre zuzuschreiben ist.

Man sieht, die amtliche statistische Behörde strast die regierungsoffizielle Darstellung Lügen!

Nach dieser Feststellung weiß man, was von der weiteren Behauptung der Denschrift zu halten ist, wonach jedesmal, wenn die höchste gewerkschaftliche Leitung die Arbeiter zum Nachgeben gezwungen hatte (1), „bei den Massen des Verlangens, in einem allgemeinen Kampfe den Widerstand der Unternehmerorganisation zu brechen“, gestiegen sei. „Zweifellos beruhen auch diese Kampfergebnisse der Arbeiter gewissermaßen auf der grundsätzlichen Feindseligkeit der sozialistischen Anschauungen gegen den Unternehmer als Organ des Kapitalismus.“ fügt die offizielle Erklärung ebenso stupid als unehrlich hinzu.

Wenn die Unternehmerorganisation von Jahr zu Jahr immer mehr dazu übergeht, die Aussperrung gegen die Arbeiterforderungen in Anwendung zu bringen, so sind sie es, die die Gewerkschaften zwingen, schließlich einen Entscheidungskampf aufzunehmen. Die sozialistische Feindseligkeit der Massen gegen den Unternehmer als Organ des Kapitalismus hat damit gar nichts zu tun. In den bisherigen gewerkschaftlichen Kämpfen in Schweden ist die Frage nach Abschaffung dieses Organs des Kapitalismus nie aufgeworfen worden. Sie ist auch beim heutigen allgemeinen Zustand mit keinem Worte erwähnt worden. Die schwedische Regierung gebraucht also das „rote Tuch“ lediglich als Bluff. Wägnit sie damit, die deutschen Finanzkreise einzuschüchtern?

Die offizielle Darstellung widerspricht sich übrigens in diesem Punkte selbst. Sie muß eingestehen, daß es die Unternehmer waren, die wiederholt einen allgemeinen Kampf vom Zaune brechen wollten. So im Winter 1906/1907, so auch diesmal. Eine offizielle Denschrift, die in dieser Weise Dichtung und Wahrheit durcheinander wirft, richtet sich selbst.

In der gleichen Weise übt sich der offizielle Bericht in der Verrenkung der Tatsachen, wo er die unmittelbaren Ursachen des jetzigen Kampfes schildert. Da behauptet er zunächst, die „Isolalen Arbeitervereine“ hätten in den meisten Fällen „bei Verhandlungen über neue Verträge Lohnsteigerungen gefordert“. „Die Unternehmer dagegen haben sich für hauptsächlich (1) Aufrechterhaltung des Status quo der Lohnverhältnisse erklärt.“

Das soll also der Ausgangspunkt sein. Aber dieser „Ausgangspunkt“ liegt, wie die Denschrift später verschämt erwähnt, drei Jahre zurück; er hat mit dem jetzigen Kampfe gar nichts zu tun. Daß die Arbeiter in den Tagen der guten Konjunktur bei Erneuerung von Tarifverträgen Lohn-erhöhungen fordern, ist selbstverständlich. Sie sollen sich doch dabei auf Jahre binden und müssen somit bei der Tarif-erneuerung zum mindesten die auch von der Regierung nicht bestrittene Lebensmittelteuerung durch eine Lohnerhöhung auszugleichen suchen. Für die Schwäche der Position des Verfassers der offiziellen Denschrift ist es bezeichnend, daß er jene längst er-

ledigten drei Jahre alten Forderungen der Arbeiter mit heranziehen muß.

Etwas weiter unten teilt er dann schüchtern mit, daß bei den jetzigen Verhandlungen, die künftigen Reichstagen die Lohn-ebenen sollten, die Arbeiter „von einer Herabsetzung der Löhne nichts wissen“ wollten; „die Unternehmer dagegen machten geltend, daß eine Regelung mit dem Status quo als Ausgangspunkt in gegebenen Fällen sowohl Erhöhungen als wie Herabsetzungen mit sich bringen müßte“. Wenn auch recht verkauflich, so ist doch damit eingestanden, daß in den jetzt vorliegenden Streitfragen, es die Arbeiter sind, die den Status quo wollen, während die Unternehmer Lohnreduktionen fordern. Das hindert freilich unseren braven Seitwärtler nicht, zwanzig Zeilen später einen waghalsigen Sprung zu unternehmen. Da erzählt er wieder allen Ernstes, in den Unternehmerkreisen habe die Auffassung immer mehr Anhänger gewonnen, „daß man, indem man den Arbeitern eine schwere Niederlage zufüge, ihren Verlangen Steuern könnte, die Löhne trotz des wirtschaftlichen Niederganges durch fortwährende Streitereien immer weiter hinaufschrauben zu wollen“. (11)

Drei Jahre liegen die vom Verfasser der offiziellen Denschrift angeführten Lohnforderungen der Arbeiter zurück, in dem jetzigen Kampfe fordern sie den Status quo, wie er ausdrücklich feststellt, trotzdem müssen wieder die fortwährenden Streitereien der Arbeiter (1) zur Hinaufschraubung der Löhne zur offiziellen Begründung des brutalen Ueberfalls der Unternehmer auf die Arbeiter herhalten!

Braucht man noch mehr Beweise für die „Unparteilichkeit“ der schwedischen Regierung in dem jetzigen Ringen zwischen Kapital und Arbeit?

Nach diesen Leistungen kann es nicht verwundern, daß die offizielle Denschrift in der Schilderung des Verlaufs des Kampfes ebenso tendenziös verfäht. Sie berichtet mit sichtbarer Entrüstung, daß in einigen Orten „die Arbeiter der kommunalen Beleuchtungsanstalten die Arbeit niedergelegt“ haben. Daß es sich dabei im wesentlichen um Stockholm handelt, verschweigt die Denschrift ebenso, wie sie die Ursache des Stockholmer Streiks der Beleuchtungsarbeiter verschweigt. Hier ist die Regierung resp. ihre Behörden selbst der schuldige Teil, indem sie den Arbeitern zumute, unter Militärbewachung die Arbeit zu verrichten! Die Arbeiter hatten nichts gegen die Bewachung der Anstalten an sich einzuwenden; nur wollen sie selbst nicht wie Streikbrecher unter militärischem „Schutze“ stehen! Wie unsinnig diese Forderung der Regierungsbehörden war, räumt die Denschrift selbst indirekt ein, indem sie „die musterhafte Ordnung“ hervorhebt, die unter den ausführenden Arbeitern herrscht.

Noch unangebrachter ist die Entrüstung in der Regierungsdenschrift über die „Vertragsbrüche“ der Arbeiter. Sie muß zwar zugestehen, daß in den meisten schwedischen Kollektivverträgen auf Veranlassung der drei großen Zentralorganisationen der Unternehmer jene Bestimmung enthalten ist, die Sympathiekämpfe legalisiert. Die Bestimmung hat, wird auch hier erklärt, den Zweck, „große einheitlich geführte Kämpfe gegen die Arbeiter zu ermöglichen“. Die nackte Brutalität, die in diesen offiziellen Worten liegt, würde bei jedem Sozialgegnerten genügen, den Vertragsbruch der Arbeiter in den einzelnen vorgekommenen Fällen zu rechtfertigen. Das organisierte Unternehmertum nimmt sich heraus, in allen Fällen, wo es ihm günstig erscheint, jene Vertragsbestimmung der Arbeiterschaft aufzukloppeln. Da, wo es dem Unternehmertum aber nicht paßt, haben die Arbeiter zu kuscheln! Tun sie es nicht, so entrüstet sich die Regierung über den Vertragsbruch der Arbeiter. Daß es ein Gesetz der Notwehr gibt, daß ferner das Recht des Ortsüblichen zur Beurteilung des „Vertragsbruchs“ der Arbeiter herangezogen werden müßte, das alles existiert für die Regierung nicht. Wenn es in Schweden auf Veranlassung der Unternehmer landesüblich ist, während der Dauer der Tarifverträge Sympathiekämpfe zuzulassen, so muß das unbedingt dazu beitragen, die Auffassung von der Unverletzlichkeit der Verträge zu untergraben.

Aber davon ganz abgesehen. Die Durchbrechung der Kollektivverträge ist in Schweden durchaus nichts Neues, und ganz unerkennbar haben die Vertragsbrüche mit der Verstärkung der Unternehmerorganisation zugenommen. In der fünfjährigen Periode 1903/1907 wurden amtlicherseits 65 solcher Tarifbrüche festgesetzt. Davon wurden in 29 Fällen die Verträge durch die Unternehmer (1907 allein in 12 Fällen), und in 36 Fällen durch die Arbeiter (1907 in 16 Fällen) gebrochen. Bedeutet man, daß die Zahl der Arbeiter 30—40mal so groß ist, wie die der Unternehmer, so belasten die Unternehmer dieses Konto besonders stark! Davon spricht die Denschrift der Regierung nicht. Auch ein Zeichen ihrer Objektivität!

Den Schlüssel zu ihrer Parteinahme gegen die Arbeiter und für die Unternehmer liefert die Denschrift in ihrer Besprechung der wirtschaftlichen Folgen des Kampfes. Schon in unserem Artikel vom 8. August hatten wir auf den Geist der Trägheit, auf die Neigung zum Wohlleben, der den schwedischen Durchschnittsbourgeois kennzeichnet, hingewiesen. Wir bemerkten, daß er schwer die wenigen Aufgaben erfährt, die dem Kapitalbesitzer, sagen wir mit der vorliegenden Regierungsdenschrift, als „Organ des Kapitalismus“ zufallen. Von dem industriellen Unternehmer besonders führten wir aus, daß er bei Lohnforderungen der Arbeiter nicht erst nachrechnet, ob er durch rationelleren Betrieb usw. diese Mehrausgabe wieder wettmachen kann. Wir suchten darin die Ursache so manchen schwedischen Kampfes, der in Deutschland beispielsweise zu den selteneren Vorkommnissen gehören würde, obgleich das deutsche Unternehmertum sicherlich nicht zu seinem Vergnügen oder aus sozialer Einsicht Arbeiterforderungen unbesehen bewilligt. Aber es berechnet dennoch ein wenig das Debet und Kredit des Kampfes, bevor es ihn beginnt. Wie es die Arbeiter auch tun. Der schwedische Bourgeois im allgemeinen fehlt die tiefere Einsicht in die Gesetze der Volkswirtschaft. Daher sieht der Unternehmer nur die momentane Lohnforderung der Arbeiter, in der er lediglich die sofort eintretende Mehrausgabe für Löhne erblickt. Daß den höheren Löhnen auch eine größere Konsumfähigkeit der Arbeiterschaft folgt und damit für das Unternehmertum eine größere Absatzmöglichkeit auf dem Inlandsmarkt, ist dem schwedischen Unternehmertum meistens ein Buch mit sieben Siegeln.

Die gegenwärtige schwedische Regierung ist als oberste Vertrauensperson dieses Unternehmertums genau aus dem gleichen Holze geschnitten. Sie berechnet jetzt, daß die schwedische Volkswirtschaft keinen großen Schaden vom Kampfe hat. Nur die Arbeiter, ja die haben in den Augen der Regierung einen enormen Schaden. In zwei Wochen haben sie 12 Millionen Mark an Lohn verloren. Dieser Summe „entspricht selbstverständlich eine ebenso große Verminderung der Ausgaben der Arbeitgeber, was für die Schätzung ihrer Ausfälle in Betracht genommen

werden muß“, heißt es faktisch wörtlich in der Denschrift. Wenn die Arbeitgeber keinen Lohn zu zahlen haben, verlieren die Arbeiter diese Summen, die die Arbeitgeber wiederum als Verdienst einstreichen. Wie einfach liegen doch die volkswirtschaftlichen Probleme für eine erleuchtete königliche Regierung in Schweden!

Der Lohnausfall hat eine Verminderung des Konsums gebracht, das erscheint in der Regierungsdenschrift als der volkswirtschaftliche Gewinn der wochenlangen Einstellung der nationalen Produktion. Man höre:

„Andererseits muß daran erinnert werden, daß der Konsum sowohl während des Generalstreiks als auch für die nächste Zukunft mit großer Wahrscheinlichkeit eine bedeutende Einschränkung erleiden muß. Schon durch das momentane Verbot für Bier und spirituose Getränke sind nicht unbedeutende Beträge erspart worden; dasselbe gilt ohne Zweifel auch für andere Konsumartikel, was später hervortreten wird, wenn man Gelegenheit zum Ueberblicken der jetzigen Situation bekommt. (1) Die Hoffnung dürfte aber nicht vermessend sein, daß es mit der Zeit sich zeigen wird, daß der von den Betriebs-einstellungen bewirkte Produktionsausfall durch die gleichzeitige Einschränkung des Konsums einigermaßen neutralisiert worden ist, und daß infolgedessen — abgesehen von dem in vielen Fällen allerdings sehr fühlbaren Verlust der einzelnen Unternehmer — die schwedische Volkswirtschaft im großen ganzen und besonders in ihrer Leistungsfähigkeit im Verhältnis zum Auslande von dem jetzigen großen Konflikt auf dem hiesigen Arbeitsmarkte keinen zu großen Einfluß erfahren hat.“ Punktum!

Wer sich auf diesen Balkentanz einen Verdrehten reimt, der mag es tun. Die Arbeiter haben 12 Millionen Mark in zwei Wochen, d. h. jetzt in vier Wochen 24 Millionen Mark an Lohn eingebüßt, das soll zwar zunächst ein Gewinn der Unternehmer sein. Sodann aber haben die einzelnen Unternehmer „allerdings“ einen sehr fühlbaren Verlust gehabt. Arbeiter und Unternehmer haben beide fühlbare Verluste, die schwedische Volkswirtschaft aber verliert beileibe „im großen ganzen“ nichts! Der Produktionsausfall wird durch die Einschränkung des Konsums sowohl während des Streiks als in der nächsten Zukunft neutralisiert. Wenn die schwedische Regierung nichts konsumiert, braucht sie nichts zu produzieren. Wer denkt da nicht an den geizigen Bauern, der aus Ersparnisrückichten seinem Pferde das Fressen abgewöhnen wollte. Vorsichtigerweise begann er mit der Entziehung des Trinkwassers, was ausgezehrt gelang. Nach acht Tagen verendete der Gaul, so daß die zweite Entziehung zum Verrger seines Eigentümers gar nicht beginnen konnte.

Das ist die volkswirtschaftliche Weisheit der königlich schwedischen Staatsregierung! Aber nicht ihre allein. Das ist vielmehr die Auffassung des einflussreichsten Teiles der schwedischen Bourgeoisie, dessen Spitze die Regierung ist. Der Vorsitzende der Stockholmer Handelskammer hat sich gegenüber dem Korrespondenten eines bürgerlichen deutschen Blattes genau in demselben Sinne ausgesprochen. Man könnte ihn sogar im Verdacht haben, der Verfasser der offiziellen Denschrift zu sein. So stehen also die Vertreter des schwedischen Kapitalismus noch bis zum heutigen Tage auf dem ehrwürdigen volkswirtschaftlichen Standpunkt des Diogenes von Sinope: „Wütlich ist, nichts zu bedürfen!“ Hoffentlich bekommt die schwedische Regierung bald die „Gelegenheit zum Ueberblicken der jetzigen Situation“. Wir befürchten nur, sie wird bis dahin eine andere Situation haben! Wenn nämlich Handel und Industrie alle fälligen Zinsen, Wechsel und Rechnungen bezahlen, wenn die Hausagrarier ihre Mieten, Staat und Kommunen ihre Steuern usw. einlassieren sollen, wird die Regierung kaum mehr Zeit finden, „die jetzige Situation“ zu „überblicken“.

Im Banne der volkswirtschaftlichen Theorien des Diogenes von Sinope und seines Lehrers Antisthenes; hat das schwedische Unternehmertum anscheinend den ruinierenden Kampf heraufbeschworen. Im Banne dieser Theorien unterläßt es die königlich schwedische Staatsregierung, in diesen Kampf vermittelnd einzugreifen, wie es weite Kreise des schwedischen Bürgertums seit Wochen verlangen. Sie wartet auf den „psychologischen Moment“, verkländelt sie; aber der tritt wohl bei ihr erst ein, wenn es der schwedischen Volkswirtschaft so ergangen sein wird wie dem Gaul des Bauern.

Das Woffische Bureau bringt in später Stunde die Mitteilung des Ministeriums des Innern, daß die Zahl der Streikenden zurzeit 255 668 beträgt. Sie hat demnach seit dem 18. d. Mts. um 23 169 abgenommen. In Stockholm selbst hat sich die Zahl der Ausführenden nur wenig vermindert.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. August 1909.

Die Ostmarkenpolitik und der neue Reichskanzler.

Anlässlich der Einweihung eines Widmar-Turms bei Aulm (Westpreußen) wurde an den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg folgendes Telegramm gefandt:

„Die nach der Einweihung des Widmar-Turms bei Aulm mit Ihren Reichstags- und Landtagsabgeordneten in großer Zahl vereinigten Deutschen aus allen Verhältnissen des Kreises können Ihnen herzlichst gratulieren und sprechen die Versicherung aus, daß sie auch bei Ihrer Ergebenheit in Ihrem Ringen um Erhaltung des Deutschiums in der Ostmark Unterstützung finden werden.“

Das Antworttelegramm des Kanzlers lautete:

„Für die telegraphischen Grüße vom Aulmer Widmar-Turm danke ich Ihnen und allen Teilnehmerinnen aufrichtig. Das Deutschum in unseren Ostmarken zu erhalten und zu stärken, bleibt mir Aufgabe, an deren Erfüllung getreu den Traditionen des großen Staatsmannes, dem Sie soeben ein Denkmal geweiht haben, ohne Wanken fortgearbeitet werden wird. Bethmann Hollweg.“

Die Antwort des Kanzlers bedeutet, daß die Germanisierungs-politik fortgesetzt und den wiewohl verpöbelten Riesensummen weitere Hunderte von Millionen Mark nachgeworfen werden sollen. Offizielle Blätter wissen denn auch bereits zu melden, daß weitere Maßnahmen zur Erhaltung des Grundbesitzes in den Grenzprovinzen geplant sind, die in der Gewährung von Mitteln gegen geringe Zinsfüße an deutsche Anlieher bestehen sollen. Voraussetzungen würden entweder die Landschaften hierbei eine Rolle spielen, oder man werde eigene Kreditinstitute einrichten. Ferner sehe ein Parzellierungs-gesetz für Posen, Westpreußen, Schlesien und einen Teil von Pommern in Aussicht.

Katholische Priester als Wahlagitatoren.

Wie die ehrsame „Germania“ ist auch die angeblich interkonfessionelle „Abl. Volksztg.“ der Ansicht, daß der Klerus die Pflicht hat, für das Zentrum Wahlagitator zu treiben, wenn auch das Aulmer Blatt keine Meinungslager begründet, wie die der kerikalen Boonerkamp-Richtung näherstehende „Germania“.

„Die Beteiligung des Klerus an den Wahlarbeiten“, so erklärt die „Abl. Volksztg.“, ist in den verschiedenen Wahlkreisen sehr

*) Arbeitsstatistik E: 1, herausgegeben von der Abteilung für Arbeitsstatistik des königlichen Kommerziollegiums, Stockholm 1908.

verschieden. In manchen meist ländlichen Wahlkreisen mit einfachen Verhältnissen, wo es an politisch gekulten Wählern fehlt, beteiligt sich der Klerus eifrig an den Wahlen; in zahlreichen anderen Wahlkreisen tritt die Beteiligung des Klerus verhältnismäßig zurück. Ueberall hat, wohlverstanden, der katholische Klerus das Recht und die Pflicht, an den Wahlen teilzunehmen, wie jeder andere Reichs- und Staatsbürger. Das Maß der Beteiligung wird, wie gesagt, nach Zeit und Verhältnissen wechseln. Was hätte man vom katholischen Klerus sagen sollen, wenn er etwa im Kulturkampf, wo es sich um die Existenz der katholischen Kirche auf deutschem Boden gegenüber dem Aufsturm des Staatskirchentums handelte, „neutral“ dastand? Und auch heute hat der Klerus alle Veranlassung, sich zu beteiligen aus einer ganzen Menge von Gründen.

Der Diamantensegen für die deutschen Arbeiter.

In der Frankfurter „Volksstimme“ veröffentlicht ein Diamantarbeiter einen sehr interessanten Artikel über den „Segen“, den die Diamantfunde in Südwesafrika den deutschen Diamantarbeitern gebracht hat. Dieser Segen besteht, wie der Verfasser berichtet, in Lohnreduktionen. Während es dem Weltverband der Diamantarbeiter gelang, durch Vereinbarung mit den großen englischen Diamantfirmen eine Herabsetzung des Lohnes der Diamantarbeiter, speziell auch der Holländer, zu verhindern, mußten sich bereits in den letzten Jahren die deutschen Diamantarbeiter, angeblich aus Konkurrenzrücksichten gegenüber der holländischen Industrie, Lohnkürzungen gefallen lassen. Doch verhielt man den Arbeitern eine Aufbesserung der Löhne, falls es durch eine Diamantproduktion in den eigenen Kolonien gellinge, sich der englischen Syndikatsgewalt zu entziehen.

Nun haben sich diese Funde eingestellt. Nun werden deutsche Kolonialdiamanten geschorfen. Aber diese „deutsche“ Ware ist von minderer Qualität, häufig nicht gut austriktallisiert, so daß die Bearbeitung weit schwieriger ist, als die der englischen Ware. Trotzdem wird unseren deutschen Arbeitern keineswegs ein höherer Lohn gezahlt. Im Gegenteil!

Dieser deutsche, koloniale Diamantensegen hat demnach nicht, wie unsere Dattelkischenschwärmer behaupteten, für die deutschen Diamantarbeiter wirtschaftliche Vorteile und eine Rückgängigmachung der früher erfolgten Lohnkürzungen gebracht, sondern das Gegenteil davon ist eingetreten: noch weitere Lohnreduktionen und eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse der in Betracht kommenden Arbeiter.

Gefördert wird dieser „Segen unserer Kolonien“ für die Untertanen noch dadurch, daß die in Betracht kommende Reichsbehörde in gänglicher Verkennung der Marktverhältnisse sucht, den englischen Winen Konkurrenz zu machen. Dabei haben die verantwortlichen Stellen natürlich nichts weiter im Sinne, als die Fälschung von Millionen. Den deutschen und auch ausländischen Unternehmern riesenprofite — den deutschen Diamantarbeitern noch niedrigerer Hungerlöhne. Das ist der Segen unserer Kolonie für die deutschen Diamantarbeiter.

Diese Politik der Reichsregierung: Millionen auf Kosten der deutschen Steuerzahler zu züchten, die doch durch ihre Steuerkraft erst die Existenz der Kolonien und den Verkehr mit diesen ermöglichen, veranlaßt jetzt sogar ausländische Unternehmer in Deutschland Diamantfunde zu errichten, um dadurch billiger als in Holland produzieren zu können. Diese größeren Profite aus der billigeren Arbeitskraft der deutschen Arbeiter, die nur deswegen erzielt werden können, weil man im „Reiche der Sozialreform“ alle wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiterschaft durch die preussische Polizeibrille betrachtet, müssen ja ausländische Unternehmer zur Errichtung von Diamantfunden im Inlande geradezu zwingen. Die holländischen Diamantarbeiter mußten bisher schon mit der deutschen Schmutzkonkurrenz, ausgeübt von einem Teil der deutschen Diamantarbeiter unter dem Schutz, den das Reich und seine Behörden den fremden Unternehmern angedeihen, rechnen. Jetzt aber wird naturgemäß die Zahl der Kleinbetriebe in der Diamantindustrie immer größer, die von ausländischen Unternehmern in Deutschland eingerichtet werden, weil die holländischen Diamantarbeiter auf Preise halten. In dem vom Verkehr seitab gelegenen Osten, wo billige Lohnarbeit zu haben ist, werden sogenannte Kommissionsgeschäfte errichtet. D. h. solche Diamantfunde, deren Leiter ein deutscher Diamantarbeiter ist, der nun als Meister und auch als Behringsschlichter diesem Betrieb vom Eigentümer vorgelegt wird und der von Holland die Rohware erhält, die er nach Fertigstellung zu den niedrigsten Löhnen an seinen Chef im Ausland zurückgelangen läßt. Der wirkliche Eigentümer der Schleiferei und der darin bearbeiteten Ware bringt die letztere nun aber nicht etwa auch zu billigeren Preisen auf den Markt; o nein! Nur seinen eigenen Profit steigert er dadurch.

Das ist der Segen der Dornburg-Diamanten für das deutsche Proletariat!

Eine handvoll Spekulanten bereichert sich — die Masse des Volkes hat aber nicht nur nichts von den Diamantfunden, sondern sogar die Löhne der Diamantarbeiter werden herabgesetzt! Und wenn schließlich auch ein paar Millionen Reichseinnahmen aus den Diamantfunden abfließen, so genügen diese Einnahmen noch nicht, um auch nur die Zinsen des für den Herzerkrieg verausgabten Kapitals zu decken. Wohl aber muß der glorreiche Diamantennummel dazu herhalten, künftig erst recht die ungeheuerlichsten Ausgaben für die Kolonien als eine „rentable Kapitalanlage“ zu rechtfertigen!

Eine Reichsverbandsfälsche.

Unter dieser Spitzmarke hatte die „Leipziger Volkszeitung“ am 30. Juni mitgeteilt, daß der zweite Hauptgeschäftsführer des Reichsverbandes Dr. Ludwig Berlin gegen den Genossen A. Ebeling von der „Mainzer Volkszeitung“ Verhaftung wegen Verleumdung erhoben habe. Die „Leipziger Volkszeitung“ teilte den wesentlichen Inhalt des Artikels unseres Mainzer Parteiblattes mit, worauf Herr Ludwig auch die „Leipziger Volkszeitung“ vor den Kadi zitierte. Am 25. August wurde nun in dieser Sache vor dem Leipziger Schöffengericht gegen den verantwortlichen Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Genossen Hermann Müller, verhandelt. Genosse Müller wies darauf hin, daß in bürgerlichen Kreisen der Reichsverband ebenso abfällig beurteilt werde, wie in der sozialdemokratischen Partei. Die Kampfbroschüre des Reichsverbandes werde als verachtenswert und unwürdig bezeichnet. Hierfür lieferte Genoss Müller eine ganze Anzahl von Beispielen. Der Verteidiger Rechtsanwalt Neu stellte folgende Weisungen: 1. Für die Tatsache, daß Dr. Ludwig früher Redakteur eines demokratischen, dann eines nationalliberalen Blattes gewesen und hierauf als zweiter Geschäftsführer des Reichsverbandes angestellt worden ist, den General v. Liebert als Zeugen zu laden; 2. den Rechtsanwalt Herzberg als Zeugen zu laden für die Tatsache, daß von Ludwig die unwahre Behauptung stammt, Liebknecht habe seinerzeit von den aus Frankreich heimkehrenden Kriegern als von „zweiheiligen Tieren“ gesprochen; 3. den konservativen Parteisekretär Grünauer zu laden, der bezeugen soll, daß Ludwig die von ihm im Wahlkampf in Algey-Wingen verfassten Flugblätter von anderen Personen verantworten ließ, und 4. den Ehebrecher Schmidt vom „Leipziger Tageblatt“ für die Tatsache als Zeugen zu laden, daß

aufändige Politiker es ablehnen, mit dem Reichsverbande zu paktieren.

Diese Weisungen akzeptierte das Gericht und vertagte die Verhandlung.

Der Selbstmord eines Garderegiments.

Ende Februar nahm sich der Garderegimentsführer Juber vom Regiment Königin Elisabeth das Leben. Er jagte sich eine Kugel in die Brust und erlag bald darauf der Schußverletzung. J. war der Sohn eines hiesigen Schuhmachermeisters. Er hatte sich freiwillig zum Militär gemeldet; beklagte sich aber wiederholt bei seinem Vater, daß es ihm beim Militär schlecht ergehe. Am 6. Dezember v. J. rief er seinen Vater telephonisch nach der Kasernen und behauptete ihm gegenüber, er sei von dem Sergeanten Ebers vorchristlich behandelt worden. Der Vorgesetzte habe ihn morgens beim Eintreten auf der Straße neben dem Bett fünfzigmal in schmerzlicher Ausdrückung auf- und niederschlagen und ihn in die Kniebeuge gehen lassen. Er habe ihn ferner mit Verhöhnungen beleidigt, die an dieser Stelle nicht wiedergegeben werden können. Der Vater begab sich daraufhin zum Hauptmann und veranlaßte, daß sein Sohn in die Korporalschaft des Unteroffiziers Perret versetzt wurde. Ende Februar nahm sich darauf plötzlich Juber das Leben. Er erschoss sich. Es wurde daraufhin eine kriegsgerichtliche Untersuchung über das Motiv eingeleitet, die wie so oft ein negatives Resultat hatte.

Der Vater des Grenadiers bemühte sich aber hierbei nicht. Er sandte an den Kriegsminister eine Eingabe und forderte, daß ein Strafverfahren eingeleitet werde. Auf Veranlassung des Generalkommandos wurde denn auch die Anklage gegen den Sergeanten Ebers und die Unteroffiziere Kopp und Perret erhoben. Gestern hatten sich die drei vor dem Kriegsgericht der zweiten Gardebataillon wegen vorchristlicher Behandlung beziehungsweise wegen Verleumdung eines Untergebenen zu verantworten. Der Vater des Grenadiers J. beklagte, daß ihm sein Sohn das erzählt habe, was er, der Zeuge, in der Eingabe an den Kriegsminister niedergeschrieben. Er könne nur annehmen, daß sein Sohn durch die Behandlung seitens der Vorgesetzten in den Tod getrieben worden sei. Die Weisungsaufnahme ergab jedoch nichts Belastendes für die drei Angeklagten. Nicht weniger als 17 Grenadiere, zum Teil Stubensameraden des verstorbenen J., bezeugten übereinstimmend, daß sie von einer vorchristlichen Behandlung des J. nichts gesehen hätten. Auch von den beleidigenden Äußerungen haben sie nichts gehört. Dagegen sagten alle Zeugen aus, daß J. im Dienst sehr nachlässig gewesen sei.

Als nach Vernehmung der Grenadiere der Vater des J. meinte, die Leute hätten wahrscheinlich aus Furcht vor den Anklagegegnern die Wahrheit mit der Wahrheit zurück, ließ der Verhandlungsleiter, Kriegsgerichtsrat Dr. Wolf, die Grenadiere alle vorzutreten und richtete die Frage an sie: „Hat irgend einer Angst vor den Vorgesetzten?“, worauf die Leute einstimmig mit „Nein“ erwiderten. Die Frage, ob einer der Zeugen einmal beobachtet habe, daß dem J. irgend einmal Unrecht seitens der Vorgesetzten geschehen sei, mußten die Leute gleichfalls verneinen. Etwas scharf sei Sergeant Ebers vorgegangen, doch sei der eine so behandelt worden wie der andere. Der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Kruse, führte unter anderem aus, daß das Dunkel über das Motiv des Selbstmordes wohl kaum aufgeklärt werden könne. Ob J. tatsächlich selbstmörderische Absicht gehabt habe oder ob er sich nur verstimmen wollte, bleibe dahingestellt. Der Vater des Verstorbenen habe kein Vertrauen zu der kriegsgerichtlichen Untersuchung, die ein negatives Resultat zeitigte, gehabt, und sei nun an den Kriegsminister herangetreten. Dies sei ein bedauerliches Zeichen der Zeit.

Das Kriegsgericht erkannte dem Antrag des Vertreters der Anklage entsprechend und sprach die drei Unteroffiziere frei.

Es gibt doch noch harmlose Menschen! Der Herr Kriegsgerichtsrat Kruse vermag sich nach all den seltsamen, dem Rechtsempfinden des Volkes aufs schärfste ins Gesicht schlagenden Urteilen, die fast täglich von der Militärjustiz gefällt werden, noch darüber zu wundern, daß der Vater des in den Tod gegangenen Grenadiers Juber kein sonderliches Vertrauen zur Militärrechtspflege hat und nicht zu glauben vermag, sein Sohn habe sich ohne Grund, aus Langelücke erschossen. Außerhalb des Offizierskorps wird es wohl recht wenige urteilsfähige Menschen geben, die zu glauben vermögen, der Soldat habe sich pour plaisir getötet.

Militärjustiz.

Wegen Simulation und verleumdnerische Verleumdung verurteilte das Oberkriegsgericht des 9. Armeekorps in seiner Sitzung vom 18. Mai d. J. den jetzigen Gefangenearbeiter H. zu — drei Jahren sechs Monaten Gefängnis, während die Vorinstanz nur auf 4 Monate Gefängnis erkannt hatte.

H. ist 1908 in das Strolcher Husaren-Regiment eingereicht, ist dann aber wegen angeblichen Schwachsinns als zeitig dienstuntauglich entlassen worden. Noch an demselben Tage schrieb er an das Regiment, er sei von einem Sergeanten und mehreren Husaren in und außer Dienst mit Knüttelstößen, Säbelnadeln usw. mißhandelt worden. Die Beschuldigten wurden vom Kriegsgericht freigesprochen, worauf gegen H. Anklage erhoben wurde. Das Kriegsgericht setzte zunächst die Verhandlung aus und ließ H. auf seinen Geisteszustand untersuchen. Er wurde für schwachsinzig und dauernd dienstuntauglich befunden. Da er einige raffinierte Verleumdungen beging, wurde das Verfahren gegen ihn wieder aufgenommen. Jetzt wurde er nach abermaliger Untersuchung für gesund befunden, worauf er zu der obigen horrenden Strafe verurteilt wurde.

H. legte Revision ein, der, soweit verleumdnerische Verleumdung in Betracht kommt, stattgegeben wurde. In der neuen Verhandlung stellen die Zeugen unter Eid in Abrede, den H. mißhandelt zu haben, worauf der Angeklagte zu einer Gesamtstrafe von drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

Oesterreich.

Der Klerikalismus gegen die Freie Schule.

In Wien bestehen einige Privatschulen, die der Verein „Freie Schule“ als Musteranstalten errichtet hat. Sie waren der Kirche seit langem ein Dorn im Auge und ihrem Drängen hat jetzt der „liberale“ Unterrichtsminister Graf S i u r g i h nachgegeben und eine Verfügung erlassen, wonach an den Freien Schulen nur solche Religionslehrer wirken dürfen, die von der Kirche als zum Unterricht befähigt erklärt werden. Dem will sich der Verein auf keinen Fall fügen, der Verein würde darin, wie sein Vorsitzender Baron Hod erklärt hat, die Verneinung seiner Lebensaufgaben erblicken, und so hoch er seine Unterrichtsanstalten auch schätze, sie lämen keinen Augenblick in Frage, wenn ihr Fortbestand durch Unterwerfung unter konfessionelle Autoritäten oder geschwundene Entscheidungen schwacher Verwaltungsbehörden erkauft werden müßte.

Das Reichsvolksschulgesetz kennt nämlich eine solche Befugnis der Kirche nicht; die Entscheidung des Ministers ist eine Wiederbelebung des alten Konfessionsbats.

Der Wiener Bezirksschulrat, der ein Werkzeug der Christlich-Sozialen ist, hat inzwischen schon die Schulen des Vereins gesperrt. Im Parlament wird es ob dieser Affäre zu heftigen Kämpfen kommen.

Ein militärischer Gewaltmarsch.

Das „Agrarische Tageblatt“ meldet aus Ragusa von einem während der in dieser Woche abgehaltenen Wanderversammlung des Gewaltmarsch, der einige hundert Karode unter der Leitung des Generals und den Offizieren und auch eines Todesfall zur Folge hatte:

Die Truppen rückten um 4 Uhr morgens von Ragusa aus und kehrten um 3 Uhr nachmittags in ihre Kasernen zurück. Während des eifrigsten Marsches wurden zahlreiche Offiziere und Soldaten vor dem Ziele von Unwohlsein befallen, leichten in keinem Zustand zurück und mußten ins Spital befördert werden. Unter den Soldaten befinden sich viele, welche die Strapazen des harten Grenzdienstes im Frühjahr mitgemacht haben und jetzt abermals zu einer so anstrengenden Leistung herangezogen wurden.

Der Korrespondent des „Agrarischen Tageblattes“ in Ragusa sprach mit einem im dortigen Spital untergebrachten Soldaten, der erzählte, daß die Mannschaft von 4 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags keine Nahrung außer einem schwarzen Kaffee zu sich nehmen konnte. Die Hitze war unerträglich, kein Tropfen Wasser war zu bekommen. Dreihundert Mann und dreizehn Offiziere wurden krank.

In der Nähe von Ragusa brach der Reserveoffizier Johann G o j e d i c aus Lubaki, vom Sonnenlicht getroffen, zusammen und war alsbald tot. Der Reserveoffizier Vater von zwei Kindern und als seine Frau, die Mutter werden sollte, von seinem Tode erfuhr, brach sie gleichfalls tot zusammen. Die plötzlich zu Waisen gewordenen Kinder — ein zwölfjähriges Mädchen und ein achtjähriger Knabe — begaben sich nach dem Tode der Mutter zu Fuß nach Ragusa. Sie wollten sich, wie sie sagten, nach Wien einschiffen, um zum Kaiser zu gehen und ihn um Rettung zu bitten. Die Gemeinde Ragusa nahm sich der Kinder an, gutherzige Leute brachten sie zurück in ihren Heimatort, wo sie von Almosen weiterleben. Der Gewaltmarsch rief in der Bevölkerung große Aufregung hervor.

Der Meldung ist sehr prompt ein amtliches Dementi gefolgt, das also lautet: Wie nunmehr amtlich festgestellt ist, sind die Meldungen über Gewaltmärsche der Truppen bei den Wanderversammlungen in Süddalmatien entstellend und aufgebauscht gewesen. Richtig ist allein, daß einzelne Truppenteile infolge ungünstiger Witterungsverhältnisse eine über die Norm hinausgehende zeitweise Anzahl von Karoden gehabt hat, die jedoch bereits wieder auf das Normale zurückgegangen ist. Die sensationellen Gerüchte, die von Hunderten von schweren Erkrankungen und von Todesfällen zu berichten wußten, sind dahin zu berichtigen, daß im Lager ein Landwehrmann durch Blizschlag getötet, zwei schwer verletzt wurden.

Dieses Dementi dürfte es verdienen, mit der allergrößten Vorsicht aufgenommen zu werden.

Spanien.

Ordnungswirtschaft.

In Barcelona und Umgebung finden noch immer neue Verhaftungen statt. Nach Pariser Meldungen aus Barcelona wurden zwanzig Individuen, zumeist nationalistische Lehrer, zur Ausweisung verurteilt. Vier Lehrer werden noch in Gewahrsam gehalten. Ein gewisser Francisco Rosal wurde unter der Anklage festgenommen, der Anführer der Reiterei im Stadtviertel Campo Baldani gewesen zu sein und Häuser in Brand gesetzt und geplündert zu haben. Ferner wurden 7 Personen, die Wünsche auf der Flucht befohlen, und sechs Frauen und zwei Männer, die in die Ereignisse im Stadtteile der Hospitales verwickelt waren, gefangen gesetzt. Der Militärrichter an der Spitze von 20 Gendarmen verhaftete in Planas 16 und in Villalonga 18 Individuen, die an der Zerstörung der Eisenbahn beteiligt gewesen waren.

Ferner wurden, wie die „Frankf. Zeitung“ berichtet, 78 Schutzleute nachträglich entlassen, weil sie während der Aufbruchbewegung den Dienst verweigerten. Vier werden vor das Kriegsgericht gestellt, weil sie mit den Aufständischen gemeinsame Sache machten. Ein Polizeileutnant, welcher in jener Woche den Dienst verweigerte, wurde ebenfalls verhaftet.

England.

Arbeiterschutz in Indien.

London, 25. August. (Eig. Ber.) Dem gesetzgebenden Rate des Vizekönigs von Indien liegt seit dem 30. Juli ein Gesetzentwurf vor, dessen Zweck es ist, die indischen Fabrikgesetze zu amendieren und zusammenzufassen. Das Hauptmerkmal des Gesetzentwurfs ist die Festsetzung eines Maximalarbeitstages von 12 Stunden für alle Arbeiter in Textilfabriken. Der Entwurf bezieht sich also auch auf erwachsene männliche Textilarbeiter. Was andere Fabriken betrifft, so ist in diesen die Arbeitszeit kürzer, allein der Gesetzentwurf gibt der Regierung die Macht, den Maximalarbeitstag überall einzuführen, wo die Tendenz zur Überlangen Arbeitszeit sich bemerkbar macht. Der Entwurf enthält ferner Bestimmungen über Mittagspausen, wöchentlichen Ruhezeit und über andere zum Schutze der Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter notwendigen Maßregeln.

Internationaler Arbeiterschutz.

London, 24. August. Nach einer am 22. d. M. vom Auswärtigen Amte veröffentlichten Konvention sind die britische und französische Regierung übereingekommen, die in ihren Ländern bestehenden Gesetze betreffend Unfallschädigung auf französische Arbeiter in Großbritannien und britische Arbeiter in Frankreich auszuweiten.

Der Premierminister über die Reichsverteidigungskonferenz.

Am Donnerstag sprach Premierminister Asquith im Unterhause über die Reichsverteidigungskonferenz. Nach schon Bekanntem teilte er mit: Eine Umwandlung der Geschwader in den Weltmeeren des fernen Ostens wurde in Erwägung gezogen auf der Basis der Errichtung einer pazifischen Flotte, bestehend aus drei Einheiten für die ostindischen, australischen und chinesischen Gewässer. Jede von diesen Einheiten soll bestehen aus einem Panzerkreuzer vom neuen Indomitable-Typ, drei Kreuzern zweiter Klasse, sechs Torpedobootzerstörern und sechs Unterseebooten. Das Angebot von Neuseeland und Australien, Schlachtschiffe zu stellen, wurde angenommen mit der Modifikation, daß statt der Schlachtschiffe Kreuzer vom Indomitable-Typ gestellt werden sollen. Einer von diesen Kreuzern würde der chinesischen, ein anderer der australischen Station zugeteilt werden.

Türkei.

Der Zustand in Yemen.

Nach offiziöser Darstellung hat sich die Lage in Yemen gebessert. Die Aufständischen sollen mit großen Verlusten zurückgeschlagen worden sein, als sie einige Militärposten des Gebietes Seidi Hadse angriffen. Andere Meldungen lauten weit weniger rosig. Danach hat der Anführer der Aufständischen Jafna den heiligen Krieg gegen die Türken erklärt. Die fremden Konsuln in Yemen verlangen umgehend Maßregeln zum Schutze ihrer Staatsangehörigen! Bei der Explosion auf der Zitadelle von Sanaa wurden 172 türkische Soldaten getötet und mehrere hundert verwundet.

Die kreitische Affäre.

Konstantinopel, 27. August. Die türkische Flotte ist von Karpathos nach Rhodos abgefahren. Der antizipische Boykott ist gestern eingestellt worden.

Marokko.

Un-Humaras Einzug in Fed.

Fes, 27. August. Der Moghi traf heute früh hier ein, eingeschlossen in einem eisernen Käfig, der auf dem Rücken eines Kamels befestigt war. Der Moghi schien gefaßt zu sein und erwiderte die Spottreden der zusammengekauften Menge. Der Sultan untersog seinen Gefangenen einem 5 Minuten langen Verhör, worauf er ihn im Palais einschließen ließ.

Gewerkschaftliches.

Arbeiterbetrug.

Die christlichen Gewerkschaftsführer, die in so eigenartiger Weise im Reichstage bei Erledigung der Finanzreform die Interessen der Arbeiter „vertraten“, müssen nun alle Mittel der Demagogie spielen lassen, um die rebellisch gewordenen Schächchen zu befähigen — damit diese weiter sich geduldig scheren lassen, zur Ehre der Kirche und Befriedigung der Liebesgaben-schluder. Interessant dabei ist, wie die Führer christliche neutrale Pflichten gegen christliche politische Pflichten auspielen — das heißt, die Existenzberechtigung der christlichen Gewerkschaften ganz einfach verleugnen. Angeblich war die Gründung christlicher Gewerkschaften notwendig, um auf dem Boden christlicher Grundsätze die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. Die Forderungen, die die christlichen Gewerkschaftsführer in den Organisationen vertraten; die Bestrebungen, die sie bekämpften, müssen daher doch logischerweise christlicher Ueberzeugung entsprossen sein, müssen mit dem christlichen Sittengesetz im Einklang stehen. Was diesen Forderungen entgegensteht, muß, wenn die christliche Moral seine doppelteitige sein soll, als unchristlich gelten. Was aber erlebte man? Die christlichen Gewerkschaftsführer als Reichstagsabgeordnete stimmten das nieder, was die christlichen Gewerkschaften forderten, stimmten für das, was diese bekämpften. Und nun verteidigen diese Arbeiterführer ihr gewerkschaftsgegernerisches Tun mit dem Hinweis auf höhere politische Interessen. Ob diese höheren politischen Interessen nun die des Ultramontanismus sind oder nicht, brauchen wir nicht zu untersuchen, jedenfalls fanden sie ihren Angelpunkt im Schnapsblock, in einer schamlosen Plünderung des Volkes, in einer brutalen Schädigung der Arbeiter, in einer sorglosen Schonung der reichen Erben. Diese Politik mußten aus höheren politischen Interessen die christlichen Gewerkschaftsführer mitmachen! Womit beweisen ist, daß Plündererinteressen christlichen Grundsätzen vorangehen und daß die christlichen Gewerkschaften für die Sache sind, denn die christlichen Führer müssen ja ihre Interessen mit Füßen treten.

Daß die Wiesberts, Schiffer, Veder, Behrens und Genossen den christlichen Gewerkschaften die Ueberlässigkeit der christlichen Organisation so schnell und so deutlich demonstrieren würden, hätten wir kaum erwartet. Das einzige, was sie nämlich jetzt noch für die Existenzberechtigung der Sonderorganisation anführen könnten, wäre ihre Aufgabe, die Arbeiterkraft im Kampfe gegen das Unternehmertum zu schwächen! Das werden sie natürlich nicht sagen — aber in Wirklichkeit ist die Zerspaltung der Arbeiterschaft die zueigentliche Aufgabe der christlichen Gewerkschaften.

Berlin und Umgegend.

Die Schlosserbewegung.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hatte zum Donnerstagabend eine Versammlung der Schlosser Berlins und Umgegend nach Freytag's Festhallen, Kopenstraße, einberufen. Ueber die stattgefundenen Verhandlungen mit den Arbeitgebern und den Verlauf der Lohnbewegung sollte Bericht erstattet werden. Vor den Eingängen zum Saal hatten sich die Vertreter von drei anderen Metallarbeiterverbänden eingefunden und verteilten eifrig Flugblätter, die gegen den Deutschen Metallarbeiterverband gerichtet waren. Das mißgestimmte Trio: die „Christlichen“, die „Freien“, und die „Allgemeinen“, glaubte, es sei eine gute Gelegenheit gekommen, Mitglieder zu kapern. Mancher mag einen großen Sturm in der Versammlung erwartet haben, aber diese Erwartungen erfüllten sich nicht. Es gab zwar manche in der Versammlung, die ihrer Unzufriedenheit über den Verlauf der Lohnbewegung Ausdruck gaben, aber im allgemeinen wurde Handels Bericht ruhig entgegengenommen und auch in der Diskussion erklärten zahlreiche Redner, daß man sich mit dem erzielten Resultat gegenwärtig und nach Lage der Dinge begnügen müsse. — Der neue Tarif wird nächstens gedruckt in die Hände der Mitglieder gelangen.

Die Konferenz der Vertrauensmänner hat dem neuen Tarif ihre Zustimmung gegeben.

Ueber die Wiedereinstellung der ausständigen und ausgesperrten Schlosser wurde in einer Versammlung verhandelt, die die noch nicht Eingestellten am Donnerstagmorgen im Gewerkschaftshaus abhielten. Es sind noch 250 Mann außer Arbeit: 100 Geldschrankschlosser und 150 Baukschlosser. In der Geldschrankschloßfabrik von Panzer haben sich einige Schwierigkeiten ergeben, die man aber hofft, eben zu können. Bei den Geldschrankschlossern vollzieht sich die Wiedereinstellung im allgemeinen leichter als bei den Baukschlossern, wo vier Firmen eigene Aufstellungen über die Vereinbarungen der beiderseitigen Kommissionen geltend machen. Man glaubt aber, daß es sich nur um eine kurze Zeit handeln werde, bis — mit wenigen Ausnahmen vielleicht — alle wieder in Arbeit treten können.

Die Ladierer der Firma Vorfig in Tegel legten am Dienstag die Arbeit nieder, weil ihnen bedeutende Lohnabzüge gemacht wurden. So sollte nach den Preisreduktionen zum Beispiel eine Kommission, die bisher mit 17 M. verrechnet wurde, in Zukunft nur noch mit 10 M. bezahlt werden. Ein anderer Auftrag wurde von 17 M. auf 8 M. herabgesetzt. Diese Lohnreduktionen wurden jetzt zurückgenommen. Die Differenzen sind deshalb beigelegt.

Zum Streit der Jungbierkutscher. Hiermit erkläre ich, daß meine Kutscher keine Streikbrecher sind. Ich verkaufe das Liter Bier nach wie vor für 12 Pf. Damit sind die Bedingungen der Kutscher sämtlicher Brauereien erfüllt. Soviel, wie mir bekannt ist, sind meine Kutscher organisiert.

Weiß- und Malzbierbrauerei Gustav Hoffmann, Berlin O., Kochmannstr. 80.

Deutsches Reich.

Sieg der freien Gewerkschaften.

Bei den Neuwahlen der Weisiger zum Gewerbegericht für den Landkreis Hannover wurden das erstmalig die Kandidaten der freien Gewerkschaften glatt gewählt, während bei den früheren Wahlen noch unorganisierte Mandate eroberten. Die freien Gewerkschaften erhielten 322, die Zentrumschriften und Polen 87 Stimmen. Die meisten gegnerischen Stimmen sind von Polen ausgebracht worden.

Ausland der Tischler und Maschinenarbeiter in Magdeburg.

Um Verkürzung der Arbeitszeit auf höchstens 50 Stunden und um 5 Pf. Lohnzulage kämpfen die Holzarbeiter in Magdeburg. Verantwortl. Redakteur: Emil Hauger, Berlin. Inseratenteil verantw.:

nun schon seit 8 Wochen. Das Unternehmertum will den Kampf bis zum Weißbluten führen. Die Organisation ist ihnen schon lange ein Dorn im Auge, sie soll vernichtet werden. Aus eigenen Reihen gibt es keine Streikbrecher, deshalb sollen von auswärts etliche der „nützlichen Elemente“ importiert werden. Streikbrecheragenten sind jetzt allerorts an der Arbeit. So hat der Tischlermeister Kohnan in Dresden bereits einige Hausstreicher — Hirsch-Dunder'sche Gewerkschaftler — nach Magdeburg vermittelt. In einem hannoverschen Markt werden 30 tüchtige Möbeltischler für eine größere Stadt der Provinz Sachsen durch Daafenstein u. Vogler-Halle gesucht. Nachforschungen ergaben, daß Magdeburg der Ort ist. In Königsberg bemüht sich ein Agent, für die Villard- und Tischfabrik von Kleinlein Arbeitswillige zu fördern. Auch von Schlesien wird ähnliches gemeldet. Und daß, obwohl die Herren behaupten, vor Weihnachten überhaupt keine Leute zu gebrauchen. Werden wir vor der zweifelhaften Ehre des Besuchs von Streikbrechern bewahrt, muß auch der Sieg unser werden. Die Verwaltung Magdeburg des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Ausland.

Konflikt im Schiffahrtsgewerbe.

London, 27. August. In der Leichter-Schiffahrt des Londoner Hafens ist ein Streit wegen der Leichterzeit ausgebrochen; die Arbeiter veranstalten eine geheime Abstimmung über den Generalstreik, der sich auf etwa 20 000 Fahrzeuge erstrecken würde.

Soziales.

Fleischkonsum und Arbeiterschaft.

Statistiker rechnen uns vor, daß auf den Kopf der Bevölkerung ein jährlicher Fleischkonsum von fast 50 Kilogramm entfällt. Die amtlichen Veröffentlichungen über Haushaltsrechnungen zeigen allerdings, daß dieser Konsum von der Arbeiterschaft, den mittleren Beamten und in weiten Kreisen des Mittelstandes nicht erreicht wird. Wie es mit dem Fleischkonsum der Arbeiterschaft bestellt ist, zeigen aber noch treffender folgende Mitteilungen:

Aus Vohum wird berichtet, daß der Andrang zur Freibank oft so stark sei, daß die Leute sich schon viele Stunden vor dem Verkauf an dem Tore aufstellen, darunter viele schulpflichtige Kinder. Auf eine Beschwerde der Lehrer hin stellte die Polizei an einem Verkaufstage die Namen der Kinder fest und erfuhr, daß sie zum Teil schon morgens um 3 Uhr von ihren Eltern nach dem Schlachthofe geschickt worden sind, obgleich der Verkauf erst um 8 Uhr begann. Um der Familie ein Stück Fleisch zu billigem Preis zu verschaffen, müssen die Kinder also einen Teil ihrer Nachtruhe opfern und verpassen außerdem die Schule.

Im Hinblick hierauf schreibt Schlachthofdirektor Jeck in der „Deutschen Schlacht- u. Vieh-Zeitung“, daß auch in Offenbach eine Zeitlang genau dieselben Verhältnisse bestanden hätten. Als der Unfug immer größer geworden sei, sei eine Bekanntmachung erlassen worden, daß Fleisch auf der Freibank an Kinder unter 14 Jahre überhaupt nicht abgegeben werde. — Hierzu bemerkt er noch, daß in Offenbach nur an einem Tage in der Woche, und zwar am Samstag, Fleisch auf der Freibank verkauft werde, da es an den übrigen Tagen der Woche wegen Geldmangels bei der Arbeiterschaft nicht möglich gewesen sei, auch nur ein einziges Stück Vieh zu verkaufen.

Opfer der Tabak- und Zigarrensteuer.

Sind viele arme Renteneinpfänger geworden, die bisher noch einige Mark mit ihrem kleinen Zigarrenhandel verdienten. Doppelt und dreifach sind diese Armen durch die neuen indirekten Steuern getroffen worden. Sie müssen sie alle tragen, ohne daß ihre Renten der Verteuerung entsprechend erhöht werden. Durch die Steuer, die auf die von ihnen verkauften Waren gelegt wurden, geht der Umsatz und damit ihr geringer Verdienst noch mehr zurück, und schließlich kommt bei den Unfakrentnern noch die Vermögenslosigkeit und fängt ihnen noch die schädliche Rente weiter.

So ein Unglücklicher, der seine Gesundheit auf dem Schlachtfelde der Arbeit eingebüßt hat, stand vor dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Chemnitz. Der Zigarrenhändler Morgenstern in Böhmen verunglückte 1893 als Müller-Gehilfe. Trotz ins Rollen geratene Meisele war er nach dem Jahrstahl gedrängt worden und durch die Fahrstuhlöffnung vier Stod hoch herabgestürzt und hatte schlimme Rücken- und Schulterverletzungen davongetragen, die ihn zur weiteren Ausübung seines Berufes wie jeder anderen schweren Arbeit unfähig machten. Die erwerbsmindernden Folgen des schweren Unfalles wurden ihm in der Rente verchiedener Höhe „entschädigt“. Bisher erhielt er seit 1906 25 Proz. der Vollernte. Diese auf 10 Proz. herabzusetzen, hatte jetzt die Müllerer-Versicherungsgesellschaft beantragt, und sich dabei auf ein von ihr beigezogenes ärztliches Gutachten gestützt. Die bemovalischen Klagen des alten Mannes über die teuren Lebensmittelpreise und die neue Zigarrensteuer, unter denen er schwer zu leiden habe, nützten nichts. Die Rente wurde auf 10 Proz. herabgesetzt und dem Vermittler sagte dann der Vorsitzende, er solle nur den Mut nicht sinken lassen!

Aus dem Gastwirtsgewerbe.

Der Kellner W. hatte sein Arbeitsverhältnis bei dem Gastwirt Riegner gekündigt, er wurde aber schon am folgenden Tage ohne Einhaltung der Kündigungsfrist entlassen. Als Grund dafür war ihm sein ungebührliches Benehmen angegeben worden. W. klagte beim Gewerbegericht auf Zahlung einer Lohnentschädigung für 14 Tage in Höhe von 87,00 M. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Kläger am Tage vor der Entlassung für 20 Pf. mehr Eis bestellt hatte, als es die Ehefrau des Beklagten haben wollte. Deshalb kam es zwischen der Frau und dem Kläger zu einem Wortwechsel, der vor den anwesenden Gästen ausgetragen wurde. Das Gericht konnte in dem Verhalten des Klägers einen die Entlassung rechtfertigenden Grund nicht erblicken und verurteilte den Beklagten dem Klageantrage entsprechend.

Zu den Notizen: „Die verhängnisvolle Gratulation“ geht und folgende Erklärung zu:

„Es ist unwar, daß ich mich an einer Versammlung der Meister und Arbeiter, die sich mit der angeblichen Teilnahme derselben an der silbernen Hochzeitfeier des Chefs der Firma E. Neumann befaßte, teilgenommen habe.“

Dem Personal war von einer bevorstehenden Hochzeitfeier überhaupt keine Mitteilung gemacht worden, sondern nur von dem in Aussicht stehenden Geschäftsjubiläum. H. Frankel.“

Aus der Frauenbewegung.

Die liberale Frauenpartei

attestiert sich ihre völlige praktische Bedeutungslosigkeit selbst, indem sie der Öffentlichkeit mitteilt (vergl. „Berl. Tageblatt“, Nr. 420), daß sie es in den zwei Jahren ihres Bestehens in Groß-Berlin, das noch den verhältnismäßig günstigsten Boden für ihre Bestrebungen bot, auf etwa 100 Mitglieder gebracht habe. Ihre Erfolge in der Provinz sind ganz minimal. Um so komischer klingt der hochtrabende Name „Partei“ für ein Gebilde, das an Unbeträchtlichkeit nicht gut überboten werden kann.

H. Bloke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdr. u. Verlagsanstalt

Das Programm dieses liberalen Damen-Vereins ist „entschieden national und entschieden sozial“. Seine Führerin und Gründerin, das fastjam bekannte Fräulein Tischneiwolska, hat in bezug auf nationalen Fanatismus bisher jeden Reform in der bürgerlichen Frauenbewegung gebrochen. Die nationale Prospektive über alles! Das soziale und liberale Element war demgegenüber nur zu oft Nebenache. Wir haben die grotesken Widersprüche der liberalen Frauenpartei und ihrer Leiterin des öfteren an dieser Stelle festgenagelt. Die Erfolglosigkeit seiner mit so großem Tamtam verkündeten Unternehmungen kann dem bürgerlichen Frauenliberalismus allerdings als mitteilbarregender Umstand angerechnet werden.

Lesende.

Alt-Offenide, Montag, den 29. August 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Toppens, Rudower Straße 54.

Versammlungen.

Versammlung der Schweizer. Am 26. August fand in den „Oranienburger Festhallen“ in der Chausseest. 18 eine öffentliche Versammlung der im Landarbeiterverband organisierten Schweizer von Groß-Berlin statt. Genosse Pösch geistelte in seinem Vortrage die Verhältnisse im Stellenvermittlungswesen. Nach Erhebungen des preussischen Ministeriums gab es 1894 in Berlin 308 gewerbsmäßige Stellenvermittler. In Preußen wurden vor circa 10 Jahren einmal 5218 Stellenvermittler gezählt, von denen insgesamt 881 206 Stellen in einem Jahre vermittelt wurden. In ganz Deutschland kann man mit rund 10 000 Stellenvermittlern rechnen, die kolossale Summen an Vermittlungsgebühren beziehen, die in den meisten Fällen von den Arbeitssuchenden aufgebracht werden müssen. Speziell im Schweizergewerbe kann man sagen, daß bis jetzt die private Stellenvermittlung das Feld beherrscht. Während bei den Landarbeitern die Kosten der Vermittlung in den meisten Fällen von den Gutsbesitzern zu tragen sind, ist es bei den Schweizern infolge des großen Angebots gerade umgekehrt, denn hier haben die Arbeitssuchenden, die infolge des öfteren Stellenwechsels nicht gerade auf Kosten gebettet sind, die Kosten allein zu tragen. Der Referent beleuchtete sodann die moralischen Qualifikationen mancher Stellenvermittler. Nach den statgefundenen Erhebungen üben nicht gerade die bestbelehrenden Leute diesen Beruf aus. Wie die Vermittlung geschieht und wie die Arbeiter als Handelsware behandelt werden, zeigte Redner dadurch, daß er ein an ihn gerichtetes Schreiben eines Herrn Hansen aus Flensburg verlas, in welchem die Klage und die landwirtschaftlichen Arbeiter immer nur als „Stüd“ bezeichnet werden. Dieses Schreiben erhielt der Redner von dem Vermittler in der Annahme, daß auch er Vermittler sei. Es lautet also:

„Aus unserem Vereinsorgan Ihre Adresse erfahren, erlaube mir hierdurch die Vorfrage, ob ich durch Ihre Vermittlung landwirtschaftliches Personal erhalten kann, zahle für Wädden zum Melken an Provision und Reisegeld, frei Flensburg per Stück 50—60 M. je nach Beschaffenheit der Zeugnisse, Lohn 150—165 M. Solche zum Anlernen erhalten 120 M. Lohn und zahle ich hierfür pro Stück 50 M. Wurschen zum Anlernen in der Landwirtschaft im Alter von 15—17 Jahren erhalten Lohn 120 M. Für diese zahle ich hier frei Flensburg an Reisegeld und Provision per Stück 25—30 M. Da ich für diesen Herbst sehr viel Landwirtschaftspersonal brauche, erbittet baldmöglichst Nachricht.“

In der Diskussion nahm das Wort der Kollege Pösch, der mit kräftigen Worten zum Eintritt in die Organisation aufforderte. An der Diskussion beteiligten sich noch die Kollegen Engelmann, Eijermann und Gniwisch. Die Versammlung war sehr gut besucht und sie hatte den Erfolg, daß ein großer Teil der Erklärenen sich zum Beitritt in den Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter meldete.

Zur Richtigkeitstellung. Bezugnehmend auf die Ausführungen des Genossen Groger auf der Generalversammlung von Groß-Berlin (siehe „Vorwärts“ vom 24. 8.), soweit sie meine Stellungnahme als Parteidelegierter des hiesigen Ortsvereins der Wuchdrucker zum dem besprochenen Antrage des Wahlvereinsvorstandes betreffen, möchte ich bitten, mir einige Zeilen zu gestatten. Das Zitieren nur eines Satzes aus meinen Darlegungen zu dieser Angelegenheit in jener Parteisitzung kann leicht zu falschen Schlüssen führen, zumal ja der Genosse Groger an jener Sitzung nicht teilgenommen, die Sache also nur vom Hörensagen kennt. Ich habe gesagt, wenn nicht wirklich, so doch sinngemäß: „Gleich wie bei den Wuchdruckern, so haben auch die meisten der übrigen freien Gewerkschaften den Passus im Statut: Politische, wie religiöse Fragen scheiden aus! Dadurch ist es ermöglicht, daß in diesen Gewerkschaften nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Angehörige fast aller übrigen Parteien vorhanden sind. Wird nun in den bezeichneten Gewerkschaften sozialdemokratische Agitation gestattet — und das bezweckte der Wahlvereinsantrag doch —, so muß man auch denjenigen Gewerkschaftsmitgliedern die parteipolitische Agitation innerhalb der Gewerkschaften gestatten, die anderen Parteien angehören, denn was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Ich persönlich — so erklärte ich wirklich — sehe auf dem Standpunkte, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die für einen Arbeiter in Betracht kommen kann. Im Interesse einer erfrischlichen und gedeihlichen gewerkschaftlichen Arbeit müsse aber die parteipolitische Agitation unter allen Umständen den Gewerkschaften fernbleiben.“ — Die Auffassung des Berliner Gewerkschaftsverbandes in dieser Angelegenheit ist mir ebenfalls unbekannt. Naturgemäß kann sie aber von dem, was ich im Rixdorfer Kartell erklärt habe, nicht abweichen. H. Hannack.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zweiundneunzig Prozent stehen fest.

Stockholm, 27. August. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die offizielle Totalziffer der Streikenden beträgt 255 668, in Wirklichkeit ist diese Zahl beträchtlich höher. Trotz alledem legt auch sie schon ein stolzes Zeugnis von dem festen Zusammenhalt der schwedischen Arbeiterschaft nach dreieinhalbwöchigem Kampfe ab. Selbst die Gegner müssen konstatieren, daß 92 Proz. unerschütterlich im Kampfe stehen.

Er will nicht.

Stockholm, 27. August. (B. S.) Im heute vormittag abgehaltenen Staatsrat hat der König nach Anhörung des Ministers erklärt, dem eingelassenen Ansuchen um Vermittlung im Arbeitskonflikt nicht entsprechen zu können.

Beppelins Fahrt.

Kärnberg, 27. August. (B. S. S.) 10 Uhr abends. „Beppelin III“ liegt noch fest verankert auf seinem Ankerplatz hinter dem Dudensteich. Die Monteurs sind eifrigst daran beschäftigt, die Ersatzteile einzumontieren. Ein Ausstieg vor Rittersnack ist kaum zu erwarten. Wahrscheinlich wird in den ersten Morgenstunden der Ausstieg erfolgen.

Arbeiterrisiko.

Kugsburg, 27. August. (B. S.) Am Gießereineubau der Vereinigten Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen, vorm. Epple u. Wurbaum, ist heute mittig ein Gerüst eingestürzt. Ein Arbeiter wurde getötet, drei sind schwer verletzt.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Vierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Pastor Breithaupt ruhiges Gewissen.

Der Pastor Breithaupt, der noch immer als Vorsteher der Anstalt Mielczyn seine Besserungsversuche am Berliner Färzorgezöglingen fortsetzen darf, hat dem „Zentralblatt für Vormundschaftsweisen, Jugendgerichte und Färzorgeziehung“ eine Selbstverteidigung überreicht. Das Blatt hat leider nicht den Wortlaut seiner Zuschrift veröffentlicht, sondern nur einen Auszug daraus mitgeteilt. Es heißt da:

Pastor Breithaupt, Leiter des Färzorgezöglingen Mielczyn, betont in einer Zuschrift an die Redaktion, daß die Anschuldigungen, wonach starke Mißhandlungen von Zöglingen in der Anstalt vorgekommen seien, maßlos übertrieben und entstellend seien. Es wäre den Angaben der verlogenen und verkommenen Juryschen unbedingter Glaube geschenkt worden und ihre Aussagen seien als unüberprüfliches Evangelium verkündet worden. In eine Pressehefte wolle er sich nicht einlassen, bevor die Sache von den zuständigen Stellen — Berliner Waisen-Deputation, Königl. Regierung in Bromberg, Aufsichtsrat des Stiftes — das letzte Wort gesprochen worden sei. Besonders schmerzhaft habe er es empfunden, daß der Name des P. v. Wodschwingh, der nicht das geringste mit den Vorkommnissen zu tun habe, in die Debatte gezogen worden sei. Er habe zwar in Zweifel und Hoffnungslosigkeit unter Wodschwingh gearbeitet und rechne sich dies auch heute zur Ehre an. In seine jetzige Stellung jedoch sei er ohne jedes Zutun von Seiten des Herrn P. v. Wodschwingh gekommen. Pastor Breithaupt schließt seinen Brief mit der Versicherung, er sehe ruhigen Gewissens dem Ausgang der Untersuchung entgegen.

Untersucht ist die Affäre Mielczyn bisher noch von keiner Gerichtsbehörde, sondern nur erst von Verwaltungsbehörden. Herr Breithaupt „steht ruhigen Gewissens dem Ausgang der Untersuchung entgegen“, will sich in eine Pressehefte nicht einlassen, bevor „das letzte Wort gesprochen“ ist. Aber das hindert ihn nicht, schon jetzt und immer wieder die Presse zu seiner Verteidigung zu benutzen. Wer vor diesem Mann gestanden und mit angehört hat, wie er selber schlimme Anschuldigungen gegen seine Person als zutreffend hat bestätigen müssen, der wird zu solchen nachträglichen Verteidigungsversuchen vergeblich den Kopf schütteln. Die bürgerliche Presse beschränkt ihn selbstverständlich, und es ist in dieser Hinsicht interessant, daß bürgerliche Zeitungen Berlin noch vor Erscheinen der betreffenden Nummer des „Zentralblatt“ in die Lage gekommen sind, obige Notiz zu veröffentlichen. Das „Zentralblatt“ selber erweist Herrn Breithaupt die Liebe, die Mielczyn-Vorgänge als „von einer sensationellsten Presse wahrscheinlich stark übertrieben“ zu bezeichnen, obwohl die Redaktion dieser Zeitschrift keine Ahnung davon hat, mit welchen Beweismitteln und in welchem Umfange die Erziehungsmethode des Pastors Breithaupt beleuchtet werden könnte, wenn einem Gericht Gelegenheit gegeben würde, die Affäre Mielczyn zu untersuchen.

Die Mielczynner Erziehungsgründe hängen auf Pastor Breithaupt, und sie werfen ein grelles Licht auch auf die Anschauungen seines Lehrers Pastor v. Wodschwingh. Den Pastoren und ihren Vorgesetzten scheint das doch ein bißchen peinlich zu sein. In einem hiesigen Blatt für Gottesfurcht, dem „Reich“, das bisher kugelweise über die Mielczynner Vorgänge geschwiegen hatte, finden wir jetzt eine Verteidigung Breithaupt's. Sie ist zusammengescriben nach dem bekannten Rezept, das aus dem Rathhaus stammt. Die Färzorgezöglinge von Mielczyn werden geschildert, wie wenn die meisten völlig verkommenen Juryschen seien, die Prügelleistungen Breithaupt's und seiner Leute werden als harmlos hingestellt. Dabei hat Breithaupt selber eingestanden, daß Zöglinge aus geringfügigen Anlässen ausgepeitscht wurden, z. B. einer, weil er bei der Arbeit geraucht hatte, ein anderer, weil aus einer Keuperung Fluchtgedanken herausgehört wurden usw. Wo sind denn die schweren „Widersehligkeiten“, die genötigt haben sollen, zur Peitsche zu greifen? Auch für die allererste Peitzelgeißelung, die in Mielczyn vollstreckt wurde, war Anlaß nicht eine Widersehligkeit, sondern — Zigarettenrauchen. Das „Reich“ nennt es „festgestellt“, daß dauernde gesundheitliche Nachteile oder Verletzungen nicht zu ermitteln waren, daß auch niemand Stockprügel auf die Fußsohlen erhalten hat, daß einzelne Juryschen Wunden entweder sich selbst beigebracht haben oder die vorhandenen absichtlich nicht haben heilen

lassen, um den Schein der Mißhandlungen zu erwecken“. Wer soll denn das alles „festgestellt“ haben? Festgestellt sind Verletzungen, das weiß am besten die Waisen-Deputation selber. Feststellungen sollte man vornehmen bezüglich der Angabe, daß auch auf die Sohlen geprügelt worden sei. Und ist diese Angabe von so vielen Personen gemacht worden, daß wir schon um dieses einen Punktes willen wünschen müssen, durch gerichtliche Untersuchung die Wahrheit festgestellt zu sehen.

Auch Pastor Breithaupt möchte diesen Wunsch haben und daher selber eine gerichtliche Peitzung herbeizuführen suchen. Im Rathhaus der Stadt Berlin wird man ihm diese Mühe nicht abnehmen, der Berliner Kommunalliberalismus wird gegen ihn keinen Staatsanwalt mobil machen.

Vom Bierkrieg.

Die Verhandlungskommission der Gastwirte hatte die Obmänner und Vertrauensleute der einzelnen Vereine und Bezirke der Gastwirtsverbände zum 28. August nach den „Armingallen“ zusammenberufen. Von den Brauereien ist nach längeren Verhandlungen den Gastwirten erklärt worden, daß sie an einer Preiserhöhung von 3,50 M. unbedingt festhalten wollten. Dafür sollen die 1/10-Ausföhlen nur noch 7/10 verkaufen dürfen; ferner den Gastwirten dieselben Vergünstigungen gewährt werden, wie den Kantinen und Staatswerkstätten. Außerdem soll den 1/10-Ausföhlen sowie den größeren Lokalen die Remunerationen, als Küchenschüsseln, Mobilarbestellungen usw. in Zukunft nicht mehr gewährt werden. Für den Fall, daß die Gastwirte dies Angebot nicht akzeptieren, wollen die Ringbrauereien eine Preiserhöhung so lange nicht eintreten lassen, bis sämtliche ringfreien, vornehmlich die Genossenschaftsbrauereien zum Konkurs gedrängt worden sind.

Von allen Rednern in der Versammlung wurde betont, daß den Gastwirten nichts anderes übrig bleibe, als das Angebot der Berliner Brauer abzulehnen. Man dürfe den Brauereien zumuten, daß sie vornehmlich den Genossenschaftsbrauereien das Lebenslicht ausblasen wollten. Dagegen haben die Gastwirte mit aller Entschiedenheit Front zu machen. Das sei klar, die Brauer würden erst recht diktorisch auftreten, sobald die ringfreie Konkurrenz freigelegt sei. Aufgabe der Gastwirte müsse es auch sein, den Konsumenten klar zu machen, welche Absichten die Brauer bei ihrer Aufschlag zu bewilligen, die durch die Brauersteuererhöhung gerechtfertigt sei.

Am Schluß wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die den Vertretern, welche bisher mit den Brauereien verhandelt, den Auftrag erteilt, nicht über 2,50 M. als Aufschlag zu bewilligen. Sollten die Brauer dieses für sie äußerst günstige Angebot ablehnen, dann werden die Wirte über die weiter zu unternehmenden Schritte Beschluß fassen. Die Vertreter der Organisationen verpflichteten sich, in ihren demnächst stattfindenden Versammlungen dafür einzutreten, daß alle ihre Mitglieder sich auf den Satz von 2,50 M. Aufschlag einigen.

Die „Erste Genossenschaftsbrauerei“ rüstet zum Kampf gegen den Ring. Sie hat bisher das Bier an ihre Mitglieder zum Selbstkostenpreise abgegeben. Das war ein Fehler. Es wäre notwendig gewesen, auf Abstoßung der schwer lastenden Hypotheken und auf Vereinstellung von Mitteln für Erweiterung der Anlagen bedacht zu sein, anstatt nur auf möglichst niedrige Preise. Jetzt wird man diese Herausforderung, um Kampfmittel flüssig zu machen. Da übrigens Ueberzuschüsse, die gemacht werden, den Mitgliedern wieder zustiegen, hätte die Preispolitik der Genossenschaftsbrauerei für die Definitivität eigentlich gar kein Interesse. Aber unter den obwaltenden Umständen beleuchtet sie trefflich die Plündererluste der Ringbrauereien. Natürlich muß die Genossenschaftsbrauerei die erhöhte Brauersteuer zahlen. Aus diesem Grunde, in Verbindung mit der Absicht gegen den Ring zu rufen, hat sie beschlossen, den Preis ihres Erzeugnisses auf 18 M. pro Hektoliter zu erhöhen. Damit steigt der Preis um nur 50 Pf. über dem bisher schon von den Ring-

brauereien geforderten. Und mit dem Preise von 18 M. kann die Genossenschaftsbrauerei nicht nur den Steuerzuschlag tragen, sie will damit auch noch ihre Kapitalkraft erhöhen. Die Ringbrauereien dagegen erklären, mit einem Preise von 20 M. nicht ankommen zu können. Was es mit dieser Behauptung auf sich hat, zeigt die Preisfestsetzung der Genossenschaftsbrauerei. Diese zu vernichten ist daher die Absicht der Ringbrauereien. In diesem Zwecke soll die Genossenschaftsbrauerei von jenen bei ihren Kunden bis zu 2 M. unterboten werden. Offentlich ist kein Wirt dumm genug, den Ringleuten auf den Leim zu treten.

In Solingen, wo nach einem Uebereinkommen der Wirte mit den Brauereien, die diesen 4 M. Zuschlag pro Hektoliter bewilligt hatten, die Schankgeschäfte kleiner werden sollen, scheint es zu einem heftigen Bierkrieg zu kommen. In einer am Mittwoch abgehaltenen Sitzung von Vertretern des Metallarbeiter-Verbandes, des Industriearbeiter-Verbandes, des Gewerkschaftsartikels, der sozialdemokratischen Parteileitung und der Verwaltung des Solinger Gewerkschaftshauses wurde einstimmig beschlossen, über sämtliche Brauereien und Wirtschaften des oberen Kreises Solingen den Boykott zu verhängen, wenn die Brauerlei Bedmann-Solingen ihre Forderung, daß auch das Gewerkschaftshaus, ein Hauptabnehmer der genannten Brauerei, einen Zuschlag von 4 M. zahlen soll, hochhält. Genau in derselben Weise soll mit den Weinlieferanten verfahren werden, wenn sie höhere Preise fordern.

Auch in Opladen (unterer Kreis Solingen) erhob eine stark besuchte Versammlung von Arbeitern der dortigen Eisenhüttenwerke Einspruch gegen die außerordentliche Erhöhung der Bierpreise. In dem Beschluß dieser Versammlung heißt es: „Die Versammlung erklärt es für ein Unrecht, daß die erhöhte Biersteuer nicht nur ganz auf die Konsumenten abgewälzt, sondern außerdem ein Mehr gefordert werden soll, das den Steuerbeitrag mehrfach übersteigt. Die Versammlung erhebt die Wirte, bei diesem Einspruch mit der Bürgerchaft Hand in Hand zu gehen, anderenfalls sich die Versammlung genötigt sieht, die gesamte Bürgerchaft Opladens zu erheben, bis zur Wiederherstellung der früheren Preise sich des Biergenusses vollständig zu enthalten.“

In Köln beschloß am Freitag über 1000 Wirte einmütig, den Brauereien nur den Betrag der Steuererhöhung zu bewilligen. Alle bisher gemachten weitergehenden Zugeständnisse wurden zurückgezogen.

„Zeppelin III“ auf der Fahrt nach Berlin.

Die seit Wochen in der Presse und in der Bevölkerung erörterte Fahrt des Zeppelinschen Luftschiffes nach der Reichshauptstadt hat gestern früh um 4 Uhr 35 Minuten von Friedrichshafen an begonnen. Der Aufstieg hat also, da er nach vorgelegter Meldung bereits um 8 Uhr erfolgen sollte, eine Verspätung erfahren, welche durch ungünstiges Wetter notwendig wurde. Soweit sich im Augenblick beurteilen läßt, sind, außer einem kleinen Defekt an einem Propeller in der Nähe von Gunglshausen, zwischen Rödlingen und Rünberg, die eine zweimalige Landung erforderlich machten, erhebliche Störungen in der Fahrt nicht zu verzeichnen.

Ueber Aufstieg und Verlauf der Fahrt orientieren folgende Telegramme:

Friedrichshafen, 27. August, 8 Uhr 10 Min. früh. Die Vorbereitungen zum Aufstieg des „Z. III“ sind im Gange, doch ist der Aufstieg erst in einer halben Stunde zu erwarten. Der Regen hält bei mäßigem Winde noch immer an. Auch aus Rünberg wird anhaltender Regen mit leichtem Winde gemeldet. In Ravensburg beginnt ebenfalls ein leichter Regen niederzugehen. Stuttgart meldet trockenes, aber bedecktes Wetter.

Friedrichshafen, 27. August, 4 Uhr 30 Min. früh. Nachdem der Regen aufgehört hat, ist das Luftschiff „Z. III“ hoben aufgestiegen und in nördlicher Richtung auf Ravensburg zu davongeflogen.

Ravensburg, 27. August. Um 5 Uhr 12 Min. kam das Luftschiff in flotter Fahrt hier durch; das Wetter ist trocken und beinahe windstill, der Himmel klar langsam auf.

Biberach, 27. August. Das Luftschiff hat um 5 Uhr 26 Min. Mochenwangen, um 5 Uhr 40 Min. Aulendorf, um 6 Uhr Biberach in nördlicher Richtung passiert.

Mit der Schnelligkeit des durchziehenden prinzipalen Kraftwagens pflanzte sich das Hoch- und Hurraufen fort, und manch Taschentuch, das erst mit Begeisterung geschwungen wurde, ward verstoßen, um Tränen der Rührung wegzuwischen, die das überhäumende patriotische Gefühl den Augen entlockte. In die unaussprechlich donnernden GröÙe aus den Stehrücken her — eine Ovation, die Letztmalig allein in dieser GroÙartigkeit ausführen kann — mischte sich der ehrene Klang der Kirchenglocken und das helle Fimmeln des Kranzenhausschlägens. Schon morgens, als der Prinz mit dem 8 Uhr-Juge durchkam und am Bahnhof einige Minuten Aufenthalt hatte, wurde er mit einer Kanonade begrüßt, die ihm unergötzlich sein wird. Es sollen über 1000 Dynamitpatronen verschossen worden sein. Auch uns ist seine Durchfahrt unvergänglich. Die Kinder werden einst ihren Kindern erzählen, daß auch sie haben jubeln und grüÙen dürfen, und daß die freundlichen WibergrüÙe des jugendlich männlich hüßlichen Kaisersohnes ihnen ins Herz gedrungen sind“.

Notizen.

Das Lessing-Museum (Königsgraben 10) wird von jetzt ab immer am Sonntag, vormittags 11—1 Uhr (nicht mehr Sonnabend nachmittag), geöffnet sein. Die Erinnerungen an Ewald Christian v. Kleist, die kürzlich am Gedenktage außerordentlich zahlreiche Besucher angezogen hatten, werden Sonntag, den 29., noch ausliegen. Der Eintritt ist frei.

Die Nationalgalerie erwirbt von dem in Berlin tätigen Maler Otto H. Engel das Gemälde „Im Dänental“, das gegen ein 1600 angekauft Bild „Friesische Mädchen“ eingetauscht wurde.

Theaterchronik. Das Neue Schauspielhaus wird vom 1. bis 15. September im Kammertheaterhaus Henry Bernsteins Lustspiel „Die Stunde“ aufführen.

Ein neues Hoftheater wurde in Kassel eingeweiht. Aus dem Wollfischen Telegramm, das diese feierliche Angelegenheit vermeldet, erfährt man nur von Uniformen, staatlichen Epigen, HoÙ, Vereinigungen und Äußlichem.

1700 Kilometer Funkspruch auf See. Der auf der Fahrt von Colon nach New York befindliche Dampfer „Ancon“ berichtet, daß er am 11. August um Mitternacht südlich von Waelingen Island mit der 1700 Kilometer entfernten Station auf Ramhattan Beach in drahtlosem Verkehr gestanden habe. Der „Ancon“ ist vor kurzem mit einem neuen, sehr starken Apparat für drahtlose Telegraphie versehen worden.

Kleines Feuilleton.

Ein Berliner „Zeppelintag“ im Jahre 1888. Berlin erlebte schon einmal einen Lusttag erster Ordnung, wie er uns mit all seinem Drum und Dran wieder bevorsteht. Es war im September 1888, als die Einwohner Berlins den Luftballonaufstieg erwarteten, den der „König der damaligen Luftschiffer“, Wlanhard, zeigen wollte. Demals handelte es sich um einen der ersten Ballonaufstiege in Berlin, wenn nicht überhaupt um den ersten. Am 27. September 1888 hing Wlanhard vor den Augen einer riesigen Menschenmasse von dem großen Exerzierplatz auf, der sich damals vor dem Standenburger Tor an der Stelle des heutigen Reichstagsgebäudes befand. Mitten auf diesem Platze, so zitiert Vink nach einem älteren Bericht, erhob sich ein Riesensaal, in dem sich der Ballon befand; rings umher waren Plätze für 4000 Zuschauer abgegrenzt. Die ganze Schaufläche war von ungeheurer großer Jagdnetzen umspannt, die von einem großen Aufgebot von Soldaten Tag und Nacht bewacht wurden. Die Polizei hatte ganz besondere Vorkehrungsmahregeln getroffen. Die Zeit des Ballonaufstieges war auf 8 Uhr 40 Minuten nachmittags festgesetzt, aber schon um 12 Uhr wurde das Standenburger Tor für Wagen und Reiter gesperrt. „Jedermannlich“ wurde ernstlich vermahnt, sich bei der härtesten Strafe alles Zubringens zu enthalten.“ Schon um ein Viertel nach Zwei erschien der König auf dem Platze, und bald darauf kam auch der ganze Hofstaat. Zur festgesetzten Stunde machte Wlanhard mittels einer Maschine an der einen Seite des Saales eine Öffnung, und der Ballon schwebte ins Freie, bejubelt von der vieltausendfüÙigen Menschenmenge. Gleich darauf fuhr der Luftschiffer wohngemäß in die Lüfte empor. Aus einer Höhe von 3000 Fuß ließ er einen Fallschirm herunter, an dem ein Koch mit zwei kleinen Hunden hing. Dieser senkte sich langsam und kam, ohne daß die Hunde eine Beschädigung erlitten hatten, in der Gegend des Gesundbrunnens zur Erde. Wlanhard erreichte, wie er selbst in der „Gazette littéraire de Berlin“ schilderte, eine Höhe von 5764 Fuß und kam in der Gegend des Dorfes Buchholz zur Erde nieder. Dorthin hatte sich natürlich eine ganze Wolke von Neugierigen gedrängt. Bald nach der Landung erschien eine mit sechs Pferden bespannte königliche Chaise, die den kühnen Luftschiffer in einem wahren Triumphzuge nach dem Nationaltheater fuhr, wo dicht neben der königlichen Loge eine Loge für Wlanhard reserviert war. Bei seinem Erscheinen wurde Wlanhard vom Publikum mit lautem Jubel begrüßt; dann erhaltete er dem König Bericht über den Ausgang seiner Fahrt. Wlanhard war der Held des Tages und wurde nicht nur mit Ehren, sondern auch mit kostbaren Geschenken überhäuft.

Voltaire als unstilllicher Schriftsteller. Ein eigenartiger Rechtsstreit, der die von der besagten Partei behauptete Unstilllichkeit der Werke Voltaires zur Ursache hatte, wurde, wie „Publischer Beleg“ mitteilt, kürzlich vor dem Obersten Gerichtshof von New York als Berufungsinstantz verhandelt. Ein gewisser Vater J. Luine hatte mit einer dortigen Buchhandlung einen Vertrag auf Lieferung einer vollständigen Voltairausgabe abgeschlossen, für die er zweihundert Dollar zu zahlen versprach, und erhielt auch die gewünschten Bücher. Beim Abschluß des Vertrages war ihm nach seiner Angabe die Versicherung gegeben worden, daß die Bücher einwandfrei Inhaltlich und für jedermann zum Lesen geeignet seien. Nach seiner Anschauung war das indessen nicht der Fall, er fand vielmehr, daß Voltaire „zum Lesen in seiner Familie nicht geeignet“ sei, und verweigerte infolgedessen die Bezahlung. Die Firma suchte nun ihren Anspruch mit einer Klage beim neunten städtischen Bezirksgericht durchzusetzen, wurde aber damit abgewiesen. Gegen dieses Urteil legte sie beim Obersten Gerichtshof Berufung mit dem Erfolg ein, daß das erste Urteil aufgehoben und die Sache zur neuerlichen Verhandlung an die Erstinstanz zurückgewiesen wurde. In der Begründung seiner Ansicht führte das Oberste Gericht u. a. aus: „Der Zweck des Gesetzes, das den Vertrieb oder die Veröffentlichung unstilllicher Literatur verbietet, ist die Verhinderung der Verbreitung einer Literatur, die der Allgemeinheit ansöÙig ist. Diese Regel auf die Verhinderung des Vertriebes oder der Veröffentlichung Voltairischer Werke anzuwenden, würde ihrem Zweck nicht entsprechen. Wögen die Ansichten in bezug auf Voltaire in dieser Beziehung auseinandergehen, so kann doch niemand den Einfluß seines Lebenswerkes auf die Beförderung der Gerechtigkeit und Menschlichkeit und der Herrschaft der Vernunft im öffentlichen Leben leugnen.“ Der Richter bemerkte noch, daß das aufgehobene Urteil allerdings nicht das erste war, das Voltaire verurteilte, und daß sogar im Jahre 1789 ein junger Mann, in dessen Besitz sich ein Exemplar des „Dictionnaire philosophique“ fand, in Paris öffentlich verbrannt wurde.

Humor und Satire.

Von Tränen, Dynamit und Kindeskindern. Wenn Prinzen auf Reisen gehen, dann bekommen die guten Patrioten manches zu sehen und haben Stoff für den Stammtisch. Die Inchtswonneseitigen Blätter aber feiern Drogen höchster Gänge. Einen ganz neuen Rekord — und das will im Deutschen Reich etwas heißen — schuf das „Vetmather Wochenblatt“, das irgendwo in Sauerlande erscheint. Ein Prinz war durch das Ländchen im Automobil gefahren und gewöhnliche Sterbliche hatten nur den Staub gespöÙt und die Auspuffgase gerochen, die auch im Gefolge prinziplicher Automobile immer noch auftreten. Der angestellte oder zu diesem Zweck besonders aufbereite Ölzantiner des Blättchens aber dichtete:

Mm, 27. August. Das Luftschiff „J. III“ wurde um 6 Uhr 45 Min. gestartet und flog in nordöstlicher Richtung weiter. Oberingenieur Dürr hat hier aus dem Luftschiff folgendes Telegramm geworfen: „Passiere Neu-Ulm um 6 Uhr 48 Min. in guter Verfassung. Dürr.“

Seidenheim, 27. August. Das Luftschiff „J. III“ wurde hier um 7 Uhr 30 Minuten, in nordöstlicher Richtung fliegend, gesteuert. Oberingenieur Dürr hat hier ein Telegramm an den Ingenieur Schwarz aus der Gondel geworfen, worin er mitteilt, daß in Nürnberg eine Landung beabsichtigt sei.

Giengen a. d. Brenz, 27. August. Kurz nach 8 Uhr kam das Luftschiff „J. III“ hier in Sicht und manövrierte etwa eine Stunde über der Stadt. Kurz nach 9 Uhr entfernte es sich in nördlicher Richtung und wurde um 9 Uhr 10 Minuten in Oggenhausen gemeldet. Das Wetter ist still, aber etwas neblig.

Neresheim, 27. August. Um 9 Uhr 30 Minuten überflog das Luftschiff das Raikowitz in Neresheim und steuerte in der Richtung nach Nördlingen.

Nördlingen, 27. August. Das Luftschiff „J. III“ hat um 9 Uhr 50 Minuten Nördlingen passiert. Vor Nördlingen wurde das Luftschiff „J. III“ von starkem Gegenwind erfaßt und ging darauf zeitweise auf württembergisches Gebiet zurück. Um 10 Uhr 10 Minuten verließ das Luftschiff „J. III“ Nördlingen in der Richtung auf Dettingen. Man konnte alle Jassen der Gondeln deutlich sehen. Das Luftschiff folgt genau der hier schnurgeraden Bahnlinie durch das Ries in der Richtung auf Gunglshausen.

Dettingen, 27. August. „J. III“ passierte Dettingen in der Richtung auf Wassertrüdingen zwischen 10 Uhr 25 Min. und 10 Uhr 27 Minuten.

Die erste Landung.

Gunglshausen, 27. August, 11 Uhr 45 Min. Soeben wird gemeldet, daß das Luftschiff „J. III“ bei Ditzheim in Mittelfranken behufs Wasseraufnahme gelandet ist.

Nürnberg, 27. August, 1 Uhr nachmittags. Ingenieur Schwarz von der Luftschiffbau-Gesellschaft ließ sich sofort auf die erste Landung von der Landung des „J. III“ mit dem Telegraphenamt Gunglshausen verbinden und von da mit der Fernsprechstelle Spielberg, die der Landungsstelle am nächsten liegt. Von dort wurde ein Mann an die Landungsstelle geschickt, um Erkundigungen einzuziehen. Graf Zeppelin junior ließ erklären, daß er Hilfe von Nürnberg nicht benötige, daß er um 1 Uhr wieder abfahren und um 3 Uhr in Nürnberg nochmals landen werde, da das Luftschiff reparaturbedürftig sei.

Schwabach, 27. August, 3 Uhr 58 Minuten. „J. III“ fährt über unsere Stadt in etwa 100 Meter Höhe.

Die Landung in Nürnberg.

Nürnberg, 27. August. Das Luftschiff „J. III“ ist gegen 4 1/4 Uhr auf einer großen Waldlichtung etwa 600 Meter hinter dem Dugendteich glatt gelandet. Im Laufe des Abends soll der neue Daimlermotor einfließen, der sofort eingesetzt werden wird, so daß noch im Laufe der Nacht oder sogar schon am Abend die Weiterfahrt des „J. III“ nach Bitterfeld erfolgen kann.

Nürnberg in Erwartung Zeppelins.

Nürnberg, 27. August. Schon vom frühen Morgen an strömte die Bevölkerung hinaus nach dem Dugendteich. Von 9 1/2 Uhr an umfante eine nach vielen Tausenden zählende, stetig anschwellende Volksmenge die große Waldwiesenfläche, die als Landungsstelle für „J. III“ hergerichtet und durch Seile und Schuttmannschaften abgesperrt worden war. Als sich gegen 11 1/2 Uhr die Nachricht verbreitete, das Luftschiff habe Weihenburg passiert, und daß eine Landung in Nürnberg notwendig sei, stieg die Erwartung der harrenden Menge aufs höchste; glaubte man doch mit Bestimmtheit, in einem kleinen Stündchen den „J. III“ begrüßen zu können. Einziehender Regen vermochte die große Stimmung nur sehr wenig zu beeinträchtigen, wohl aber die nach 12 Uhr umherwirrenden Gerüchte, daß „J. III“ eine Zwischenlandung habe vornehmen müssen, weil er Defekt erlitten habe. Trotzdem hartete die Menge weiter aus. Um 12 1/2 Uhr traf dann die Meldung aus Onogheim ein. Rasch berechnete man, daß der Luftvogel kaum vor 2 1/2 Uhr am Dugendteich sein könnte. Ein Teil der Zuschauermenge wanderte zum Mittagstisch nach Hause, ein anderer hartete über Mittag am Landungsplatz aus. Zahlreiche Geschäfte hatten heute morgen von 10 Uhr ab ihrem Personal freigegeben. Es herrschte in der ganzen Stadt fröhliche, fieberhafte Erwartung.

Nürnberg, 27. August. Nach der unter unbeschreiblichem Jubel der Bevölkerung erfolgten Landung und Verankerung des „J. III“ erklärte Graf Zeppelin jr. einem Vertreter der Presse, daß eine Wächterung des Luftschiffes nicht beabsichtigt sei, und daß die Weiterfahrt angetreten werden solle, sobald die nötige Reparatur vollendet worden sei.

Eine amtliche Meldung aus Nürnberg befragt: Landung wegen Motordefekt erfolgt. Ersatzteile treffen um 8 Uhr hier ein. Die Weiterfahrt erfolgt sofort nach Beendigung der Reparatur. Der Zeitpunkt läßt sich nicht bestimmen angeben, doch wird gehofft, daß das Luftschiff morgen bei guter Zeit in Berlin eintrifft.

Voranschlägliche Ankunft in Bitterfeld.

Bitterfeld, 27. August. (Amtliche Meldung.) Das Luftschiff „J. III“ trifft nach Mitteilung der hiesigen Wasserkasse voraussichtlich nicht vor morgen früh hier ein.

Aus der Partei.

Heraus mit der Sprache!

Aus dem heutigen „Vorwärts“ ersieht man, daß die „Chemnitzer Volksstimme“ behauptet, Bernstein sei aus der „Neuen Zeit“ „hinausgehissen“ worden. Soll dieser Ausdruck einen Sinn haben, dann kann es nur der sein, daß Bernstein mit unsauberen Mitteln aus seiner Stellung bei der „Neuen Zeit“ hinausgedrängt worden sei, und natürlich kommt der Redakteur der „Neuen Zeit“ dabei in erster Linie in Betracht. Diese Beschuldigung wird nicht besser dadurch, daß sie in eine vage, schwer greifbare Form gekleidet ist. Ich fordere die „Chemnitzer Volksstimme“ hiermit auf, deutlicher zu werden und ohne Umschweife zu erklären, was sie gemeint hat. Das Parteizentrum selbst erfordert es jetzt, daß die Auslieferungsblogende einmal gründlich klargestellt wird.

Berlin, 27. August 1900.

Karl Rautsch.

Genosse Kurt Eisner äußert sich in der „Frankfurter Tagespost“ zu der in der letzten Auseinandersetzung des „Vorwärts“ mit Genossen Bernstein von uns gegebenen Darstellung über die Gründe, die zur Streichung des Pauschales führten, das Bernstein vom „Vorwärts“ bezog. Er bekräftigt sie, indem er schreibt:

„Wichtig ist zwar, daß — wenn ich nicht irre — auf eine durchaus zu rechtfertigende Anregung der Kontrollkommission hin, eine Anzahl, nicht nur Bernsteins, Mitarbeiterpauschalen gestrichen wurden; es handelte sich um Fälle, wo das Pauschale dem Umfang der Mitarbeit nicht entsprach. Bernstein sollte nach seiner Mittlere nach Deutschland ständig, wie zuvor, über englische Politik schreiben. Auf dieser Voraussetzung beruhte sein Pauschale. Diese Mitarbeit über englische Politik von Berlin aus ließ sich auf die Dauer nicht aufrecht-

erhalten. Und seitdem Genosse Beer von New York nach London überflog, gewann der „Vorwärts“ in ihm einen vorzüglichen englischen Korrespondenten; dadurch wurde naturgemäß — ohne Verschulden Bernsteins — seine Mitarbeit am „Vorwärts“ weniger umfassend, die wir aber immer auf neue anzuregen bemüht waren. Daß ihm ein bindendes Versprechen wegen des Pauschales gegeben worden ist, erfahre ich erst jetzt; wenigstens ist eine solche Kenntnis nicht in meiner Erinnerung.“

Diese Bestätigung der „Vorwärts“-Darstellung wird eingeleitet durch Ausführungen, in denen Eisner zunächst erklärt, er wolle nicht darauf eingehen, ob die heutige oder die damalige „Vorwärts“-Redaktion die Bezeichnung „radikal“ beanspruchen darf, und dann fortfährt:

„Jetzt steht, daß die damalige Redaktion wiederholt mit den Auffassungen Bernsteins in Konflikt geriet; ich selbst habe gelegentlich eine höchst entschiedene Kritik an Bernsteins Arbeiten geübt. Aber wir hielten es natürlich trotzdem für unsere Pflicht, Bernstein als Mitarbeiter und zu erhalten, ihm immer wieder zur Mitarbeit heranzuziehen und ihm freien Raum für seine (von uns nur selten geteilten) Meinungen zu gewähren. Wir betrachteten es als den vornehmsten Grundsatz unserer Redaktionsführung, um der Einheit der Partei willen, alle namhaften Parteischristen, ohne Unterschied der Richtung und Färbung, im Zentralorgan mitarbeiten zu lassen. So waren denn auch in der Tat, ohne jede Ausnahme, alle führenden Parteischristen Mitarbeiter des „Vorwärts“, von der äußersten „Rechten“ bis zur äußersten „Linken“, wenn man einmal diese Unterschiede machen will. Diese Auffassung vom Redakteurberuf im Zentralorgan hatten wir von Wilhelm Liebknecht übernommen. So war die volle Sicherheit gegeben, daß nicht etwa ein Egoismus und Absonderungswesen entstehen, ein stiller, ungroßartiger (aber darum um so wirksamerer) Vorkriegsbestimmter Personen und Gruppen geübt werden konnte. Die Bernsteinsche Beschwerde ist also in dieser Hinsicht unbegründet.“

Ueber die Pflichten der Redaktion des Zentralorgans haben die Genossen, die sie jetzt führen, etwas andere Ansichten als Genosse Eisner, und werden sie auch festhalten. Indes können wir den Genossen Eisner zu seiner Beruhigung berichten, daß heute mindestens ebenso viele führende Genossen der verschiedenen Richtungen am „Vorwärts“ mitarbeiten, als zu seiner Zeit.

Aus den Organisationen.

Die Kreisversammlung des Bahnkreisverbandes Reichs- und Landesbahnen fand am letzten Sonntag in Caputh statt. Der vom Genossen Zahn erstattete Jahresbericht zeigte, daß die Bewegung unter der Krise nicht unerheblich gelitten hat. Außerdem wurde die Agitation, wie von vielen Delegierten ausgesprochen wurde, durch die Beitragserhöhung von 20 auf 30 Pf. erschwert. Im Kreise sind 16 Ortsgruppen, die zusammen 2448 Mitglieder zählen, unter denen sich 147 weibliche befinden, die sich unter 4 Ortsgruppen verteilen: Ludenwalde, Treuenbrietzen, Caputh und Werder a. H. Die Zahl der Leser der „Brandenburger Zeitung“ ist ebenfalls wie die Zahl der politisch organisierten etwas zurückgegangen, was aber viel auf Verzug der Genossen infolge der Wirtschaftskrise zurückzuführen ist. Außer der „Brandenburger Ztg.“ wird im Kreise der „Vorwärts“ gelesen; 65 Frauen sind auf die „Gleichheit“ abonniert; die „Arbeiter-Jugend“ wird in 52 Exemplaren gelesen. Zur Agitation im Kreise gelangte der „Märkische Landbote“ in 18000 Exemplaren zur Verbreitung. Sozialdemokratische Gemeindevorsteher sind 60 in 21 Ortschaften vorhanden. Die Einnahmen betragen 621,54 M., die Ausgaben 466,42 M., so daß ein Kassenbestand von 155,12 M. verbleibt. Ueber den Parteitag referierte Genosse Gärtner-Ludenwalde. Er wandte sich gegen die Hofgängererei und die Schwächung der Parteiführer. Gen. Sailer besprach das Organisationsstatut. Er ist gegen die Gratislieferung der „Gleichheit“, den Reichstagsabgeordneten wünscht er auf den Parteitag die beschließende Stimme erhalten. Im § 23, der dem Ausschluß wegen parteischädigender Handlungen handelt, wünschte er die Worte „in bewusster Weise“ gestrichen. Genosse Fay erörterte die Landarbeiterorganisation. Zum Parteitag wurde der Kandidat des Kreisverbandes, Genosse Ewald, delegiert, zur Provinzialkonferenz die Genossen Sailer, Sasse und Berg, zum Preuentag die Genossen Barth, Schmin, Ligner-Deelitz sowie Genossin Dube-Ludenwalde.

Aus Industrie und Handel.

Wagnation?

Die Waggonfabrik Hppen-Charlier in Köln-Deutz hat, wie wir mitteilen, 400 Arbeiter entlassen und für die übrigen eine verkürzte Arbeitszeit eingeführt. Diese Tatsachen werden trefflich illustriert durch eine von „informierter Seite“ an die „Deutsche Bergwerkszeitung“ gerichtete Mitteilung. Danach hat die obige Wagnation nur den Zweck, auf die preussische Regierung einen Druck auszuüben, damit sie Waggonbestellungen macht. Es heißt da:

„Die Krise, welche in der deutschen Waggonindustrie im Jahre 1900 hervorgerufen wurde, war verursacht durch die auf ein Minimum reduzierten Bestellungen seitens der preussischen Staatsbahn, und eine große Anzahl von Waggonfabriken gingen damals ihrem finanziellen Ruin entgegen.“

Die Dinge lagen in Wirklichkeit so, daß gerade die Großen unter den Waggonfabriken durch scharfen Konkurrenzkampf, der die Kleinen tödete, mächtig wurden. 1904 wurde dann das preussische Zentralamt gegründet, das durch seine Lieferungsverträge oft genug von sich reden gemacht hat. Darum wird es von Interessenten in der Zukunft an die „Deutsche Bergwerkszeitung“ natürlich gelobt, dann folgt ein Gesammer, daß jetzt die Waggonbestellungen fast völlig ausgeblieben und deswegen Arbeiter entlassen werden müßten. Da merkt man die Absicht! In Wirklichkeit liegen die Dinge wieder so, daß die Waggonfabriken, in erster Linie die Norddeutsche Waggonbauvereinigung, die für Waggonlieferungen an Preußen das Monopol besitzt, während der Hochkonjunktur mit den Klagen an die Regierung herantreten, die diese veranlassen, immer wieder große Bestellungen zu machen. Ueber das Monopol selbst kommen recht interessante Dinge zur Sprache. Es heißt da unter anderem:

„Die Norddeutsche Waggonbauvereinigung, welche das Monopol für die Lieferungen an den preussischen Staat besitzt, steht im Kampfe gegen die wenigen Außenländer und wehrt sich mit Erfolg gegen jede Erniedrigung der Beteiligung bei der preussischen Staatsbahn. Unter ihrem Schutze haben sich die alten, seit circa 30 Jahren bestehenden Fabriken, die zum Teil eine Modernisierung nicht für nötig erachteten, kräftig entwickelt und konnten ihre Anlagen auf 1 M. abschreiben.“

Also ist die Staatslieferung, die an alte, unmoderne Werke vergeben wurde, außerordentlich gewinnbringend gewesen. Es wird dann davon gesprochen, daß gegenwärtig die Beschäftigung in der Waggonbauindustrie wieder anzuziehen beginne. Dann folgt die Mahnung an die preussische Regierung, recht bald größere Bestellungen zu machen. Wenn es nach diesen Herren ginge, und es geht oft genug nur nach ihnen, dann wäre der Staat zu nichts weiter da, als sie in ihrem Kampfe gegen Konkurrenten zu unterstützen, ihnen immer gute und gewinnreiche Aufträge zu gewähren, ihnen ihr Lieferungsmonopol zu erhalten, kurz und gut, ihr Aufträge aufschleppender Hausrecht zu sein.

Steuerhinterziehung — Konkurs.

Die Steuerbehörden in Düsseldorf beschlagnahmten vor einigen Tagen Kaffee, welcher der Firma Klops gehörte. Vor-

gestern erfolgte eine weitere Beschlagnahme von einer großen Menge Kaffee derselben Firma. Es handelt sich um Kaffee, der zur Verzollung nicht angemeldet worden war. Die Steuerbehörde verlangt von der Firma Klops 100 000 M. für Steuer und Strafe. Wie berichtet wurde, hat die Firma infolge dieser Anforderungen sich genötigt gesehen, den Konkurs anzumelden.

BetriebsEinstellung. Infolge der neuen Tabaksteuererhöhung beabsichtigt die Zigarrenfabrik von Hofe u. Schweißhoffer in Klausthal, ihren Betrieb am 1. Oktober einzustellen. Sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen ist zu diesem Termin feindlich.

Indirekte Fleischverteuerung.

Da am 1. April des nächsten Jahres die kommunale Besteuerung des Fleisches in Regalfall kommt, gehen immer mehr Städte dazu über, den Ausfall durch Erhöhung der Schlachthofgebühren auszugleichen, wodurch sie allerdings die Absicht des Gesetzgebers naturgemäß durchkreuzen. So hat, wie die „Fleischer-Ztg.“ mitteilt, der Stadtmagistrat zu München eine Erhöhung der Gebühren des Schlachthofes und Viehhofes beschlossen, die so gehalten sind, daß sie den Ausfall des Betrages des Fleischauflages ausgleichen. Die Stadt Koblentz hat die zulässige Höchstvereinbarung des Schlachthofes mit 8 Proz. beschlossen, wodurch die Schlachthofgebühren um drei Fünftel der bisherigen Höhe erhöht werden.

Ein Truß der bulgarischen Zigarettenfabriken. Wie verlautet, haben sich ungefähr 60 Zigarettenfabriken Bulgariens zu einem Truß zusammengeschlossen. Der größte Teil von ihnen soll den Betrieb einstellen und nur 8 sollen in Zukunft weiterarbeiten. Die übrigen, zumeist recht kleinen Betriebe werden dann aus den Überresten des Trußes entschädigt. Die neue Gesellschaft wird die Form einer Aktiengesellschaft annehmen und mit 4 Millionen Frank kapitalisiert werden. Insbesondere ist seitens der Urheber des Planes eine Regelung des Zigarettenexportes aus Bulgarien ins Auge gefaßt worden.

Gerichts-Zeitung.

„Wert etwa 10 Pfennige.“

Der „Leffenliche Anzeiger zum Amtsblatt der Königl. Regierung zu Hildesheim“ enthält folgenden Strafbefehl:

Auf Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft wird gegen Sie wegen der Beschuldigung, am 3. Juni 1900 in Wehle von der Wiese des Bahnhofsauffsehers Friedrich Reinecke Gras entwendet zu haben, Wert etwa 10 Pfennige, Uebertretung gegen § 18 des Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880, wofür als Beweismittel beigezeichnet ist: Zeugnis der Ehefrau des Bahnhofsauffsehers Friedrich Reinecke in Wehle, eine Geldstrafe von 5 Mark (fünf Mark) und für den Fall, daß dieselbe nicht beigetrieben werden kann, eine Haftstrafe von 1 (einem) Tag festgesetzt. Zugleich werden Ihnen die Kosten des Verfahrens aufgelegt. Dieser Strafbefehl wird vollstreckbar, wenn Sie nicht binnen einer Woche nach der Zustellung bei dem unterzeichneten Gericht schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers Einspruch erheben. Die Geldstrafe und die unten berechneten Kosten sind an die hiesige Gerichtskasse, Bahnhofstr. 4, binnen einer Woche nach dem Eintritt der Vollstreckbarkeit bei Vermeidung von Zwangsvollstreckung zu zahlen. Bei der Zahlung ist dieser Strafbefehl vorzulegen oder durch Angabe Ihres Namens und der Geschäftsnummer genau zu bezeichnen. Hildesheim, den 22. Juli 1900.

Königliches Amtsgericht II.

Kostenrechnung. 1. Gebühr für den Strafbefehl 1 M. (§ 63 des Gerichtsostengesetzes) 2. Schreibgebühr 10 Pf., zusammen 1,10 M.

An den Schmeid Herrn Hermann Dede in Wehle, surzeit unbelanntem Aufenthalt.

Diese Leistung des Herrn Bureauratius, Abteilung Justiz, redet wahrlich Hände.

Die Gerichtsbarkeit bei Orten ohne Kaufmannsgericht.

In Ortschaften, die selbst kein Kaufmannsgericht besitzen, müssen Klagen zwischen Prinzipal und Angestellten beim ordentlichen Gericht anhängig gemacht werden, sofern nicht etwa die Zuständigkeit des Kaufmannsgerichts einer Nachbargemeinde anerkannt worden ist. Sonst gibt es nur dann noch einen Weg zur Kaufmannsgerichtsbarkeit, wenn einer der Prinzipale in einer Stadt mit Kaufmannsgericht seinen Wohnsitz hat. Er muß dann diesen Geschäftspartner verklagen. Den nämlichen Weg wähle ein Buchhalter S., der bei den Viehhofhändlern Höhne u. Wolter in Friedrichsfelde bei Berlin in Stellung war. Am Domizil der Firma gibt es kein Kaufmannsgericht, da der Inhaber B., aber in Berlin seinen Wohnsitz hat, so reichte S. gegen diesen die Klage beim Berliner Kaufmannsgericht ein. Der Beklagte erhob dagegen den Einwand der Unzuständigkeit. Erstens könne Berlin nicht für eine Firma in Friedrichsfelde zuständig sein, und sodann müsse der Kläger seine vermeintlichen Forderungen gegen die Firma und nicht gegen einen Chef persönlich geltend machen. Die fünfte Kammer des Kaufmannsgerichts hielt sich für zuständig. Der Handlungsgeselle sei bezichtigt, bei einer Forderung gegen eine offene Handelsgesellschaft auch einen der Geschäftspartner zu verklagen, da jeder für die Gesellschaft haftbar sei.

Zu einem Kampf

Zwischen Stadtbahnbesitzer und einem Kriminalschuttmann kam es in der Nacht zum 31. Januar d. J. auf dem Bahnhof Jannowitzbrücke. Wie die Post täglich bei der Kriminalpolizei eingehenden Anzeigen von Verbauben beweisen, scheint das Geschäft der Stadtbahnbesitzer immer noch ein recht blühendes zu sein. Die Kriminalpolizei hat deshalb schon seit längerer Zeit eine besondere Stadtbahnpatrouille eingerichtet. Eine überaus schwierige Festnahme hat am 31. Januar ein Beamter der Stadtbahnkontrolle, der Kriminalschuttmann Brüdner, zu bestehen gehabt. In jener Nacht fuhr der Beamte, um möglichst wenig aufzufallen, in einer stark beschmutzten Arbeiterkleidung. Zwischen dem Schlesienschen Bahnhof und der Station Jannowitzbrücke überprüfte er drei Fledderer dabei, wie sie einem Arbeiter Kupilas, der im Sapec eingeschlossen war, auspäunberten. Zwei der Fledderer sprangen aus dem in voller Fahrt befindlichen Zuge und liefen die Gleise entlang nach dem Schlesienschen Bahnhof zu. Der dritte der Fledderer, der Arbeiter Paeschke, wurde von Brüdner gepackt. Es kam zu einer furchtbaren Prügelei, da der Fledderer wie toll um sich schlug. Die größte Schwereigkeit bestand darin, den Verhafteten während des kurzen Aufenthalts auf der Station aus dem Zuge herauszuschaffen. Beide gerieten zwischen Zug und Perron während der Zug noch in Bewegung war und wurden mitgeschleppt. Auf dem Bahnhof selbst erging es dem Beamten noch sehr übel, da er infolge seiner Arbeiterkleidung verkannt wurde. Das Publikum nahm gegen ihn Partei, bis er schließlich von einem Bahnbewachter erkannt wurde. Inzwischen war nach dem Schlesienschen Bahnhof telephoniert worden, daß die zwei Leute, welche die Gleise entlang gelaufen waren, festgehalten werden sollten. Es gelang auch noch, einen der Fledderer, den Hausdiener Karl Kamps, festzunehmen, während der dritte entlang Paeschke wurde vor einiger Zeit zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Kamps behauptete, gestohlenen zu sein und sich an nichts mehr bestimmen zu können. Da er früher einmal bei einem Fahrstuhlunfall schwer verletzt worden war, wurde er erst auf seinen Geisteszustand untersucht. Die Untersuchung fiel jedoch negativ aus. Vor der fünften Strafkammer des Landgerichts I mußte sich Kamps nun gestern wegen Diebstahls verantworten. Rechtsanwalt Dr. Cohnmann beantragte mit Rücksicht auf die erhebliche geistige Minderwertigkeit des Angeklagten eine recht milde Verurteilung. Das Gericht erkannte auch auf nur 3 Monate Gefängnis.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 28. August.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Götzendämmerung.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Schauspielhaus. Iphigenie auf Tauris.

Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Ketten.
Kammerspiele. Freund Jod. Verliner. Einer von unsrer Lent.

Verfing. John Gabriel Borkman. Neues. Sein Sündenregister.

Neues Schauspielhaus. Wig Duffel.

Thalia. Prinz Baji. Romische Oper. Tieland.

Residenz. Kümmer dich um Amelie. Gebbel. Revolutionshochzeit.

Trianon. Liebesgewitter. Lustspielhaus. Im Klubfessel.

Kleines. Koral. Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.

Deutsches. Der fidele Bauer. Schiller O. (Wallner-Theater.)

Die Ehre. Schiller Charlottenburg. Der Biberpelz.

Friedrich. Wilhelm Tell. Luiten. Die Herren Söhne.

Metropol. Die oberen Zehntausend. Polite Caprice. Drei Frauenhüte.

Der Direktor von. Anf. 8 1/2 Uhr. Apollo. Spezialitäten.

Wintergarten. Spezialitäten. Gebr. Herrnsfeld-Theater. Frau Elisas Friseur. Meine Deine Tochter.

Wahne. Spezialitäten. Bernhard Neje. Der Mann mit der eisernen Maske.

Noack's Theater. Das Heiratsnest. Spezialitäten.

Stadt-Theater Moabit. Spezialitäten.

Volksgarten. Spezialitäten. Brunnen. Der Stabstrompeter.

Walhalla. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger.

Urania. Tautenstraße 48/49. Rom und die Campagna.

Sternwarte. Invalidenstr. 67/68. Leasing-Theater.

Sonnabend, 8 Uhr: Jahn-Johis: 7. Borf.: John Gabriel Borkman.

Sonntag, 8 Uhr: Vom andern Ufer. 1. Der Graf. 2. Der Ernst des Lebens. 3. Aufreicherung.

Berliner Theater. Heute 8 Uhr: Einer von unsrer Lent. Morgen: Einer von unsrer Lent.

Neues Theater. Täglich 8 Uhr: Sein Sündenregister

Wittmoth, den 1. September: Emilia Galotti.

Theater des Westens. Täglich 8 Uhr: Der fidele Bauer

Operette von Leo Fall. Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Sonnabend, den 28. August, 6 Uhr: Wilhelm Tell.

Sonntag: Mandverrogen. Montag: Mandverrogen.

Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr. Anfang 8 Uhr: Die Dollarprinzessin.

Operette in 3 Akten von Leo Fall. Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander. Abends 8 Uhr: „Kümmer dich um Amelie.“

Schwanz in 3 Akten von Feydeau. Morgen und folgende Tage: Diefelbe Vorstellung.

Luisen-Theater. Sonnabend: Eröffnungs-Vorstellung: Die Herren Söhne.

Vollständ. in 3 Akten von D. Walfher und L. Stein.

Sonntag nachm. 3 Uhr zu kleinen Preisen: Die Jungfrau von Orleans. Abends 8 Uhr: Die Herren Söhne. Montag: Die Herren Söhne.

BERNHARD ROSE THEATER. Ge. Franzfurter Str. 112. Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr. Der Mann mit der eisernen Maske.

Schaup. in 5 Akten v. Souzner u. Arnold. Auf der Gartenbühne Anf. 4 1/2 Uhr. Theatervorstellung. Spezialitäten.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr:

Rom und die Campagna.

Heute Sonnabend, nachm. 4 U.: Gr. Wohltätigkeitsfest.

3 Militär-Kapellen. Illumination. Feuerwerk. Sommernachts-Ball.

Eintritt 1 M., Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr: Im Klubfessel.

Union-Theater

Alexanderplatz. Texte folgen!

WINTERGARTEN

Das gigantische Eröffnungs-Programm!

Henry Bender

Trutz Shaftuck, amerik. Operetten-Diva. Bellechale Brothers, mod. Gladiatoren. Geschwister Kils.

Gymnastie Akt. Mils Marguis mit ihren dressierten Ponies. Six Cutlys, musikal. Akt. Mils. Julia Sidowa, Prima Ballerina von der kaiserl. Hofoper St. Petersburg.

Morris Cronin Truppe, moderne Jongleure. Tho 3 Patersons, Rock- und Trampolin-Akt. Der Biograph mit neuesten Aufnahmen.

„Leben und Treiben im Freien.“ Tanz-Divertissement in 3 Bildern

Metropol-Theater

Die oberen Zehntausend. Amerik. Operette v. Jul. Fround.

Musik v. Gust. Kerker. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz. Tänze von Mr. Bishop.

Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater

Anf. 8 Uhr: Letzte Woche! 9 Uhr:

Eine Haremsnacht.

Triumph der Schönheit. Humpst-Bumsti, Delvard, Nadragh, Ethel Whitesides u. a. m.

Passage-Theater.

Letzte Woche! Ein durchschlagender Erfolg!

Alois Püschl Edmondo Lucini The Lingtons

und das großartige August-Programm!

12 erstklass. Variété-Attraktionen.

Passage-Panoptikum.

Aga!

die schwed. Jungfrau. Ganz Berlin zerbricht sich wieder d. Kopf über Aga.

Der Mann m. d. eisernen Schind! Experimente d. IV. Dimension! Alles ohne Extra-Entree.

Herrnfeld Theater

Kommandantenstr. 57. T. H. 4. 5083. Die erfolgreichsten Lust-Komödien

Meine = Deine = Tochter Frau Elisas Friseur

mit Anton und Donat Herrnsfeld. Vorverkauf 11-2 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Walhalla Theater

Weinbergsweg 15-20, Rosenthaler Tor. Anfang 8 Uhr. Im Theater: Die gr. August-Spezialitäten.

Frei! Im Garten Konzert. Leben u. Treiben im Traumland.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.) Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Ehre.

Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.

Sonntag, abends 8 Uhr: Götz von Berlichingen.

Montag, abends 8 Uhr: Ein Erfolg.

Schiller-Theater Charlottenburg. Sonnabend, abends 8 Uhr: Der Biberpelz.

Eine Diebeskomödie in 4 Akten von Gehart Hauptmann.

Sonntag, nachm. 3 Uhr: Doktor Klaus.

Sonntag, abends 8 Uhr: Madame Bonivard.

Montag, abends 8 Uhr: Bresters Millionen.

CASTAN'S PANOPTICUM

Friedrichstr. 165 (Pachorpalast). Heute: Letzter Tag! Ohne Extra-Entree! Das menschliche Monstrum!

2 Köpfe, 1 Rumpf, 4 Arme und 4 Beine. Sign. Arturo, Entfesselungskünstler. X X Arturos Zauberland.

Täglich 7 1/2 Uhr abends: Humoristische Künstler-Abende. — Ohne Extra-Entree!

Schwarzer Adler

Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 5 (früher 120). Inh.: Gebr. Arnhold.

Täglich: Gr. internation. Ringkampf-Konkurrenz um die Meisterschaft d. Prov. Brandenburg u. die Prämie 5000 M. in bar.

Heute Sonnabend, den 28.: 2 große Entscheidungskämpfe: Axn-Australien gegen van der Berg-Holland. Sauerer-Bayern gegen Michael-Rußland.

Morgen rufen: Jaska-Schottland gegen Müllmann-Australien. Burghardt-Oesterreich gegen Eggberg-Finnland.

W. Noack's Theater

Direktion: Rob. Oll. Drümannstr. 10. Große Extra-Vorstellung! Das Heiratsnest.

Bosse in 3 Akten. Borf.: Das lustige bunte Progr. Anf. 7, Kollekt. 3 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.

Montag: Benefiz. Lied. d. Russen.

Casino-Theater

Kolbeinger Straße 97. Täglich 8 Uhr: Dufel Cohn Dufel Cohn Dufel Cohn

mit Dir. Hans Berg als Dufel Cohn.

Berliner Prater-Theater

Kastanienallee 7-9. Täglich: Der Verschwander.

Spezialitäten ersten Ranges. Konzert und Ball. Anfang 4 1/2 Uhr.

Karl Haverland Theater

77/79 Kommandantenstr. 77/79. 14 erstklassige Spezialitäten.

Victor Ritter. Humorist der neuen Zeit.

Pichelswerder Alten Freund.

Der schönste Ausflugsort und Ausflugsort ist im m e c und ganz schön sind wir beim

17048*

Einheitspreis 7. M. 12,50 Luxus-Ausführung M. 16,50

Vornehmes Aussehen — billiger Preis — bequemes Tragen — alle Vorzüge finden Sie im Salamander-Stiefel vereint. — Fordern Sie Musterbuch V.

Salamander

Schubges. m. d. H., Berlin

W. 8 Friedrich-Strasse 182 C. König-Strasse 47 SW. Friedrich-Strasse 221 C. Rosenthaler Tor W. Potsdamer Strasse 5 NW. Wilanacker Strasse Ecke Turm-Strasse 9 W. Tauentzien-Strasse 15 N., Bad-Strasse 30 Spandau, Breite Strasse 30

Einsegnungs-Kleider

schwarz, weiss und farbige prima Zutaten, beste Verarbeitung nur eigene Konfektion

Waidmann Fassons Prienza, Niederrock und Taille 15, 20, 24, 32 M.

Rackfisch-Paletots 5, 7, 9, 12 M. Rackfisch-Jackets 9, 10, 12, 15 M. Rackfisch-Jackenkleider 17, 20 M.

Elegant verarbeitet. Kostüm-Röcke Neueste Scholle aus pa. Satinrock 9, 12, 15, 18 M. aus engl. Stoffen 3, 6, 10, 15 M. Ein gross. Posten gefüllte weisse Blusen 3,50 M.

Tüll-, Spitzen- und seidene Blusen in tausendf. Ausw. v. 6 M. an.

Sielmann & Rosenberg Kommandanten-, Ecke Lindenstr. 3 Häuser vom Dönhofsplatz 12 Schaufenster.

Sonntags geöffnet. —

schwarz, weiss und farbige prima Zutaten, beste Verarbeitung nur eigene Konfektion

Waidmann Fassons Prienza, Niederrock und Taille 15, 20, 24, 32 M.

Rackfisch-Paletots 5, 7, 9, 12 M. Rackfisch-Jackets 9, 10, 12, 15 M. Rackfisch-Jackenkleider 17, 20 M.

Elegant verarbeitet. Kostüm-Röcke Neueste Scholle aus pa. Satinrock 9, 12, 15, 18 M. aus engl. Stoffen 3, 6, 10, 15 M. Ein gross. Posten gefüllte weisse Blusen 3,50 M.

Tüll-, Spitzen- und seidene Blusen in tausendf. Ausw. v. 6 M. an.

Sielmann & Rosenberg Kommandanten-, Ecke Lindenstr. 3 Häuser vom Dönhofsplatz 12 Schaufenster.

Sonntags geöffnet. —

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Hinscheidens meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, des Kaufmanns

Jacob Katzke sagen wir unseren tiefempfindenden Dana. Sara Katze, Hellmuth Katze, Erich Katze, Stralauer Allee 35. 11326

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Todes-Anzeige. Am 26. August verstarb unser Mitglied, der Klempner Karl Paulenz

(Vandf. 60). Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 29. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen St. Pauls-Kirchhofes in Pöppelstr., Secstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand. 230/4

Brunnen-Theater

Badstraße 58. Direktion: Will Voigt. Benefiz für das Schauspielpersonal: Der Stabstrompeter.

Vollst. m. Gef. in 4 Akt. v. Mannstädt. Kassenöffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Puhlmann Theater

Gr. Ringkampf-Konkurrenz. Großfreimachen. ne feine Nummer.

Marga Scholz, Soubrette. Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 47/48. Täglich: Spezialitäten und Theater-Vorstellung.

Anf. d. Vorstellung nachmittags 7 Uhr, Sonntag 6 Uhr. Samst. 6 Uhr. 5 Uhr. Kassenöffnung 3 Uhr.

Neben Montag Elitetag. Spezialitäten und Solos der Lustigen Sänger.

Bei Regenwetter Vorstellung im großen Theater-Saal.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger. Anfang: Wochenl. 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Max Kliems Sommer-Theater und Festsäle

Rudolf Krüger Hasenheide 13/15. Täglich: Großes Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Act. Leitung: Walter Gravoaltz. Neben Donnerstag: Elitetag. Während und nach der Vorstellung Tanzkränzchen.

Schweizer-Garten

Am Königslo. Am Friedrichshain. Täglich: Theater und Spezialitäten.

Vom 16.-31. August: Neues Programm. — Kinematograph. Volkshelustigungen.

Neben Abend 10 Uhr: Am Brunnen vor dem Tore. Lebensbild mit Gesang.

Anfang 6 Uhr. Entree 30 Pf. Sommerferien hal. Billigkeit.

Volksgarten-Theater

schüler Weimanns Volksgarten. Harry Steiner. Josephine Deolissour. Max u. Moritz. The drol Barretts.

Der Affenbutter. Solist m. Gef. u. Tanz in 5 Bildern. Heute: Großes Gartenfest.

Kreuzberg-Festsäle und Garten.

O. Ernert, SW., Kreuzbergstr. 43. Jeden Freitag: Hoffmanns Norddeutsche Sänger.

Vesper u. Vorgesang. Täglich: Gr. Spezialitäten-Vorstellung. Entree frei.

Verf. d. Som. an Vereine zu verg.

Vereins-Brauerei

Rixdorf, Hermannstr. 214/219. Oekonom: Max Wendt. Täglich: Gr. Militär-Konzert.

Vorzugskarten haben nachmittags Billigkeit. Entree 15 Pf.

Kunstgeigenbauer E. Toussaint

BERLIN O. Joachimstraße 11 C. best. Reparaturen, auf Wunsch zugleich mit vorz. Tonverbesserung.

Spezialität: Erzeugung des altitalienischen Timbres für große Säte an allen u. neuen Geigen. u. Mäßiges Honorar.

Allen Genossen, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich mein altes Geschäft wieder übernehmen mußte. — Allen meinen Gästen ein herzlich Willkommen.

Fritz Kockejei Rixdorf, Heuterstraße 62.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Todes-Anzeige. Am 26. August verstarb unser Mitglied, der Klempner Karl Paulenz

(Vandf. 60). Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 29. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen St. Pauls-Kirchhofes in Pöppelstr., Secstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand. 230/4

Verband der haugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin u. Umgegend. (Bezirk Rixdorf). Todes-Anzeige. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser alter, treuer Kollege Wilhelm Lehmann

verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet Sonntag, den 29. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Der Zweigvereinsvorstand. 20/5

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Arbeiterin Klara Keller

gestorben ist. Ehre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet Die Ortsverwaltung. 122/4

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger. Anfang: Wochenl. 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Max Kliems Sommer-Theater und Festsäle

Rudolf Krüger Hasenheide 13/15. Täglich: Großes Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Act. Leitung: Walter Gravoaltz. Neben Donnerstag: Elitetag. Während und nach der Vorstellung Tanzkränzchen.

Schweizer-Garten

Am Königslo. Am Friedrichshain. Täglich: Theater und Spezialitäten.

Vom 16.-31. August: Neues Programm. — Kinematograph. Volkshelustigungen.

Neben Abend 10 Uhr: Am Brunnen vor dem Tore. Lebensbild mit Gesang.

Anfang 6 Uhr. Entree 30 Pf. Sommerferien hal. Billigkeit.

Volksgarten-Theater

schüler Weimanns Volksgarten. Harry Steiner. Josephine Deolissour. Max u. Moritz. The drol Barretts.

Der Affenbutter. Solist m. Gef. u. Tanz in 5 Bildern. Heute: Großes Gartenfest.

Kreuzberg-Festsäle und Garten.

O. Ernert, SW., Kreuzbergstr. 43. Jeden Freitag: Hoffmanns Norddeutsche Sänger.

Vesper u. Vorgesang. Täglich: Gr. Spezialitäten-Vorstellung. Entree frei.

Vereins-Brauerei

Rixdorf, Hermannstr. 214/219. Oekonom: Max Wendt. Täglich: Gr. Militär-Konzert.

Vorzugskarten haben nachmittags Billigkeit. Entree 15 Pf.

Kunstgeigenbauer E. Toussaint

BERLIN O. Joachimstraße 11 C. best. Reparaturen, auf Wunsch zugleich mit vorz. Tonverbesserung.

Spezialität: Erzeugung des altitalienischen Timbres für große Säte an allen u. neuen Geigen. u. Mäßiges Honorar.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Todes-Anzeige. Am 26. August verstarb unser Mitglied, der Klempner Karl Paulenz

(Vandf. 60). Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 29. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen St. Pauls-Kirchhofes in Pöppelstr., Secstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand. 230/4

Verband der haugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin u. Umgegend. (Bezirk Rixdorf). Todes-Anzeige. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser alter, treuer Kollege Wilhelm Lehmann

verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet Sonntag, den 29. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Der Zweigvereinsvorstand. 20/5



A. WERTHEIM G.M.B.H.

LEIPZIGER STRASSE

ROSENTHALER-STRASSE.

ORANIEN-STRASSE.

Zur Vermeidung von Verwechslungen:

Unsere Firma unterhält in Berlin nur diese drei Geschäfte.

Heute Sonnabend besonders billige Lebensmittel soweit der Vorrat reicht:

WILD UND GEFLÜGEL

Junge Gänse . . . Pfund	58, 65 Pf.
Brathühner . . .	80 Pf., 1.00, 1.20
Suppenhühner	2.25

Rehblätter.
Rehkeulen. Rehrücken.
Rebhühner.

FLEISCHWAREN

Zervelatwurst in Rinddarm	Pfund 1.10
Zervelatwurst in Fettdarm (Dauerware)	Pfund 1.60
Salamiwurst in Rinddarm . .	Pfund 1.10
Mausschinken ca. 2-3 Pfd. schwer	Pfund 1.10
Rollschinken ca. 4-7 Pfund schwer	Pfund 1.25
Feine Leberwurst	Pfund 95 Pf.

Landleberwurst	Pfund 90 Pf.
Rotwurst	Pfund 45, 65 Pf.
Teewurst	Pfund 1.10
Dose ca. 1 Pfd. 2 Pfd.	
Königsberger Fleck	50 85 Pf.

OBST U. SÜDFRÜCHTE

Französ. Weintrauben	Pfd. 18 Pf.
Italien. Pfirsiche	Pfd. 17 u. 35 Pf.
Zitronen	15 u. 20 Pf.
Tomaten	Pfd. 9 Pf.

Tafelbirnen	Pfd. 13 Pf.
Tiroler Tafeläpfel . . .	Pfd. 11 Pf.
Italien. Tafeläpfel . . .	Pfd. 12 Pf.
Kochäpfel „Stern Reinetten“	Pfd. 10 Pf.

Unsere Geschäftshäuser werden während der Fahrt des Grafen Zeppelin über Berlin geschlossen.

Vom Arbeiter

vom Handwerker, vom kleinen Beamten, vom Kaufmann, überhaupt von Jedem, der auf sein Aussehen hält, wird für billiges Geld wirklich aussehende, tadellose Garderobe gesucht. Nur im Kaufhaus für Monatsgarderoben, Große Frankfurter Straße 93, erhalten Sie diese und können darin leicht

zum Millionär

werden. Wir verkaufen von Millionären, Doktoren, Reisenden sowie feinsten Kavaliere nur wenig getragene, in den ersten Verhältnissen Deutschlands und des Auslandes, teils sogar auf Seide gearbeitete, an Stoff und Haltbarkeit unübertroffene

Serie I	Serie II	Serie III
Maß-Anzüge	8 M. 14 M. 18 M.	
Maß-Paletots	6 M. 12 M. 16 M.	

Gesellschafts-Anzüge werden billigst verliehen.
Kaufhaus für Monatsgarderoben
Große Frankfurter Straße 93.
Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.
Streng reelles Geschäft. Keine Fiktionen am Platz.
Abteilung II Neue Garderoben.

Leske & Lehrer

Kottbuser Damm 78

Spezialhaus guter Herren- u. Knabenbekleidung

Besonders günstiges Angebot! Unerreicht in Preiswürdigkeit und Haltbarkeit!
aus schwarzem Ripskammgarn von M. 12,- an
aus schwarzem und blauem Cheviot von M. 13,- an
aus schwarzem Kammgarn von M. 18,- an
Maß-Anzüge und Maß-Paletots in unseren eigenen Werkstätten gearbeitet, haben den besten Ruf!

Elegante Arbeit! Unsere Grundsätze: Billigste Preise!

Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe
Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl
Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz
Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen
Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen
Wir haben auf jeden Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Wir unterhalten keine Filialen! Unsere Geschäftsräume befinden sich nur

78 Kottbuser Damm 78

INTERNATIONALE
LUFTSCHIFFFAHRT
AUSSTELLUNG
EXPOSITION AERONAUTIQUE
FRANKFURT 1929

Bei günst. Witterung i. Betrieb:
Freihallons, Flugmaschinen
Motorballons
(Clouth, Parosval, Zeppelin)
Wettbewerb:
200 000 M. Preise.

Wo finden Sie bei Ihren Ausflügen den schönsten Familienaufenthalt?
Nur in **Grünau** bei **Gustav Sindenhayn**
Friedrichstr. 2. Telefon 17.
2 Minuten von der Börse.
Gut gepflegte Biererei, 15 Hektar große Weide 25 Hektar schattiger Garten und Vereinshaus. — Verkehrslokal der Freien Turnerschaft Grünau und des Arbeiter-Radsportvereins „Frisch auf“.

Müssen Desinfektionsmittel riechen?

Ich glaube, ein jeder wird sagen, aber natürlich riechen Desinfektionsmittel! Man kennt es ja auch gar nicht anders. Alles, was heute desinfiziert wird, riecht. Ich erinnere hierbei an die Krankenhäuser. Riechen etwa diese Häuser selbst, oder die Kranken oder die Krankenschwestern? Gewiss nicht. Aber die zur Sauerhaltung der Räume, die zur Vernichtung der Krankheitskeime verwendeten Mittel riechen, und daher der Name Krankenhaushaus! Angenehm ist eine solche Luft niemandem, im Gegenteil, vielen Leuten direkt unangenehm. Ja, ich kenne Leute, die nicht so große Furcht vor dem Krankenhause selbst, als gerade vor

dieser Krankenhaushausluft haben, die sie gar nicht aus der Nase herausbekommen. Mit der Ansicht, daß Desinfektionsmittel riechen, wird man aber glücklicherweise bald gebrochen haben, da wir jetzt ein — selbstredend in Verbindung — durchaus geruchloses Mittel besitzen, welches alle Krankheitskeime und Krankheitserreger fast augenblicklich vernichtet. An den Beginn, geruchlos, Desinfektion muß man sich freilich erst gewöhnen, ebenso an den Namen dieses Mittels. Es nennt sich Automors. Der Name bedeutet „vernichtet alles selbst alles Schädliche!“ Und daß das Mittel hält, was ein Name verspricht, beweist uns die Tatsache, daß zum Beispiel eine nur 1prozentige Lösung von Automors innerhalb einer Minute Typhusbakterien abtötet und wirkungslos macht. Das ist eine geradezu frappante Wirkung, wenn man bedenkt, daß — um bei dem

gleichen Beispiel zu bleiben — Typhusbakterien in einem 1prozentigen Karbollösung selbst nach dreißig Minuten lustig weiter leben und ansteckungsfähig bleiben.
Aber in noch viel schwächeren Lösungen entfaltet Automors seine Wirksamkeit! Will man zum Beispiel in einem Eimer Wasser einen Eßlöffel voll Automors aufbewahren und reinigt hiermit die Fußböden oder besprengt nur dieselben hiermit, so werden die auf diesen haltenden Krankheitserreger vernichtet und jeder Geruch aus dem Zimmer vertrieben. Die Luft wird so klar und rein, als ob man Stundenlang gelüftet hätte. Wertlos aber ist, daß — so angenehm und zuträglich dem Menschen diese reine gute Luft ist — die Insekten und das kleine Ungeziefer dieselbe durchaus nicht vertragen können. So werden Fliegen, Ratten,

Zimmer, welche mit Automors gereinigt werden, als sei der Döse hinter ihnen her.
Da Automors eine fünfmal so starke Desinfektionskraft wie die riechenden Desinfektionsmittel besitzt, ist es bedeutend preiswerter als diese. Wir können daher es erwarten und verlangen, daß aus den öffentlichen Anstalten und Gebäuden die ablenkenden Desinfektionsgeräte verschwinden. Keine Luft wollen wir, welche wir, gesunde Luft! Diese verbürgt uns Automors! Darum sollen wir uns nicht die Mühe machen, die Unannehmlichkeit einer geruchlosen Desinfektion zu ruhe zu machen?
Dr. Aesculapius,

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In Hangelshaus (Niederbarnim) hat das Lokal „Hotel zum Dampfboot“ den Besitzer gewechselt, jetziger Inhaber Otto Bogrell; dasselbe steht und nach wie vor zur Verfügung.

In Reinickendorf-West stehen folgende Lokale der Arbeiterpartei nicht zur Verfügung: Zentral-Schänkehaus (Inhaber Wietzen), Scharnweberstr. 4; A. Müllers Festhalle, Scharnweberstr. 12, und „Zum Feuerwerker“ (Inhaber Wark), Scharnweberstr. 68.

Wir ersuchen dringend, dies während der „Zeppelin-Tage“ besonders zu beachten. Die Lokalkommission.

Mariendorf. Die Genossen treffen sich Sonntag mittag 2 Uhr bei Löwenhagen.

Bezirk Waldmannsfluh. Sonntag, den 29. August, nachmittags 8 1/2 Uhr, findet in Birkenwerder eine öffentliche Versammlung statt. Frau Fahrwald-Berlin wird über das Thema „Der Steuerraub auf die Taschen des arbeitenden Volkes“ referieren. Die Genossen werden aufgefordert, nach Kräften für den Besuch der Versammlung zu agitieren. Die Bezirksleitung.

Bernau. Heute Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Lokal von Kunze, Bürgermeisterstraße, statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Diskussion über die Vorträge des Genossen Schütte über das Erfurter Programm, sowie sehr wichtige geschäftliche Mitteilungen. Die Bezirksleitung.

Falkenhagen-Seegefeld. Die Parteigenossen mit Frauen und Kindern treffen sich Sonntag, den 29. d. M., nachmittags 2 Uhr, am Waldhof Finkenkrug zum Spaziergang nach Waldheim. Dasselbst Kaffeeladen und gemeinsame Unterhaltung. Alleseitige Beteiligung erwartet. Der Vorstand des Wahlvereins.

Berliner Nachrichten.

Die Landtagswahlwahlen für Berlin.

Bekanntlich hat der Oberpräsident den Termin für die Wahlmännerwahlen auf Dienstag, den 26. Oktober, festgesetzt. Vor diesem Termin aber muß die Wählerliste zur öffentlichen Einsicht ausgelegt werden. Dieser Termin ist bis jetzt noch nicht bekannt, wir machen aber schon heute darauf aufmerksam, daß diese Listen nur drei Tage lang ausgelegt werden und daß die Wähler auf diese Bekanntgabe des Termins genau achtgeben müssen, um sich zu überzeugen, ob sie auch in die Listen eingetragen sind.

Unwähler ist jeder Preuze, der das 21. Lebensjahr vollendet hat, im Vollbesitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist und keine Armenunterstützung erhält.

Er muß in der Gemeinde seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt haben. Bemerkenswert ist noch, daß auch diejenigen, die infolge ihrer wirtschaftlichen Lage zu einer Staatssteuer nicht veranlagt sind, aber die sonstigen Bedingungen erfüllen, zu einem Steuerfusse von drei Mark in die Wählerliste aufgenommen werden und in der dritten Abteilung wählen.

Erst wenn die Auslegung der Wählerliste stattgefunden hat, werden die Listen nach einzelnen Wählerabteilungen ausgelegt. Zunächst aber gilt es, die ganze Aufmerksamkeit auf den Termin zu lenken, an dem die Wählerliste ausgelegt ist. Sobald derselbe amtlich bekanntgegeben ist, werden wir Mitteilung machen. Die Parteigenossen aber ersuchen wir, die Landtagswähler der in Frage kommenden Landtagswahlbezirke auf diesen wichtigsten Faktor im Wahlkampf aufmerksam zu machen.

Achtung! Sechster Wahlkreis.

Die Parteigenossen nachstehender Abteilungen werden aufgefordert, am kommenden Sonntag, den 29. August, früh 1/8 Uhr, zur Agitation im 12. Berliner Landtagswahlkreis sich an folgenden Stellen einzufinden: 6. Abteilung bei Casar, Alt-Moabit 110; 9. Abteilung bei Siebert, Birkenstraße 16, Ecke Perleberger Straße; 10. Abteilung bei Faber, Stephanstr. 11.

Parteigenossen! Wir erwarten vollzähliges und pünktliches Erscheinen. — Das Wahlkomitee im 12. Berliner Landtagswahlkreis.

Der Kampf gegen die Arbeiter-Turnvereine

wird von der preussischen Staatsregierung eifrig fortgesetzt und nach wie vor von der Berliner Stadtverwaltung willig unterstützt. Wie man dem Arbeiter-Turnverein „Fichte“ in Berlin die Jugendlichen zu entziehen sucht, das haben wir wiederholt dargestellt. Diese Bemühungen werden weiter beleuchtet durch zwei neue Dokumente, die zu unserer Kenntnis gelangt sind.

Wie hatten die Gegner der Arbeiter-Turnvereine sich versprochen von dem Einfall der Regierung, die von Vereinen veranstalteten Turnübungen Jugendlicher für Turnunterricht zu erklären, den Turnwarten der betreffenden Abteilungen die Beschaffung eines Unterrichtsverlaufs eines aufzuerlegen, sozialdemokratischen Turnwarten die Gewährung dieses Erlaubnis-scheines zu verweigern, den nicht mit solchem Schein ausgestatteten Turnwarten die Vertilgung von Turnübungen Jugendlicher bei Strafe zu unterlagen und schließlich zu den Jugendlichen auch alle Vereinsmitglieder bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres zu zählen. Als auch das nicht den erwarteten Erfolg hatte, kam die Sperrung der Turnhallen für alle Abteilungen, zu denen Personen von weniger als 21 Jahren gehörten. Die Regierung winkte, die Schuldeputation der Stadt Berlin gebörte, und gegen den Verein „Fichte“ wurde für alle seine Lehrlingsabteilungen sowie für die eine seiner beiden Damenabteilungen die Turnhallensperre ab 1. Oktober verhängt.

Bezüglich der Damenabteilung erhob der Verein Einspruch mit der Begründung, daß beide Damenabteilungen von geprüften Lehrerinnen geleitet werden. Auf diese Beschwerde hat jetzt die Schuldeputation geantwortet, sie könne der Abteilung die Turnhallenbenutzung nur dann gestatten, wenn die Leiterin „im Besitze eines von dem königlichen Provinzialschulkollegium ausgestellten Unterrichtsverlaufs-scheines sein wird“. Also: die durch Prüfungszeugnis beglaubigte Unterrichts-befähigung genügt nicht, man muß erst noch vom Provinzialschulkollegium die Erlaubnis zum Gebrauch seiner Befähigung einholen. Die Schuldeputation hat ihrer Antwort noch die Mitteilung angefügt, daß sie jetzt auch der anderen Abteilung die Turnhalle sperret, weil auch zu ihr jetzt Personen von weniger als 21 Jahren gehören. Mit solchen Mitteln hofft man von dem Arbeiter-Turnverein die schulentasteten Personen bis zum 21. Jahre fernzuhalten! Der Verein wird zwar nunmehr genötigt sein, alle Mitglieder von weniger als 21 Jahren aus seinen Abteilungen — auch aus den Damenabteilungen — zurückzuziehen. Er wird ihnen aber an anderer Stelle und in anderer Form eine Gelegenheit zu

Verübungen schaffen, so daß die Feinde der Arbeiterklasse sich in ihren Hoffnungen getäuscht sehen werden.

Für die noch schulpflichtige Jugend waren ja dem Turnverein „Fichte“ längst die Turnhallen gesperrt. Er hat dennoch seine Schülerabteilungen zu beschulen gewillt, indem er sie in privaten Sälen turnen ließ, und auch die Verweigerung der Turnverlaufs-scheine war ihm kein Hindernis. Inzwischen hatte aber auch hier das Provinzialschulkollegium nach neuen Mitteln gesucht, ihm seine Arbeit an der noch schulpflichtigen Jugend noch weiter zu erschweren. Es wurde den Saalbesitzern verboten, die Säle herzugeben, wenn nicht die betreffenden Turnwarten den Unterrichtsverlaufs-scheine hätten; für jede Zuwiderhandlung wurden 100 M. Geldstrafe festgesetzt. Diese Maßregel hatte die Nebenwirkung, die Gastwirte in der Ausübung ihres Gewerbes zu beeinträchtigen. Auf eine Beschwerde, die ein Gastwirt hiergegen beim Kultusministerium eingelegt hatte, ist jetzt endlich Antwort gekommen, natürlich eine abweisende. Sie führt in der üblichen, satfam bekannten Weise aus, Turnen unterliege den Vorschriften für Unterricht, zur Erteilung von Unterricht an Jugendliche sei Erlaubnis nötig, verboten werden könne nicht nur Unterricht ohne Erlaubnis, sondern auch Vergabe von Räumlichkeiten für Unterricht, auch könne das Provinzialschulkollegium das Verbot durch Strafanordnung unterstützen, ein Gastwirt müsse bei Vermietung seiner Räume die Erteilung unerlaubten Unterrichtes ausschließen. Wird dieser Schlag die erwartete Wirkung haben? Warten wir ab, ob der Verein „Fichte“ sich durch ihn kampfunfähig machen lassen wird.

In welcher Weise wird nun die Regierung greifen, um ihren nächsten Schlag zu führen? Mit den Verordnungen, auf die sie sich stützt — Kabinettsorder, Ministerialinstruktionen usw. von 1884, 1889, 1817, 1908 — könnte sogar der Verkauf von Turngeräten, Turnanzügen usw. verboten werden, sofern sie zur Erteilung unerlaubten Turnunterrichts benutzt werden sollen. Wie leicht erleben wir auch das noch, in Preußen ist ja alles möglich. Das Bürgerturn aller Parteirichtungen, vornehmlich der Berliner Kommunal-liberalismus, würde Ja und Amen rufen.

Zur Stadtverordnetenwahl.

Der Stadtverordnetenversammlung sind vom städtischen Wahlbureau nicht weniger als 3800 Proteste gegen die Richtigkeit der Wählerliste zur Einscheidung zugegangen, die ihr allein nach § 20 der Städteordnung zusteht. Ein großer Teil der Protestler sollen Steuerresonanten sein, ein weiterer, und zwar der größte, sind als sogenannte Schlafbüchsen bezeichnet. Zwar fragt die Steuerbehörde den Teufel danach, ob der Steuerpflichtige als Schlafbüchse angemeldet ist oder nicht, bezahlen muß er seine Steuern nach Heller und Pfennig seines Verdienstes, den der Arbeitgeber der Steuerbehörde angezeigt hat. Die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung werden am 8. November stattfinden. Da die ordentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 2. September ausfällt, die Einsprüche daher erst am 9. September dem Ausschuss überwiesen werden können, so wird von einer gründlichen Durchsicht aller Einsprüche durch den Ausschuss kaum die Rede sein können. Es wird sich für alle diejenigen, die Einspruch erhoben haben, sehr empfehlen, die Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung aufmerksam zu verfolgen, um, falls ihnen ihr Recht geschmälert wird, die notwendigen Rechtsmittel in Anwendung zu bringen. Der § 20 der Städteordnung sagt hierüber: „Wegen den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung in betreff der Richtigkeit der Wählerliste findet binnen zwei Wochen die un-mittelbar beim Bezirksauschuss anzubringende Klage statt. Sie hat keine aufschiebende Wirkung; jedoch dürfen Ersatzwahlen vor ergangener rechtskräftiger Entscheidung nicht vorgenommen werden.“ Kommen also Klagen zustande — und das ist nicht ausgeschlossen — so muß mit Wollwusch gearbeitet werden, wenn alles bis 8. November zur Erledigung kommen soll; denn alle die Einsprüche, die als berechtigt anerkannt werden, müssen ja auch erst noch in die Wählerliste nachgetragen werden.

In dem Artikel „Nur eine Badesaife“ (Nr. 109 vom 27. August) ist ein Druckfehler zu berichtigen. Nicht im zweiten Schuljahr, sondern im zweiten Schulhalbjahr sibt die Schülerin B. noch in der unteren Abteilung der achten Klasse.

Der Magistrat Berlins hat sich in seiner gestrigen Sitzung auf einen Antrag der Markthallendeputation mit der Frage der Schließung von drei städtischen Markthallen beschäftigt und beschloß, daß zunächst nur die Halle in der Zimmerstraße und zwar zum 1. April 1910 geschlossen wird. Bezüglich der anderen beiden Markthallen in der Dorotheenstraße und Wörther Straße ist ein Zeitpunkt für die Schließung noch nicht festgesetzt worden; es sollen in dieser Hinsicht die Vorschläge der Markthallen-Deputation abgewartet werden. Zu diesem Beschluß soll nach den Zeiten die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung eingeholt werden.

Das schwere Bootunglück in Grünau, bei welchem die 20jährige Wanda Leichert aus der Wollnertheaterstraße und ihre 17 Jahre Freundin Frida Feld aus der Waderstraße am Sonntag ertrunken sind, ist nun vollständig aufgeklärt. Der 20jährige Kaufmann Fritz Mannheim, Michaelstraße 8 bei den Eltern wohnhaft, war am Sonntag in einem Boote auf die Dahme hinausgerudert und fuhr gegen 8 Uhr nachmittags an dem Strande bei Grünau vorüber. Hier wurde er von zwei jungen Damen angereizt, die ihn hielten, sie doch nach dem anderen Ufer hinüberzusetzen. Er lehnte anfangs die Bitte ab, weil das Fahrzeug nicht drei Personen fassen könnte. Da die jungen Mädchen aber versicherten, daß sie sich während der Fahrt ganz ruhig verhalten würden, willigte der Kaufmann schließlich ein, die beiden Personen überzusetzen. Als das Boot in der Mitte der an jener Stelle sehr breiten Dahme angelangt war, erhob sich plötzlich ein böenartiger Wind, und nur mit Mühe vermochte der ohnehin nicht geschickte Ruderer das Fahrzeug im Gleichgewicht zu halten. Das war um so schwieriger, als die beiden jungen Mädchen aus Angst nach der linken Seite des Ruderens drängten. Plötzlich kenterte das Boot und alle drei Insassen fielen in das Wasser. Ein Segelboot, Mitglieder des Berliner Jachtklubs gehörend, welches unweit der Unfallstelle sich befand, eilte sofort hinzu, doch sahen die Segler nur noch den Mannheim mit den Fluten kämpfend. Der junge Mann teilte seinen Rettern mit, daß noch zwei junge Mädchen in den Wellen verschwunden, doch war es bei der herrschenden Dunkelheit nicht möglich, sie aufzufinden. Er wurde nach Grünau gebracht, wo er vor Aufregung und Schreck in ein heftiges Fieber verfiel. Am Donnerstag erst war er soweit hergestellt, daß er nach Grünau fahren konnte und sich dort als den Ruderer bezeichnete, der von dem Segelboot gerettet worden war. Der junge Mann, der wahrscheinlich geglaubt hat, daß ihm Unannehmlichkeiten entstehen könnten, hat leider seinen Eltern von dem Vorfall keine Mitteilung gemacht. Mannheim ist vorläufig in Haft behalten worden.

Durch den elektrischen Strom schwer verletzt wurde vorgestern der Strohflöte 28 wohnhafte Monteur Karl Ködel. Er war auf dem Grundstück Köpenicker Straße 23 mit Reparaturarbeiten an einer elektrischen Leitung beschäftigt. Hierbei stieß er infolge einer unvorsichtigen Bewegung gegen den Draht und erhielt in demselben Augenblick einen so heftigen elektrischen Schlag, daß er beunruhigend zusammenbrach. Auf der Unfallstation in der Kommandantenstraße, wohin der Verunglückte gebracht wurde, liegte der Arzt fest, daß Ködel außer einem heftigen Nervenschmerz und einigen Brandwunden

anscheinend auch schwere innere Verletzungen davongetragen hat. Als ein besonderes Glück ist es zu bezeichnen, daß der Roteur von dem 500 Volt starken Strom nicht getötet worden ist.

Im Fall der Ankunft des „S. III“ in Berlin verkehren am heutigen Sonntag von nachmittags 3 Uhr ab je nach Bedarf Auto-omnibusse der Großen Berliner Rotoromnibus-Gesellschaft vom Blücherplatz über Friedrichstraße, Chaussee- und Müllerstraße bis zum Tegeler Schießplatz. Am Sonntag befahren Omnibusse die gleiche Strecke ebenfalls nach Bedarf bereits von 10 Uhr vormittags ab. Der Fahrpreis beträgt für die ganze Tour 50 Pf., von der Straße unter den Linden ab 40, vom Draniensburger Tor ab 30 Pf. In Tegeler Schießplatz wird ein Verbindungsbus zwischen Bernauer Straße (Schießplatz) und Bahnhof Tegeler eingerichtet; der Fahrpreis beträgt 10 Pf. Am Sonntag verkehren die Autobusse von nachmittags 1 Uhr ab nur zwischen Draniensburger Tor und Schießplatz Tegeler. Außerdem werden am Sonntag Omnibusse nach Charlottenburg (Wilhelmplatz) und Jungfernheide (Markthof) abgefahren. Der Betrieb beginnt um 1 Uhr nachmittags, die Omnibusse fahren nach Bedarf.

Ein entsetzlicher Betriebsunfall ereignete sich gestern im Botanischen Garten. Auf dem an der Elsholzstraße gelegenen Gelände des Botanischen Gartens wird gegenwärtig das neue Kammergericht durch die Firma Held u. Franke errichtet. Auf dem Baugrundstück steht eine große Zementmashine, auf der von Arbeitern Zement zubereitet wird. Gestern nachmittag geriet nun der 43 Jahre alte Arbeiter August Lehmann, Sachseidamm 89 in Schönberg wohnhaft, durch ein Versehen so unglücklich mit dem rechten Bein in das Getriebe der Mashinerie, daß er nicht befreit werden konnte. Da das Mäderwerk erst einige Sekunden später zum Stillstand gebracht werden konnte, wurde er mit dem Bein zwischen den Zahnrädern nach unten gezogen. Vergeblich bemüht sich die Kollegen eine halbe Stunde hindurch, den Verunglückten aus seiner entsetzlichen Lage zu befreien. Es blieb schließlich nichts anderes übrig, als die Feuerwehre herbeizurufen. Auf den Ruf „Menschenleben in Gefahr!“ rückten bald zwei Löschzüge sowie einige Krankenwagen und ein Polizeiaufgebot heran. Erst nach einhalbstündiger Bemühung gelang es der Feuerwehre, er zu befreien. Das Bein ist vollständig zerquetscht, doch ist Lebensgefahr nicht vorhanden. Er fand im Elisabeth-Krankenhaus Aufnahme.

Ein Bootunfall, bei dem fünf Personen in Lebensgefahr schwebten, hat sich vorgestern nachmittag auf der Havel ereignet. An der Einmündungsstelle des Wannesees in die Havel geriet ein mit zwei Herren und drei Damen besetztes Ruderboot in den Wellengang eines vorüberfahrenden Sturampfers. Da die Ruderer dem Fahrzeug eine falsche Richtung gaben, so wurde es so heftig ins Schleudern gebracht, daß es umschlug. Die Insassen stürzten in die Fluten und klammerten sich verzweifelt am Kiel des Bootes an. Nur einer der Verunglückten vermochte zu schwimmen. Er hielt zwei der Damen so lange über Wasser, bis ein Motorboot herbeikam und die fünf Personen vom Tode des Ertrinkens durch die Besatzungsmannschaften gerettet wurden.

Vom Treppengeländer abgehürzt. Ein schwerer Unfall hat sich vorgestern im Hause Schönhauser Allee 30 zugetragen, wo sich mehrere Jungen damit vergnügten, auf das Treppengeländer zu klettern und darauf herunterzurutschen. Unter den spielenden Kindern befand sich auch der 7jährige Sohn des Hausverwalters Klimszewski, der, als er das Geländer ersteigen hatte, das Gleichgewicht verlor und so unglücklich zur Erde stürzte, daß er sich einen schweren Schädelbruch zuzog. Der Knabe wurde in die Wohnung seiner Eltern gebracht; dort liegt er so schwer darnieder, daß nur wenig Hoffnung besteht, ihn am Leben zu erhalten.

Eine umfangreiche Störung im Straßenbahnbetriebe ereignete sich gestern vormittag in Charlottenburg. Gegen 10 Uhr glitt beim Rangieren eines Wagens der Linie P in der Strichen-Allee die Kontaktstange von der Drahtleitung ab und schlug gegen den Öhrnenbleibleiter. Letzterer wurde zerstört und hierdurch trat auf den Spießpunkten Westend und Luisenplatz eine zeitweise Stromunterbrechung ein. Die Störung erstreckte sich vom Wilhelmplatz bis zum Spandauer Berg. Am Wilhelmplatz war der Verkehr für die Zeit von 9.55 bis 10.20 Uhr, am Luisenplatz von 10.20 bis 10.55 Uhr und am Bahnhof Westend von 10.55 bis 11.15 Uhr vormittags unterbrochen. Die Wagen der Linie 64 fuhrten durch die Veitnitz, Bismarck- und Grolmannstraße; die Linien 61 und N mußten am Wilhelmplatz umlegen. Die Wagen der Linien 5 und 8 wurden über Anie, Großen Stern, Moabit und Gesundbrunnen geleitet.

Von Strolchen überfallen und schwer verletzt worden ist am Dienstag abend Dr. Grünsheldt, der Direktor des städtischen Hoch- und Fortbildungsschulwesens, auf dem Wege nach seiner Wohnung im Friedrichshain. Strolche verlangten von ihm Uhr und Portemonnaie. Als er sich weigerte, überfielen sie ihn und brachten ihm erhebliche Verletzungen bei, so daß er auf einige Zeit das Bett hüten muß. Die Strolche sind leider unerkannt entkommen. Die berichtet, haben sich in letzter Zeit schon des öfteren solche Vorfälle im Friedrichshain und der Umgebung ereignet. Es wäre daher Sache der Polizei, daß sie den gefährlichen Strolchen etwas mehr Aufmerksamkeit schenke.

In der Sänglingsfürsorgestelle I, Blumenstr. 78, findet im September einmal wöchentlich Unterricht in Sänglingspflege mit praktischen Übungen statt. Meldungen hierzu schriftlich oder mündlich im Bureau des Kinderhauses, Blumenstr. 78, vorn links parterre, vom Montag, den 30. August, bis Sonnabend, den 4. September, von 2—4 Uhr.

Wer ist der Tote? Am Donnerstag, 26. d. M., vormittags gegen 8 1/2 Uhr, ist in der Schanewirtschaft von Bernert, Greifswalder Straße 48a, ein unbekannter Mann im Alter von 60 bis 65 Jahren am Herzschlag verstorben. Der Unbekannte ist etwa 1,67 Meter groß, mittelstark und hat weißes Haar, rötlich-graumeliertes Schmirzbart und eine ausgeprägt breite Nase mit einer Warze. Bekleidet war er mit einem graugrünem Jachttrockenanzug, mit Jagstiefeln und Strohhut. Der Anzug trägt die Firmenbezeichnung: Ernst Koll, Berlin SW., das Hemd ist mit F. H. gezeichnet. Legitimationspapiere irgend welcher Art führte der Unbekannte nicht bei sich, wohl aber eine goldene Herren-Nemontourne Nr. 281 438 Longines-Paris 1878 mit goldener Kette und Medaillon und 64.15 M. in bar. Zweckdienliche Mitteilungen können schriftlich zu den Akten 8167 IV 6909 und mündlich bei der Kriminalpolizei und auf jedem Polizeireviere erstattet werden.

Beugen gesucht. Personen, die gesehen haben, wie am 18. Mai d. J., morgens 9 1/2 Uhr, ein Radfahrer von einem Geschäftswagen an der Ecke Schul- und Reinickendorfer Straße überfahren worden ist, werden gebeten, ihre Adresse abends 8 Uhr bei Reiche, Müllerstr. 150a, abzugeben.

Die Explosion einer Kohlenäureflasche verursachte gestern früh um 6 Uhr in der Fehrbelliner Straße 47 eine große Aufregung. Dort waren Beschäftigte in dem Treppenhause der Beleuchtungs-fabrik von F. F. Schulte in Brand geraten, wobei der Kohlenäure-ballon unter großer Detonation explodierte. Der Schaden am Hause ist aber nicht erheblich, auch sind die Personen sämtlich mit dem Schrecken davon gekommen. Die Feuerwehre beseitigte durch kräftiges Löschen jede weitere Gefahr. Der fünfte Zug hatte längere Zeit in der Schindlerstr. 6 mit der Löschung eines Brandes zu tun, der in einem Kesselhause ausgebrochen war. Der siedende Zug wurde nach der Friedrichsfelder Straße 20 alarmiert, wo Papier u. a. in Brand geraten waren. Ferner hatte die Feuerwehre in der Sprengel-strasse 18, Weichenburger Straße, am Engeliser, in der Kobalistrasse 13 und anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Wähler Rixdorfs!

Die Wählerlisten für die Stadtverordnetenwahl liegen nur noch Sonntag, den 29. August, von 8-10 Uhr vormittags im alten Stadtverordnetenversammlungssaal, 1 Treppe links, Zimmer 185, und Montag, den 30. August, von 8 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags im Rathaus, Eingang Berlinerstraße 62, 1 Treppe rechts (Wahlbureau), Zimmer 187, zu jedermanns Einsicht öffentlich aus. Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Listen Einsprüche erheben. Da die Wählerlisten nicht nach dem Drittelsverfahren, sondern nach dem 1/2-fachen Durchschnitte aufgestellt sind, hierdurch also die Wähler noch mehr entzweit werden, wird jeder Wahlberechtigte aufgefordert, seinen Einspruch schriftlich zu Protokoll zu geben.

Wahlberechtigt ist derjenige, welcher das 24. Lebensjahr erreicht hat, sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindet, 1 Jahr am Orte wohnt und keine Armenunterstützung erhalten hat.

Charlottenburg.

Die Wählerlisten zur Stadtverordnetenwahl liegen nur noch bis Montag, den 30. August, von 8-3 Uhr, aus, außerdem am heutigen Sonnabend von 5-8 Uhr abends, am Sonntag von 8-12 Uhr vormittags.

Wir fordern nochmals die Parteigenossen auf, dafür zu sorgen, daß sich jeder davon überzeugt, ob sein Name in der Liste steht. Es wird diesmal die Aufnahme sehr streng und genau gehandhabt. Wer mit seinen Steuern auch nur mit dem geringsten Betrage im Rückstand oder als „Schlafbürsche“ polizeilich gemeldet ist, wird nicht aufgenommen. Wer nicht in der Liste verzeichnet steht, setze sich sofort mit dem Genossen A. Will, Kirchstr. 80, in Verbindung, der dann bei der Einlegung des sofort zu erhebenden Protestes behilflich ist.

Schöneberg.

Die im November stattfindenden Stadtverordnetenwahlen werfen ihre Schatten bereits voraus. Die bürgerlichen Gruppen entwickeln im geheimen bereits eine fieberhafte Tätigkeit. Ihr Bestreben ist darauf gerichtet, die Vertreter der Arbeiterpartei aus ihren Positionen zu verdrängen. In letzter Zeit haben große Verluste an geeigneten bürgerlichen Vertretern stattgefunden, und auch jetzt wollen einige nicht mehr mitmachen, so daß die Neuwahlen verschiedene neue Gesichter zeitigen werden. Die Sozialdemokratie wird, wie immer, schlagfertig erscheinen und auf ihr bewährtes Ziel losmarschieren. Die Nominierung der Kandidaten kann jedoch erst dann erfolgen, wenn der Magistrat die Verteilung der Hausbesitzer und Mieter auf die einzelnen Bezirke geregelt hat. Um die nur bevorstehenden Arbeiten zu erleichtern, ist es notwendig, daß jeder Parteigenosse sich in Reich und Glied stellt und seine volle Schlichtigkeit tut. Dann bleiben und nicht nur die schwer bedrängten Bezirke erhalten, sondern wir gewinnen neue hinzu. Darum gilt es die vorhandene Zeit auszunutzen und alle diejenigen, die in die Liste der stimmberechtigten Personen noch nicht Einsicht genommen, schleunigst zu veranlassen, dem sofort nachzukommen. Die Listen liegen nur noch aus am heutigen Sonnabend und Montag, den 30., in der Zeit von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 1 Uhr; am Sonntag, den 29., nur von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 1 Uhr im Bureau M des Rathhauses, Duergebäude, Zimmer 2. Einsprüche, die später als am Montag aufgegeben werden, verlieren ihre Gültigkeit.

Wahlberechtigt ist jeder selbständige Einwohner, der Preuze ist, seit mindestens einem Jahre im Orte wohnt, im letzten Jahre keine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten hat, mindestens zur zweiten Steuerstufe — 600 bis 900 M. — eingeschätzt ist und die Steuern bezahlt hat. Der Unterstützung aus öffentlichen Mitteln gleich geachtet wird die eigene Krankenhausbehandlung oder die Verpflegung Angehöriger im Krankenhaus im letzten Jahre, für deren Unterhalt der Betreffende zu sorgen hat. Selbständig ist jeder, der einen eigenen Haushalt oder die selbständige Verfügung über einen Raum hat. Chambregarnisten — Zimmerherren — sind wahlberechtigt, Schlafburden nicht. Wahlberechtigt ist aber nur, wer in der Wählerliste steht. Deshalb darf kein Arbeiter, kein Parteigenosse verüßeln, die kurze Spanne Zeit auszunutzen und die Wählerliste einzusehen. Das bestehende Dreiklassenwahlrecht, das nach der Größe des Geldbetrags aufgestellt ist, verhindert die große Masse der Wähler, daß sie ihrer Stärke nach im Stadtparlament vertreten sind. Darum alle an die Arbeit, um zugleich gegen dieses elende Wahlrecht Protest einzulegen.

Zempelhof.

Die von der neu gegründeten Gewerkschaftsunterkommission für Zempelhof-Mariendorf-Marienfelde im „Wilhelmsgarten“ einberufene Versammlung, welche gegen den ablehnenden Beschluß der Zempelhofer Gemeindevertretung, ein Gewerbegericht zu schaffen, protestieren sollte, nahm nach Anhörung eines verständlich gehaltenen Vortrages des Gewerkschaftssekretärs Mitter eine Resolution an, in der auf das entschiedene gegen den am 26. Juli d. J. gefassten Beschluß protestiert wird. Die Versammelten können sich mit den von der Gemeindevertretung angeführten Gründen, welche zur Ablehnung des Gewerbegerichts Veranlassung gaben, nicht einverstanden erklären, da es dieselben Gründe sind, die an allen Orten angeführt wurden, aber nach Errichtung eines Gewerbegerichts sich als unzutreffend erwiesen haben. Da das Gesetz es gestattet, daß sich zur Errichtung eines Gewerbegerichts mehrere Gemeinden zu einem solchen Zweckverband vereinigen können, wurde die Gewerkschaftskommission beauftragt, der Gemeinde einen dahingehenden Antrag zu unterbreiten. Öffentlich wird der Arbeiterschaft und damit des größten Teiles unserer Einwohnerschaft Rechnung getragen. Oder sollte sich die Gemeinde Zempelhof, die von industriellen Unternehmungen stark durchzogen ist, von kleineren Gemeinden in sozialer Hinsicht beschämen lassen?

Reinickendorf.

Ein Automobil in Flammen. Als auf die Eisentelle wurde ein Automobil vernichtet, das in der Waldstraße in Brand geriet. Das Droschkenautomobil Nr. 8825 befand sich in früher Morgenstunden auf der Fahrt von Wittenau nach Berlin. Beim Passieren der Waldstraße kam der Benzinhälter plötzlich zur Explosion. Eine mächtige Feuerzunge schlug empor und in wenigen Sekunden stand der Kraftwagen vollständig in Flammen. Dem Chauffeur gelang es, durch schleuniges Abspringen, sein Leben in Sicherheit zu bringen.

Nieder-Schönhausen.

Aus der Gemeindevertretung. Von der Einführung des Postschwebverkehrs ist vorläufig Abstand genommen worden, da die Postverwaltung für Unregelmäßigkeiten, die entstehen, nicht aufkommt. Es soll indes geprüft werden, ob der Einführung im nächsten Staatjahr nähergetreten werden kann. 100 000 M. Kanalisationsbeiträge und 6000 M. aus dem Reservefonds des Wasserwerks sind bei der Mittelbewilligung der Kreditbank zu 3 Proz. angelegt. Die Bank will 1/4 Proz. mehr Zinsen geben, wenn eine halbjährliche Kündigung der Gelder eintritt. Die Vertretung stimmte der Abmachung zu, wenn es nicht gelingen sollte, ein von der Landesversicherungsanstalt empfangenes Darlehen über 100 000 M. zu kündigen. Vom neuen Grundbesitzerverein lag ein Antrag vor um Bewilligung eines Gemeindegewerks zu einem gemeinnützigen Unternehmen. Dem Verein ist die Ausbuchtung von Plänen Nieder-Schönhausens auf einigen Stationen der Stettiner Vorortbahn von der königlichen Eisenbahndirektion gestattet worden. Die Kosten betragen 250 M., hierzu soll die Gemeinde einen Zuschuß von 100 M. zahlen. Es wurde noch darauf hingewiesen, daß nicht nur der Verein, sondern auch die Gemeinde von der Ausbuchtung der Pläne Vorteile hat. Die 100 M. wurden hierauf bewilligt. Die Vergütung der Arbeiten zur Herstellung der Kanalspülleitung in der Plantagen-

Straße wurde der Firma Steinbach in Steglitz zum Preise von 1899 M. übertragen. Hierauf folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Französisch-Buchholz.

Ueber die Wirkungen der neuen Steuern referierte in einer öffentlichen Versammlung die Genossin Jeebe. Die Referentin verstand es, in temperanter Weise sich ihrer Aufgabe zu entledigen. In der Diskussion erfuhr die Genossin Geipel, für die Jugendorganisation lebhaft zu agitieren. Der Vorsitzende forderte noch auf, den „Vorwärts“ zu abonnieren und, soweit es noch nicht geschehen ist, sich der Organisation anzuschließen. Ferner wurde mitgeteilt, daß am Sonntag, den 5. September, nachmittags, ein Besuch der Ausstellung für Wohlfahrts-Einrichtungen in Charlottenburg stattfindet. Da Unkosten nicht entstehen, werden die Genossen ermahnt, sich zahlreich daran zu beteiligen. Nach Schluß der Versammlung wurden noch einige Neuaufnahmen für den Wahlverein vollzogen.

Spandau.

Stadtverordnetenversammlung. Nach Erledigung mehrerer Schreiben gelangten dringliche Vorlagen zur Verhandlung; dieselben betrafen den Bau der Landesturnanstalt. Zwecks Feststellung der Ergiebigkeit des Grundwasserstromes für eine event. Erweiterung der städtischen Wasserversorgung sollen 4 Beobachtungsbrunnen hergestellt werden; die Versammlung bewilligte hierzu 1000 M. — Die Kosten für die Pflasterung der Zufahrtsstraßen zur Landesturnanstalt sollen 283 000 M. betragen. Die Summe wurde von der Versammlung bewilligt. — Die Versammlung beschließt, daß die Arbeiterausschüsse für die städtischen Arbeiter um einen Vertreter der Straßenbahnarbeiter vermehrt werden, da seit dem 1. Juli ex. die Straßenbahn in städtischen Besitz übergegangen ist. — Der geplante Rathausneubau scheint auch unter keinem Glücksstern zu stehen. Man hatte nämlich die Firma Drescher u. Schöck, welche für den Rathausneubau den ersten Preis erhalten hatte, mit der Ausarbeitung eines Vorentwurfs beauftragt. Dieser Vorentwurf ist aber so ausgefallen, daß die Korridore und Treppen kein Licht haben und dort eventuell am Tage Gas gebrannt werden müßte. Die betreffende Kommission hatte dies moniert und eine Veränderung verlangt. Die Firma verlangte aber für die Umänderung Bezahlung und knüpfte daran noch mehrere Bedingungen. Das sagte der Kommission und dem Magistrat aber nicht, und so beschloß man denn einfach, mit dieser Firma abzugeben und einer anderen Firma, die den zweiten Preis erhalten hatte, die Ausarbeitung des Vorentwurfs zu übertragen. Das kostet allerdings nochmal Geld, aber was schadet es, wir nehmen ja eine 3/4 Millionen-Anleihe auf, da kommt es nicht darauf an. Die Vorlage wurde angenommen. — Zur Uebernahme von Bau- und Betriebsmaterialien für die Straßenbahn von der A. E. G., die meist aus altem Schienenmaterial und Ausrüstungsschienen für die Arbeiter bei der Straßenbahn bestehen, werden 17 045 42 M. bewilligt. Diese Summe ist aber nicht etwa in die drei Millionen einberechnet, welche die Straßenbahn kostet. — Grobes Gestein hatten die Bewohner der Seegefelder und anliegenden Straßen erhoben, als bekannt wurde, daß bei den Eisenbahnüberführungen in der Rauner Straße diese Straße um circa 2 Meter tiefer gelegt werden und daß trotzdem die Durchfahrt nur 2,80 Meter tiefe Höhe erhalten sollte. Es wurden Protestversammlungen einberufen, die Stadtverordneten wurden scharf gemacht, namentlich war es der Stadtverordnete Schmidt III, auch ein Anwohner der dortigen Gegend, der sich scharf ins Zeug legte und gegen den Eisenbahnfiskus losweitere. Es wurde eine Kommission gewählt, welche mit dem Eisenbahnfiskus weiter verhandeln und demselben ordentlich zu Leibe gehen sollte. Dieser Kommission gehörte auch der Stadtverordnete Schmidt III an. Die Kommission hat verhandelt, und der Erfolg, es bleibt so wie es ist, entweder die Stadtverordneten erklären sich mit der verschärfelten Durchfahrt einverstanden, oder die Bahn bleibt im Niveau liegen. Aber der Eisenbahnfiskus hat sich doch entgegenkommend gezeigt. Nämlich dafür, daß die Rauner Straße tiefer gelegt, die Einfahrt zum Schloß eine derartige Steigerung erhält, daß sie nur mit einem Zepplin zu nehmen ist, und daß die ganze verfahren Geschichte auf einen Fehler der Eisenbahnverwaltung zurückzuführen ist. Dafür erhält die Stadt die Erlaubnis, diese Umänderungsarbeiten selbst zu bezahlen, die Eisenbahnverwaltung gestattet der Stadt auch gütig, ihr Terrain abzulassen, dessen Preis aber noch nicht angegeben werden kann, und stellt in Aussicht, der Hafenanschlußbahn keine Konkurrenz zu machen. Man sperrte Mund und Nase auf, als man dies Resultat erfuhr, und glaubte nun, der Stadtverordnete Schmidt III würde jetzt vom Leder ziehen. Aber weit gefehlt. Der Herr hat umgekehrt. Er empfahl jetzt mit ebensolchem Eifer die Vorlage, wie er früher dagegen gekämpft hatte. Der Herr scheint zum Freisinn zu gehören. Die Versammlung biß denn auch in den sauren Apfel und genehmigte die Vorlage; so wird man dann später das Vergnügen haben, bei starkem Gewitterregen die Feuerwehre nach der Rauner Straße zu beordern, um dort die Wassermengen fortzupumpen. Ja, ja, Spandau wird Weltstadt. — Gegenüber der Vorlage betreffend die Pflasterung der Mittel- und Vorkantstraßen, schmitt der Stadtverordnete Weber die Frage an, wie weit denn die Angelassenheit mit der Wiederholungsfrage sei, mit der man sich nun schon bald zwei Jahre beschäftigt. Der Oberbürgermeister gab die Erklärung, daß die Pläne immer noch nicht fertig sind. Öffentlich wird die Frage der Wiederholungsfragen noch erörtert, bevor der Stadtwald abgeholt ist. — Eine große Anzahl von Vorlagen mußte wegen der vorgeschrittenen Zeit verlagert werden.

Vermischtes.

Mit dem Förderkorb in die Tiefe geführt.

Wie eine Meldung aus Cardiff besagt, ist ein Förderkorb, in welchem sich 31 Mann befanden, auf den Boden einer Grube der Rabal Colliery Company in Pen-y-graig gestürzt. Man fürchtet, daß mehr als 25 Personen umgelommen sind. Nach weiteren Meldungen enthielt der Förderkorb 34 Mann, von denen fünf getötet und fünfzehn verletzt wurden.

Die Cholera in Rotterdam. Wie eine Meldung aus Rotterdam besagt, ist das Befinden der unter Choleraverdächtigen Erkrankten neun Personen, die sich in den Varaden befinden, zufriedenstellend. Eine weitere Person, die unter Choleraverdacht erkrankt ist, ist gleichfalls nach den Varaden geschafft worden.

Nach einer amtlichen Mitteilung des Bürgermeisters befinden sich gegenwärtig in den Varaden fünf Choleraerkrankte und vier Choleraverdächtige Personen. Das Befinden von drei Kranken ist besorgniserregend. 46 weitere Personen sind noch in Beobachtung. Der Bürgermeister warnte vor dem Genuß nicht gereinigten Flußwassers.

Die Oyster der Schiffskollision bei Montevideo. Bei dem Untergang des Dampfers „Columbia“ sind laut einem Kabeltelegramm aus Buenos Aires 42 Personen ertrunken und 116 gerettet. Die Untersuchung der Schuldfrage schwebt vor der uruguayischen Behörde. Der Kapitän der „Schlesien“ hat alles getan, um die Kollision zu vermeiden, nachher sofort die Boote aussetzen lassen und viele Menschenleben gerettet.

Schiffbruch im Indischen Ozean. Aus Perth in Australien wird telegraphiert, daß ein Boot mit 13 Mann von dem französischen Schiff „Ouel“, das am 22. August in sinkendem Zustande verlassen wurde, in Dunbury (Westaustralien) eingetroffen ist, während ein zweites Boot mit 12 Mann noch vermisst wird.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für den Reichstag. Wahlkreis Arnswalde-Friedeberg (Kreisverein Berlin). Am Sonntag, den 29. August, vormittags 9 Uhr, bei Thimm, Tilsiter Str. 79: Morgenprache.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 29. August, vormittags 9 Uhr, in der Halle Bappel-Allee 15/17: Freireligiöse Vorlesung. 10^h Uhr in der Schule, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag des Herrn Dr. N. D. Baeger: „III. Unser Wissen vom Werden der Welt.“ b) Entwicklungsgeschichte des Sonnenystems“. Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die inoffizielle Sprechstunde findet Lindenstraße 2, zweites Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet 9 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Briefzeichen beizufügen. Beschriftete Antwortscheine werden nicht erstellt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage betragen. Eilige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

100 W. V. Vor ähnlichen Klagen ist durch die Polizei sehr wiederholt gewarnt, da in der Regel die geleisteten Beiträge nicht den Verhältnissen, sondern zum größten Teile der Verwaltung nutzbar gemacht werden. Wenden Sie sich um Auskunft über eine für Sie zuständige Klasse an den Genossen Simonowitsch, Eisenstraße 15. — G. V. Und sind die Bedingungen nicht bekannt. Diese können Sie aber bei der Hausverwaltung oder der technischen Hochschule sehr leicht erfahren. — Bildung. 1 bis 3. Sind Fragen, die Ihnen ein Arzt beantwortet. 4. In einer Schauspielschule, die Sie im Uebungsraum finden. — Militär 51. Sie tun gut, sich an einen Militärmusikmeister zu wenden, der Ihnen dann die notwendigen Ratschläge erteilen wird. — C. W. G. 8. Wollen Sie Ihre Frage unter Vorlegung dessen, worauf es Ihnen ankommt, wiederholen; so unverständlich. — G. 100. 1. Verein für Feuerabwehr, Dreifelderstr. 3. 2. Ueberes Wissen verdienen solche Opfer. — D. 100. 5. Ohne Geldern richtiger. — Genosse D. 111. An das Kommando der Feuerwehr, Lindenstr. 41. — W. R. 100. Ein solcher Verein ist und nicht bekannt. — Verkehrs-gastwirt. Solche Anstellungen haben wiederholt stattgefunden, doch fehlt uns die Zeit zum Nachschlagen, um nähere Angaben machen zu können. Sollten Arbeiter jetzt keine anderen Bedürfnisse haben? — G. 3. 6. 10. Die Kreuzgasse ist lebendig bebaut. — W. R. Moabit 15. Es werden vollständig neue Wählerlisten aufgestellt und neue Wahlmänner gewählt. Wegen Ihrer Wahlberechtigung wenden Sie sich an den Genossen Max Richter, Bielestraße 24. — W. R. 75. Das 4. Garde-Regiment steht in Berlin. — W. R. 309. Sie befinden sich im Jertum.

Amlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr reichlich, Geschäft regt, Preise unverständlich. Milch: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise bescheiden. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft etwas lebhaft, Preise bescheiden. Fisch: Zufuhr genügend, in Frühlingsarten über Bedarf, Geschäft etwas lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverständlich. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft regt, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 27. August 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Temper. in °C	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Temper. in °C
Emmenda	762 R	1 bedekt	19	Haparanda	759 S	2 Regen	13		
Damburg	762 R	1 bedekt	14	Hersburg	765 S	1 bedekt	16		
Hamburg	762 R	1 bedekt	16	Seitz	766 S	3 Regen	15		
Kranich	763 R	1 bedekt	14	Werdum	762 S	4 halb B.	13		
München	763 S	3 bedekt	12	Paris	765 S	2 wolfig	14		
Wien	761 S	4 wolfig	18						

Wetterprognose für Sonnabend, den 28. August 1909. Nimmlich kühl, zeitweise anlassend, aber noch vorherrschend wolfig mit etw. Regen und mäßigen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 26. 8.		am 27. 8.		Wasserstand	am 26. 8.		am 27. 8.	
	m	cm	m	cm		m	cm	m	cm
Remel, Mühl	159	+4	159	+4	Saale, Groditz	55	+1		
Bregel, Jüterburg	31	-4	31	-4	Oder, Spandau	84	-3		
Beltsch, Thon	34	0	34	0	Oder, Rathenow	32	+2		
Oder, Rathenow	120	-2	120	-2	Spree, Spremberg	—	—		
Krossen	70	+2	70	+2	Beckow	58	—		
Franfurt	80	0	80	0	Weser, Minden	—108	0		
Warthe, Schimml	22	0	22	0	Weser, Minden	445	+6		
Landberg	—14	0	—14	0	Rhein, Reginnieders	645	-5		
Rege, Barthann	—24	+1	—24	+1	Rhein, Straß	205	+9		
Elbe, Lehmrig	—44	+1	—44	+1	Rhein, Köln	179	-1		
Dresden	-163	0	-163	0	Redar, Heilbronn	34	-6		
Bach	45	+2	45	+2	Rhein, Bietheim	91	0		
Magdeburg	62	+4	62	+4	Oder, Trier	21	+1		

+) + bedeutet Hoch. — Fall. — *) Unterpegel.

Sorben erschienen!
Die Luftschiffahrt
Ihre Geschichte, Entwicklung und ihre naturwissenschaftlichen Grundlagen. Gemeinverständlich dargestellt von
Dr. W. Epstein.
Preis 20 Pf.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Expedition des Vorwärts,
Berlin SW.,
Lindenstr. 69, Laden.

Nathan Wand
129 Stalitzer Str. 129.
Die schönsten 20672
Herrn - Sommer - Paletots
und Anzüge in neu (sowie) gezeilt
Monats-Garderobe
nonkonventionellen getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, gezeilt (auch anzüge) sind in großer Auswahl zu äußerst billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Stalitzer Str. 129.
Goshahausen Kottbuszer Str.
Bitte auf Nummern zu achten.

Ziehung 20.—23. Sept. 09.
11428*
Diüsseldorfer Lose 2 M.
Porto und Liste 30 Pfg.
Bargeld zahlen für alle 8943 Gew. Mk.
12000
Hauptgewinn Mk.
30000
10000
5000
Lose überall zu haben.
Ein- und Verkaufsgesellschaft
Deutscher Loggewerbetreibender G. m. h. H.
Berlin C. 25, Dircanstr. 45.

Blumen- und Kranzbinderei
von Robert Meyer,
am Mariannen-Str. 2.

Abfahrtsstelle
Schillingsbrücke
am Schlesienschen Bahnhof.
Heute Sonnabend, den 28. August:
Gr. Dampfer-Mondschein-Promenadenfahrt
8 illuminierte Salon-Dampfer mit Militärkapell.
Mundfahrt auf dem Müggelsee, dann zurück nach
Restaurant Kyllhäuser, dabei Garten-Konzert u. Ball.
Abfahrt abends 9-10 Uhr.
Ein und zurück 50 Pf.
Robert Tismer.

